04/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

BAUEN - SANIEREN

Ein Leitfaden gibt Entscheidungs-hilfen.

Seite 40

SÜDTIROL

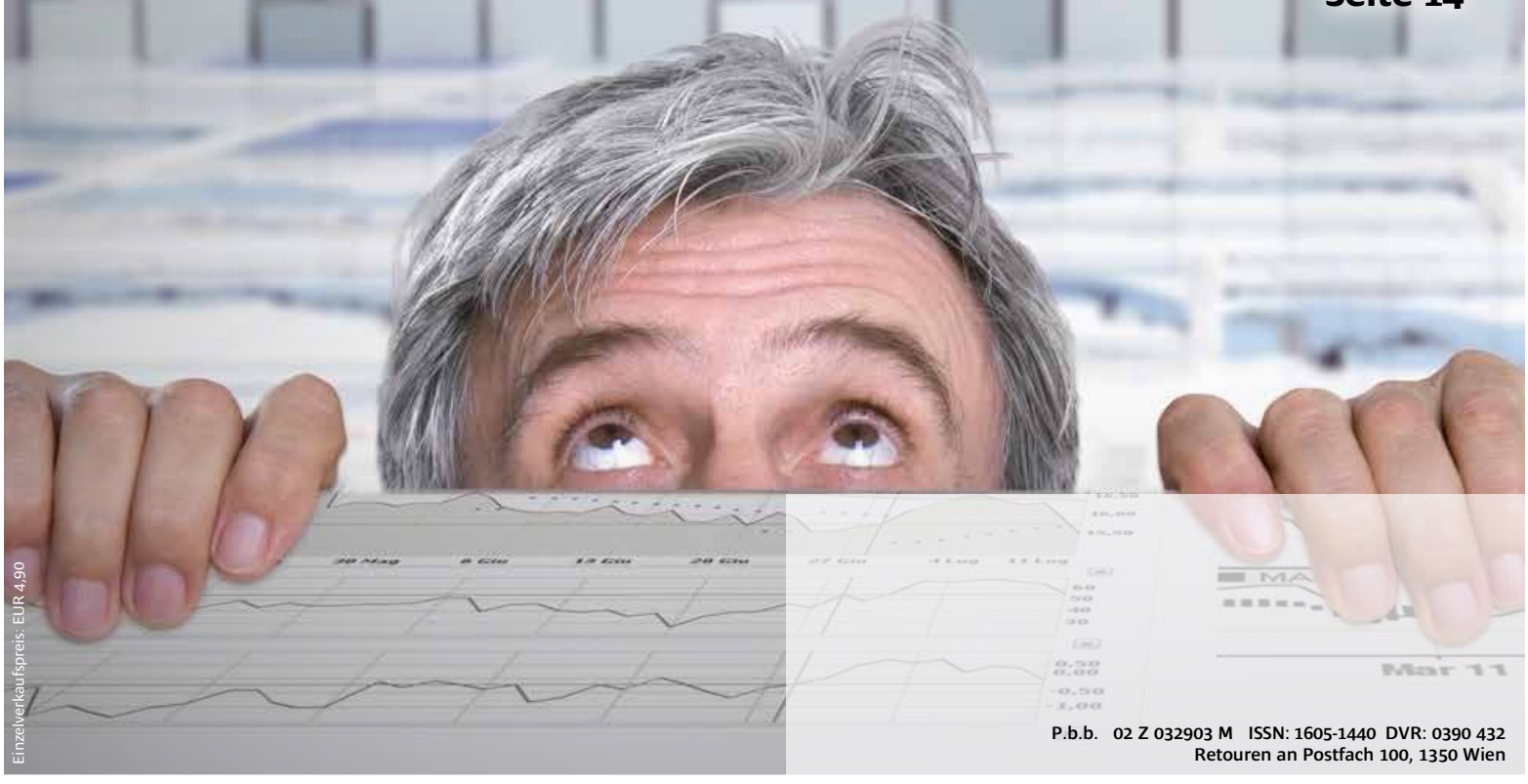
Scheidung auf italienisch

Seite 80

600 Millionen von Gemeinden

Der Gemeindebeitrag an der Steuerreform summiert sich vermutlich auf 600 Millionen Euro. Aber wie das finanziert werden soll, ist völlig offen.

Seite 14



Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032903 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

DER NEUE **VIVARO**

MEHR WEITER BRINGEN.

Nur 5,9 l/100 km und Bester seiner Klasse in den Erhaltungskosten, berechnet für 4 Jahre.

opel.at

Verbrauch gesamt in l/100 km: 5,9 – 6,5; CO_2-Emission in g/km: 155 – 170

OPEL

Wir leben Autos.

KOMMENTAR

DAS GELD FÄLLT NICHT VOM HIMMEL

„TATSÄCHLICH WAR ES SO, DASS VIELE BÜRGERINNEN UND BÜRGER SICH NICHT AUF EINE ENTLASTUNG FREUTEN, SONDERN EHER **BELASTUNGEN FÜRCHTETEN**."

Ein mächtiger Politiker meinte zum Ausgang der Steuerreform nicht ganz unrichtig: Am wichtigsten ist, dass die lange Diskussion jetzt endlich beendet ist.Tatsächlich war es so, dass viele Bürgerinnen und Bürger sich nicht auf eine Entlastung freuten, sondern eher gewisse Belastungen fürchteten. Nach Vorliegen der ersten Ergebnisse liegt die Wahrheit in der Mitte.

Natürlich kommt es zu einer gewaltigen Entlastung der Steuerzahler im Ausmaß von fünf Milliarden Euro. Das ist fast jene Summe, die alle Gemeinden Österreichs ohne Wien an Ertragsanteilen erhalten.Und dieses Geld fälllt nicht von Himmel, sondern muss erwirtschaftet oder eingespart werden. Ein Teil wird sicher durch Mehreinnahmen (neue oder zusätzliche Steuern) hereingebracht, aber ein ganz erheblicher Brocken wird bei den Gebietskörperschaften hängen bleiben. Optimisten gehen davon aus, dass die Gemeinden rund 200 Millionen Euro weniger an Geld pro Jahr erhalten, Realisten sprechen von 450 Millionen Euro, weil ja die Gegenfinanzierung nicht mit dem Inkrafttreten der Steuerreform schlagend wird. Darüber hinaus müssen sich die Gebietskörperschaften verpflichten, dass sie in den nächsten Jahren bei Personal und Verwaltung Grenzen einhalten, die unter den Lohnsteigerungen der Bediensteten liegen. Das bedeutet, dass nicht mehr Personal für Kinderbetreuung, Pflege oder Schule eingesetzt werden kann, sondern auch hier gespart werden muss. Um diesen Teufelskreis zu entkommen, ist es dringend notwendig, sofort an eine Neuverteilung der Aufgaben zu gehen, die Bürokratie und Gesetzesflut einzudämmen und den Kompetenzdschungel zu lichten. Sonst bleibt die „größte Steuerentlastung der Zweiten Republik" ein Torso, der den Bürgerinnen und Bürgern in Form von Qualitätseinbussen bei öffentlichen Leistungen auf den Kopf fällt.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
kommunalverlag@kommunal.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Manchmal muss man sich wirklich die Frage stellen, wieso Österreich und Deutschland so unterschiedlich ticken. Hierzulande wird eine Steuerreform verkündet, die den österreichischen Gemeinden vermutlich bis zu 600 Millionen Euro kosten wird. Und fast zeitgleich kündigt Deutschlands Finanzminister Schäuble an die Kommunen mit zusätzlichen fünf Milliarden Euro auszustatten, zur Förderung und Entlastung von vor allem finanzschwachen Kommunen.

Rechnet man die schon zugesagte Kostenübernahme durch den Bund bei der Grundsicherung im Alter hinzu, würden die Kommunen zwischen 2015 und 2018 um mehr als 24 Milliarden Euro entlastet. „Das ist das größte kommunale Entlastungsprogramm, das es seit Jahrzehnten gegeben hat", sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel dazu.

Nun lässt sich argumentieren, dass Deutschland momentan auch in einer besseren finanziellen Lage als Österreich ist. Doch bleibt zu erwarten, dass dies durch solch eine gezielte Konjunkturpolitik auch so bleiben wird.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/14

600 Millionen Euro weniger

KOMMUNAL wirft einen Blick auf die Steuerreform – und auf viele offene Fragen

/34

Gottes Werk oder Teufels Beitrag?

TTIP, das umstrittenste Handelsabkommen der Gegenwart.

INHALT

/40

Der Weg ist das Ziel

Die Frage „Bauen oder Sanieren“ ist eine der Kernfragen für den kommunalen Bauherrn

/72

Sonya Feinig

Der Mensch hinter der Bürgermeisterin

FOTOS: BKA/Georg Stefanik, shutterstock, SPÖ, Gemeinde Ybbsitz

POLITIK & RECHT

Es wird für Gemeinden nicht einfacher 19
Ein Kommentar zur Steuerreform

Schlachtfeld Raumordnung 20
In Salzburg machen Bürgermeister gegen die Raumordnungspolitik mobil

Leistbares Wohnen durch Widmungsverbot 22
Hängt „Leistbares Wohnen“ von „Erreichbarkeit durch Öffis“ ab?

Die Kosten sind nicht das Problem 25
Wie St. Georgen die durchgängige Barrierefreiheit geschafft hat

Rechtliche Grundlagen keineswegs klar 28
Keine Klarheit für Gemeinden beim Behindertengleichstellungsgesetz

Das politische Signal ist fatal 31
Eine heiße Debatte im AdR-Plenum zum EU-Transparenzregister

Keine Panik beim Frankenkredit 32
Ein KOMMUNAL-Rundruf hat ergeben, dass „Ruhe bewahren“ angebracht ist

GESTALTEN & ARBEITEN

Der Ausbau wird weiter forciert 60
Wiens Stadtrat Christian Oxonitsch im Interview über Kinderbetreuungsplätze

Die Zukunft beleuchten 66
Im Rahmen der Kommunalmesse 2015 findet das erste KOMMUNAL-Zukunftsforum statt

LAND & LEUTE

Koalitionsparteien setzen sich in Kärnten durch 74
Stimmengewinne für SPÖ,ÖVP und Grüne bei Gemeinderatswahlen

ÖVP verliert, bleibt in Vorarlberg aber Nummer 1 75
Das Minus der ÖVP findet sich vor allem im urbanen Bereich

IMPULS 2015 79
KOMMUNAL bittet „Innovative Gemeinden“ vor den Vorhang

Scheidung auf italienisch 80
Die Südtiroler Gemeinden können künftig auch Ehen scheiden

Aus den Bundesländern 82

Personalia 86

Termine 88

Zu guter Letzt 90
Vorschau, Impressum

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe 62
BAWAG P.S.K. 52
BMLFUW 38
Gesundheit Österreich GmbH 71
Lindner Traktorenwerk 61
Österreichische Post AG 55
Österreichischer Biomasseverband 56
Valida Holding 71
Wacker Neuson Produktion GmbH & Co. KG 60

IMPULS

DER GEMEINDEINNOVATIONSPREIS 2015

KOMMUNAL
GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Mitveranstalter
Raiffeisen Meine Bank

Innovative Projekte gesucht!

Der IMPULS prämiert zukunftsweisende kommunale Projekte und holt alle Beteiligten und Partner vor den Vorhang. Der IMPULS vernetzt Gemeinden und stärkt kommunale Innovationen.

Verwaltung: Gesucht sind Vereinfachungen und Neuerungen die die öffentliche Verwaltung effizienter machen und Kosten sparen, z.B.: Bürgerbeteiligungskonzepte und E-Government.

Klima und Umwelt: Die Entlastung der Umwelt (Luft, Wasser, Lärm) steht hier im Mittelpunkt. Kommunale Beleuchtung, erneuerbare Energielösungen und E-Mobilität gehören beispielsweise in diese Kategorie.

Soziales Engagement: Pflege- und Altersheime, leistbares Wohnen für Familien, Integration sowie Kinderbetreuung, Schule und Bildung – hier werden Lösungen im sozialen Bereich ausgezeichnet.

Baukultur: Die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist Thema dieser Kategorie: Architektur, Städtebau, Ortsplanung und Verkehrswege können hier eingereicht werden.

Teilnehmer: Gemeinden, Vereine, Schulen, Bildungseinrichtungen und Privatinitiativen.

Gewinner und Preisverleihung: Jede Kategorie bringt einen Sieger hervor, aus welchen ein Gesamtsieger gewählt wird. Die Sieger werden mittels einer Kombination von Fachjury und Online-Voting ermittelt. Die Preisverleihung findet auf der **KOMMUNALMESSE** im Rahmen des **62. Österreichischen Gemeindetages** am **9. September 2015** in der Messe Wien statt.

Einreichfrist verlängert!

Präsentieren Sie Ihr kommunales Vorzeigeprojekt!

JETZT online einreichen bis 15. April 2015:

www.kommunal-impuls.at

Partner & Schirmherren

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Österreichischer Gemeindebund

BUCHHALTUNG: STEINZEIT ODER 21. JAHRHUNDERT

EPSAS: **DER WEISHEIT LETZTER SCHLUSS?**

Nicht nur in Österreich sind Gemeinden mit enormen Mehrausgabe für diverse Buchhaltungspläne konfrontiert. Für ganz Europa drohen nur deswegen Mehrausgaben in Milliardenhöhe.

Was ist oder sind EPSAS, werden nun einige fragen. Nun, EPSAS steht für European Public Sector Accounting Standards, also europäische Rechnungslegungsvorschriften für die öffentliche Hand. Und allen, denen die Abkürzung nicht geläufig ist, übermittelt die EU-Kommission einen Weckruf aus dem 21. Jahrhundert.

Denn Gebietskörperschaften, die noch auf Kassenbasis rechnen, befinden sich nach Ansicht der Kommission in der buchalterischen Steinzeit. Die Diskussion Doppik versus Kameralistik ist also keineswegs eine rein österreichische. Seit Beginn der Staatschuldenkrise wird auf EU-Ebene intensiv darüber nachgedacht, wie man zu vergleichbaren Rechnungsabschlüssen für 28 Mitgliedstaaten kommt. Einheitliche europäische Standards gelten als Patentlösung, wobei diese nicht nur für die zentralstaatliche Ebene gelten sollen, sondern auch für Länder und Gemeinden.

Eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass es generell die kommunale Ebene ist, die bereits einen Schritt aus der Steinzeit gewagt hat; kommunale Buchhaltung entspricht in den meisten Mitgliedstaaten zu über 50 Prozent den internationalen Standards (IPSAS). Dies gilt allerdings nicht für Österreich, hierzulande nähert sich das kommunale Rechnungswesen nur zu 12 Prozent den IPSAS an. Damit teilen wir uns weit abgeschlagen den letzten Platz mit Griechenland.

Doch Vorsicht: Selbst Gemeinden, die eine IPSAS-orientierte Doppik anwenden, werden bei der Umsetzung europäischer Standards gehörigen Anpassungsbedarf haben.

> „Ob die flächendeckende Einführung von EPSAS, mit geschätzten **Kosten von bis zu 6,9 Milliarden Euro**, der Weisheit letzter Schluss ist, darf bezweifelt werden.

Denn einheitliche und transparente EPSAS bedeuten für alle derzeitigen Systeme Anpassung der EDV und möglicherweise Einstellung neuen Personals oder den Zukauf externer Expertise. Für die einen vielleicht ein Sprung von der Steinzeit ins 21. Jahrhundert, für die anderen noch immer mit erheblichen Kosten verbunden.

Die Zukunftsfrage sollte also nicht sein, wer schon jetzt internationale Standards der unternehmerischen Buchführung umsetzt, sondern wie das öffentliche Rechnungswesen zur besseren Haushaltskontrolle und Erfüllung der Stabilitätskriterien beitragen kann.

In Zeiten knapper Budgets, in denen viele Gemeinden kaum mehr Investitionsspielraum haben und Dienstleistungen zurückfahren müssen, sollte zuallererst darüber nachgedacht werden, wie gesteckte Ziele möglichst kostengünstig zu erreichen sind. Ob die flächendeckende Einführung von EPSAS, mit einem geschätzten Volumen von bis zu 6,9 Milliarden Euro, der Weisheit letzter Schluss ist, darf bezweifelt werden.

Die Forderung des Österreichischen Gemeindebundes nach vereinfachten Bestimmungen für kleinere Einheiten kann also direkt von der österreichischen auf die europäische Ebene übertragen werden.

MAG. DANIELA FRAISS
ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes
oegemeindebund@skynet.be

KOMMENTAR

MANFRED HELLRIEGL ÜBER
KOMMUNIKATIONSKULTUR IN DER GEMEINDE

Räume schaffen für **gute Gespräche**

Bürgerbeteiligung hat Hochkonjunktur. Vom Nischenthema hat sie es inzwischen sogar bis ins nationale Parlament geschafft, wo sich seit Monaten eine hochkarätig besetzte Enquete-Kommission mit der Frage beschäftigt, wie man die Demokratie stärken und direktdemokratische Instrumente aufwerten kann.
Doch nicht nur Mandatare in der Bundes- oder Landespolitik, auch viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in den Gemeinden kommen immer mehr unter Legitimationsdruck. Das altbewährte Modell des Ortskaisers ist nicht mehr ganz zeitgemäß. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden und gehört werden. Lässt man sie nicht, dann vergeht ihnen auch die Lust, ihre Stimme bei Wahlen abzugeben, ganz zu schweigen von der Bereitschaft, sich auf einer Liste aufstellen zu lassen. Politiker ereilt offenbar ein ähnliches Schicksal wie zuvor schon Geistliche und Lehrer: das Image ist im Keller, die Autorität wird hinterfragt, der Einfluss schwindet immer mehr dahin.
Doch wo etwas zu Ende geht, fängt meistens auch etwas Neues an. So kann man beobachten, wie seit Jahren ganz neue Verfahren und Methoden entstehen, die es ermöglichen, jenseits der gewohnten Top-down-Kultur zu kooperieren: Open Space, World Café oder der Kreisdialog, um nur ein paar zu nennen. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie fördern und kultivieren das Miteinander in einer Zeit der kulturellen Vielfalt und sind eine Alternative zur langweiligen Podiumsdiskussion mit Kinobestuhlung Diversität an Meinungen und Standpunkten, an Werthaltungen und Einstellungen kann man nämlich auch als Schatz und Ressource sehen, nicht nur als Hindernis. Um diesen Schatz heben zu können, muss sich unsere Kultur weiter entwickeln. Von einer Kultur des Wettbewerbs und der Konkurrenz hin zu einer Kultur des Miteinanders. Räume schaffen für gute Gespräche über wesentliche Dinge, so lautet das Motto.

manfred.hellrigl@vorarlberg.at
Dr. Manfred Hellrigl ist Leiter des Büros für Zukunftsfragen im Amt der Vorarlberger Landesregierung

LESER STIMMEN

„Zukunft der Gemeinde. Gemeinde ohne Boden?“
Leitartikel aus KOMMUNAL 2/2015

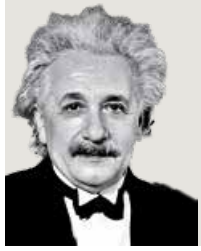
Zu Ihrem Leitartikel in Kommunal 02/2015 mit dem Titel „Zukunft der Gemeinde? Gemeinde ohne Boden?“ sei mir folgende persönliche Anmerkung erlaubt. ...
Das BMLFUW hat dazu trotz fehlender (Bundes-)Kompetenz immer klar Stellung bezogen und entsprechende Lösungsvorschläge präsentiert ... Diese wurden von den verantwortlichen Stellen bislang leider nur sehr eingeschränkt wahrgenommen bzw. durch die nach wie ungebrochene Widmung neuer Gewerbeflächen auf der „grünen Wiese“ konterkariert. Ihrem Abschlusssatz „Nichtstun ist die schlechteste Lösung“ ist voll beizupflichten. Ihre Aufforderung bzw. jene des Gemeindebundes nach diesbezüglicher Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für eine vernünftige Baulandmobilisierung durch den Bundes- bzw. Landesgesetzgeber, bei gleichzeitig uneingeschränkter Beibehaltung der Widmungskompetenzen der Gemeinde erscheint aber als Widerspruch in sich. Wenn der „kleine Bürgermeister“ mit dem Problem überfordert ist..., wird man sich für die eine oder andere Richtung entscheiden müssen. Dass sich die Gemeinden des Problems schon heute aktiver annehmen müssten, z. B. im Wege einer interkommunalen Zusammenarbeit, bleibt für mich unbestritten.
DI Christian Holzer
Chef der Sektion V im Umweltministerium

Gratulation zum Beitrag „Zukunft der Gemeinde? Gemeinde ohne Boden“. Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen stecken da wirklich sehr oft in der Zwickmühle, dennoch kann man in einem örtlichen Entwicklungskonzept auch nachhaltige, flächensparende Maßnahmen definieren, die den Bodenverbrauch einschränken. Das heißt maßvoll verdichten und natürlich auch Nutzen der vielen Leerstände. Ich weiß auch über die Problem wegen Verfügbarkeit von Boden etc., das Einfamilienhaus zurück drängen, keine neuen Siedlungsgebiete mehr ...
All das steht zum Beispiel im ÖEK der Gemeinde Ottensheim – und das ist gemeinsam mit BürgerInnen zwischen 1998 und 2002 erarbeitet worden und wird derzeit in Modulen – wieder mit BürgerInnenbeteiligung – überarbeitet.
Ulrike Böker
Bürgermeisterin der Gemeinde Ottensheim (OÖ)

Eine ausgezeichnete Darstellung der Istsituation. Das Thema ist bei den Bürgermeistern sehr unterschiedlich beliebt. Diejenigen, die noch Betriebansiedlungen im Kopf und das nötige Bauland dazu auch haben, messen diesem Thema wenig Bedeutung zu. Andere, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, wären auch für die Maximalforderung „Stopp dem Landverbrauch“ zu haben. Das Thema ist hochpolitisch; ich hoffe, dass jetzt eine ernsthafte Diskussion dazu beginnen kann.
Zur Info: Meine Gemeinde Zwischenwasser hat kürzlich ein neues räumliches Entwicklungskonzept beschlossen, das genau dieses Thema Grund und Boden zum Generalinhalt hat. Demnächst wird eine kleine Broschüre über dieses Konzept erscheinen, in der kurz und verständlich über die Ergebnisse des REK Zwischenwasser berichtet wird.
Josef Mathis
Bürgermeister a. D. der Gemeinde Zwischenwasser (V),
Obmann des Vereins „Zukunftsorte“

ANGESAGT

WEISE WORTE



„Es ist leichter, einen Atomkern zu spalten als ein Vorurteil."

Albert Einstein,
Physiker

„Wir haben für Europa und Griechenland eine gute Lösung gefunden. Der Kompromiss mit einer viermonatigen Ausdehnung des Hilfsprogramms ist sowohl gut für Athen als auch für die Eurogruppe."

Hans Jörg Schelling,
Finanzminister
(16. 2. 2015)

„Das Vorurteil ist die hochnäsige Empfangsdame im Vorzimmer der Vernunft."

Karl Heinrich Waggerl,
Autor

WEGFAHRSPERREN

„Wir wissen, dass in Österreich viel zu viele Menschen ein Problem mit ihrem Alkoholkonsum haben. Alkolocks sind ein Weg, sie nicht vom Arbeits- und Gesellschaftsleben auszuschließen und die drohende soziale Abwärtsspirale zu vermeiden."

Alois Stöger,
Verkehrsminister

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Italien: Gemeinderätinnen als falsche Prostituierte

Anastasia Petrella und Stefania Sangermano sind jung, attraktiv und bekleiden ein unspektakuläres Nebenamt: Sie sind Gemeinderätinnen von Castel Volturno, einer Kleinstadt an der domitianischen Küste etwa 40 Kilometer nordwestlich von Neapel.

Ende Jänner redete halb Italien von den beiden. Denn sie haben sich als Freiwillige für eine unkonventionelle Aktion ihres Bürgermeisters Dimitri Russo zur Verfügung gestellt.

Sie gingen, so ein Bericht im „Standard", mit hohen Stiefeln, Strapsen und tiefem Ausschnitt als vermeintliche Prostituierte aufgemacht, im Kampf der Gemeinde gegen den illegalen Straßenstrich für einen Tag selbst auf die Straße. Russo ließ die Aktion heimlich filmen. Man muss sich das so vorstellen: Die beiden warteten auf dem Trottoir auf Kundschaft, die Kamera dezent im Handtäschchen versteckt. Ein Auto hält an, der Fahrer kurbelt das Seitenfenster hinunter, erkundigt sich nach den Dienstleistungen und dem Preis. Dann kam – drapiert mit der grün-weiß-roten Schärpe der italienischen Gemeindeoberhäupter – Bürgermeister Dimitri Russo aus seinem Versteck hervor. Er nahm den Freier ins Gebet, wies auf die Gesetzeswidrigkeit seines Verhaltens hin. Die nahmen übrigens ausnahmslos sofort Reißaus und fuhren davon.

Wirklich lustig war Russos Aktion nicht, sie war in Wahrheit ein Hilfeschrei. In Castel Volturno stehen an allen Ecken Prostituierte aus Afrika und Osteuropa. Die Kleinstadt liegt im Herzen eines von der Camorra beherrschten Landstrichs.

Eine der beiden Gemeinderätinnen bei der verdeckten Aktion. Ein Ausschnitt des Videos wurde im Internet veröffentlicht. Screenshot aus dem Videoclip der Gemeinde Castel Volturno, video.corriere.it. Der Clip ist auf Youtube zu finden.

Bei der Aktion haben nicht nur die Freier ihre Lektion erhalten. Auch für die beiden falschen Prostituierten war der Tag auf der Straße eine lehrreiche, wenn auch schmerzliche Erfahrung. „Es war härter, als ich dachte", sagte Stefania S. dem „Corriere della Sera". Sie seien als Prostituierte zwar nicht echt gewesen – die Männer, ihre Blicke und ihre Offerte aber sehr wohl. Anastasia P. berichtete, sie habe zu Hause noch Stunden später gezittert: „Ich bin in eine Welt eingetaucht, von der ich meinte, dass ich Bescheid darüber wüsste. Aber es war tausendmal schlimmer."

www.derstandard.at
Ausgabe 29. 1. 2015

FOTOS: BMF/Citronenrot, BMVIZ/Christian Herzenberge, Bildarchiv ÖNB, Wien, Sophie Delar, 1955, Princeton

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

EIN RÜCKBLICK

Neubeginn – historische Chance (schon im Jahr 1990)

In der sechsten Ausgabe des „kommunal-journal“ ging es um ein Thema, das auch heute noch nichts an Brisanz eingebüßt hat: den Finanzausgleich. „In die Diskussion um den Finanzausgleich ist Bewegung geraten“, so Hofrat Dr. Franz Oswald, damals Chefredakteur der NÖ Landeskorrespondenz.
Er führte aus, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel, der Status von Wien ebenso wie der Wiener Umlandgemeinden, die Finanzierung des finanzschwächsten Gemeinden stets umstrittene Themen waren.
Aber nun sei Gelegenheit, „die beim Verfassungsgericht eingeklagten heißen Themen ausjudizieren zu lassen“. Er regte an, dass „die gegenwärtige Diskussion auch dazu genutzt werden sollte, um wieder einmal grundsätzlich den Stellenwert der Gemeinden, der – auch das eine Parallele zu heute – in allen Umfragen ständig weiter steigt, der Öffentlichkeit mehr bewusst zu machen. „Umgehend sollte man beginnen, den neuen Finanzausgleich ab 1993 im Lichte dieser jüngsten Entwicklungen, auch unter Berücksichtigung der international geänderten Lage, zu verhandeln. Tatsache ist, dass die Kommunalautonomie 1962 im Finanzausgleich bis heute noch nicht ihren vollen Niederschlag gefunden hat.“ Oswald forderte „angesichts der Tatsache, dass die Gemeinden als größter Investor und Arbeitsplatzsicherer innerhalb der Gebietskörperschaften führend sind“, dieser Fakt endlich auch im Finanzausgleich seinen Niederschlag finden müsse – und zwar „durch einen grundsätzlich gleich hohen Anteil am Gesamtkuchen, wie ihn die Länder haben“. Der Bund habe – eine weitere Parallele – nach wie vor „finanziell den größten Spielraum und ist gerade in wirtschaftlich guten Zeiten Hauptnutznießer zusätzlicher Einnahmen.“ All das sollte bei dieser Diskussion berücksichtigt werden.
Am Schluss seines Kommentars stellte er eine Preisfrage: „Wer ist der wirklich erste gemeindefreundliche Finanzminister der Zweiten Republik?“ Eine Antwort auf diese Frage steht zu Redaktionsschluss leider immer noch aus.

Durch den Footprint betrachtet:
1 m³ verbautes Holz bindet 1 Tonne CO_2!

Wieder was gelernt.

holzistgenial.at

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNIKATIONSFORSCHER.

Kommunale Balance zwischen Bauen und Sanieren

Die aktuelle Ausgabe von KOMMUNAL widmet sich dem Bereich „Bauen und Sanieren“. Gerade dieses Themenspektrum ist ein Paradeexempel für kommunale Kernaufgaben, anhand dessen sich mehrere zentrale Aspekte aufzeigen lassen: Ankurbelung der regionalen Wirtschaft etwa oder Verschönerung und Belebung des Ortskerns. Darüber hinaus bietet sich die Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und es eröffnen sich auch diverse Kooperationsformen mit privaten Partnern. In jedem Fall gilt es dabei zukunftsfähige Impulse hinsichtlich optimaler kommunaler Infrastruktur und der Attraktivierung des dörflichen Zusammenlebens mit seinen Freizeit-, Jugend- und Bildungseinrichtungen sowie dem Vereinsleben zu erarbeiten. Einige der zentralen Fragen lauten dabei: Was sollte grundsätzlich neu errichtet, welche bestehenden Gebäude können innovativ saniert werden und wo sollen Frei- und Erholungsflächen existieren? Mehrere nationale Studien zeigen für den Hochbausektor eine sinkende Tendenz und selbst Privathaushalte weisen ein mit 15% rückläufiges Bau- und Sanierungsvolumen in den letzten zwei Jahren aus. Die Kommunen dienen daher als wesentlicher Impulsgeber, etwa im Zusammenhang mit der Ausrüstung der Gemeindegebäude mit barrierefreiem Zugang. Wie eine aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend-Erhebung zeigt, ist die Thematik für mehr als ein Drittel der Gemeinden von aktueller Relevanz. Daneben ist auch der Leerstand von Liegenschaften ein wichtiges Thema: Die kommunalen Entscheidungsträger beurteilen dabei zwar den Leerstand-Anteil bei privaten Immobilien höher als jenen bei gemeindeeigenen Gebäuden. Es ist dennoch eine zentrale Herausforderung der Kommunen, vorausschauend in Bau- und Renovierungstätigkeiten zu investieren, um eine optimale Lebensgrundlage für die BürgerInnen zu erhalten.

> „Es gilt, **zukunftsfähige Impulse** hinsichtlich optimaler kommunaler Infrastruktur zu geben.“

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK-FINANZCHECK

GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

Negative Jahresabrechnung 2014

Die Vorschüsse auf die Ertragsanteile der Gemeinden resultieren aus den Einnahmen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben des zweitvorangegangenen Monats. Die Vorschüsse Jänner bis Dezember 2014 wurden somit auf Basis des Abgabenerfolgs von November 2013 bis Oktober 2014 berechnet. Somit war wie für jedes Jahr auch für 2014 eine periodengerechte Ermittlung der Ertragsanteile, die sogenannte Zwischenabrechnung (ZA), erforderlich. Das Ergebnis der ZA wird mit den März-Vorschüssen verrechnet. Gemäß dem aktuellen Finanzausgleichsgesetz (FAG 2008) sind die Vorschüsse generell bis zum 20. des betreffenden Monats vom Bund an die Länder und bis zum 10. des Folgemonats von den Ländern an die einzelnen Gemeinden zu überweisen.

Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist das Ergebnis der ZA der Gemeindeertragsanteile mit minus 27,4 Mio. Euro seit 2009 erstmals wieder flächendeckend negativ. Dies bedeutet, dass Übergenüsse entstanden sind, die nun von den März-Vorschüssen abgezogen werden. Die Begründung für diese Übergenüsse liegt vorwiegend in der im Finanzausgleichsgesetz enthaltenen Regelung über die Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer II für die Vorschüsse. Diese Regelung ist nicht für ein niedriges Zinsniveau ausgelegt. In den vergangenen Jahren konnten die aus der KESt II resultierenden zu hohen Vorschüsse durch den Zuwachs der anderen gemeinschaftlichen Bundesabgaben kompensiert werden, was jedoch 2014 durch das Eintrüben der Konjunktur nicht erfolgt ist.

Somit wird die am 20. März 2015 vom BMF an das jeweilige Land erfolgende Überweisung der März-Vorschüsse der Gemeinden bereits um die entsprechenden länderweisen Anteile an diesen 27,4 Mio. Euro vermindert sein. Die März-Vorschüsse der Gemeinden, die von den Ländern bis 10. April 2015 zu überweisen sind, liegen damit in allen Bundesländern gegenüber dem März 2014 im Minus. Das reicht von rund -1,3 Prozent in Oberösterreich bis -6,6 Prozent im Burgenland.

ERGEBNIS DER ZWISCHENABRECHNUNG

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
BGLD.	1,9	-3,3	1,1	1,8	2,1	0,6	-0,7
KTN.	4,8	-6,6	0,7	5,5	5,5	-1,6	-1,7
NÖ	12,8	-20,4	6,3	10,7	9,0	3,8	-3,9
OÖ	11,8	-19,5	6,1	10,1	9,7	3,8	-3,7
SBG.	3,5	-7,8	4,1	3,2	7,8	0,5	-2,6
STMK.	7,6	-15,3	6,4	7,7	9,9	-1,5	-2,4
TIROL	7,2	-10,2	2,6	7,3	6,1	1,2	-2,0
VBG.	4,6	-6,7	2,8	2,8	2,4	0,4	1,8
WIEN	17,3	-24,3	16,4	18,0	25,0	-4,5	-12,1
GESAMT	**71,4**	**-114,0**	**46,5**	**67,0**	**77,6**	**2,7**	**-27,4**

St.Stephen's

DIE WAHRHEIT SCHWARZ AUF WEISS:

NUR EIN SYSTEM TRENNT ROT-WEISS-ROT!

Rot-weiß-rot zu Ihrem Vorteil: Durch Sammlung und Recycling von mehr als 830.000 t Verpackungen sichern wir heimischen Unternehmen wertvolle Rohstoffe. Das entlastet die Umwelt von 650.000 t CO_2 und hält die Wertschöpfung in Österreich.

Die ARA – ein Non-Profit-Unternehmen im Eigentum der österreichischen Wirtschaft.

ARA.recycling **www.ara.at**

SO MACHT RECYCLING SINN.

RECYCLING FÜR ÖSTERREICH ARA Altstoff Recycling Austria

EIN UNTERNEHMEN DER ARA GRUPPE

ARA Altstoff Recycling Austria · ARAplus · ARES Advanced Recycling Solutions · austria glasrecycling · ERA Elektro Recycling Austria · NETMAN · KOKOS BOX · REINWERFEN STATT WEGWERFEN

POLITIK & RECHT

SCHLACHTFELD RAUMORDNUNG
In Salzburg machen Bürgermeister mobil
Seite 20

RECHTSGRUNDLAGE UNKLAR
Viele Fragen beim Behindertengleichstellungsgesetz
Seite 28

DAS POLITISCHE SIGNAL IST FATAL
Der AdR diskutiert zum EU-Transparenzregister
Seite 31

FOTO / BKA/Georg Stefanik

600 MILLIONEN WENIGER

Freitag, der 13. März 2015: Um 18:00 Uhr traten Bundeskanzler und Vizekanzler vor die Kameras und präsentierten die Eckpunkte ihrer Steuerreform. KOMMUNAL schaut sich die Auswirkungen an.

TEXT / Konrad Gschwandtner

Das geplante Volumen von etwas über fünf Milliarden Euro soll weitestgehend in die Tarifreform bei der Einkommensteuer (samt Begleitmaßnahmen) fließen, die weitgehend mit 1. Jänner 2016 in Kraft treten soll. Kleinere Anteile umfassen Maßnahmen für Familien und den Wirtschaftsstandort. Die bisher bekannten Maßnahmen, die in diesem Beitrag auch im Überblick dargestellt sind, werden in den kommenden Wochen und Monaten in Detailverhandlungen, zu denen im Gegensatz zum bisherigen Verhandlungsprozess dieses Mal wohl auch Vertreter der Gemeinden eingeladen werden, konkretisiert werden. Bei der Finanzierung der Reform, an der – geht es nach dem Bund – die Länder und Gemeinden analog dem allgemeinen FAG-Schlüssel (67,417 Prozent Bund/20,7 Prozent Länder/11,883 Prozent Gemeinden) gemeinsam rund ein Drittel beitragen müssen, gibt es viele offene Fragen.

Mittelverwendung klar, Mittelherkunft unsicher: Weitgehend klar scheint, dass durch die Steuerentlastung ab 2016 die Einnahmen des Staates aus der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer deutlich absinken werden und damit auch die Anteile der Gemeinden an diesen gemeinschaftlichen Bundesabgaben im Finanzausgleich. Ohne Berücksichtigung der Gegenfinanzierungen wären dies rund 600 Millionen Euro pro Jahr, was einer Reduktion von gut sechs Prozent der Gemeindeertragsanteile (inkl. Wien) entspricht, die heuer bei rund 9.5 Milliarden Euro liegen und gerade einmal um drei Prozent anwachsen sollen. Wie viel von diesem 600-Millionen-Finanzierungsanteil der Gemeinden, der wohl erstmals mit den Vorschüssen für den März 2016 wirksam werden wird und geteilt durch die Volkszahl rund 20 Millionen Euro für die burgenländischen oder rund 115 Millionen Euro für die niederösterreichischen Gemeinden ausmacht, „wieder herein kommt“ (sei es jetzt durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen oder eigene Einsparungen), ist ebenso offen wie die generellen Fragen nach dem Wie und vor allem nach dem Wann.

Finanzierung „nicht auf Pump“: Wie auch in der Abbildung dargestellt ist, gilt es rund 5,2 Milliarden Euro pro Jahr zu finanzieren. Der Finanzminister hat bereits angekündigt (Wirtschaftforscher wie auch der Fiskalrat sehen dies sehr skeptisch), dass der Bund trotz des mageren Wirtschaftswachstums (rund 1,3 Prozent reales

STEUERREFORM 2015/2016 - MASSNA

TARIFREFORM BEI DER EINKOMMENSTEUER (AB 1.1.2016) SAMT ERGÄNZENDEN MASSNAHMEN

4,9 MRD. EURO

- Senkung des Eingangssteuersatzes von 36 auf 25 Prozent, nunmehr sieben Steuerstufen (statt bisher vier) mit unterschiedlich hohen Entlastungen für alle Einkommen bis 90.000 Euro pro Jahr und neuer Spitzensteuersatz für Einkommen ab 1 Mio. Euro pro Jahr
- Erhöhung der Arbeitnehmerabsetzbeträge von 345 auf 400 Euro
- Negativsteuer für Kleinverdiener bis zu 400 Euro pro Jahr
- Erhöhung des Pendlerzuschlags für geringverdienende Pendler
- Negativsteuer für niedrige Pensionen bis zu 110 Euro pro Jahr

0,1 MRD. EURO

MASSNAHME(N) FÜR FAMILIEN

- Verdoppelung des Kinderabsetzbetrages auf 440 Euro pro Kind

0,2 MRD. EURO

STANDORTPAKET FÜR DIE WIRTSCHAFT

- Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen für geringverdienende Selbständige und Landwirte
- Erhöhung der Forschungsprämie von 10 auf 12 Prozent
- Erhöhung der Steuerbefreiung von Mitarbeiterbeteiligungen von 1.460 auf 3.000 Euro
- Ab 2018: Senkung der Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds
- KMU-Finanzierungspaket
- Zuzugsbegünstigung für Wissenschaftler und Forscher

STEUERREFORM 2015/2016 FINANZIERUNG

(in Mrd. Euro)

MITTEL-VERWENDUNG	- 5,2
Tarifreform bei der Einkommensteuer samt Begleitmaßnahmen	- 4,9
Maßnahmen für Familien	- 0,1
Standortpaket für die Wirtschaft	- 0,2

MITTELHERKUNFT	5,2
Reduktion Steuerbetrug	1,9
Streichung steuerlicher Ausnahmen und vermögensbezogene Steuern, teilweise Erhöhung des ermäßigten USt-Satzes	1,2
Einsparungen im Verwaltungsbereich (davon Reduktion von Förderungen in Höhe von 500 Mio. Euro)	1,1
Abgabenmehreinnahmen aufgrund von Konjunktureffekten (Konsumstärkung)	0,85
Neue Schulden?	?

HMEN UND FINANZIERUNG

BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN

1,9 MRD. EURO

- Einführung der Registrierkassenpflicht (ab 15.000 Euro Barumsatz) samt Pflicht zur Belegerteilung
- Wegfall des Bankgeheimnisses für Unternehmen und Schaffung eines zentralen Bankkontenregisters
- Maßnahmen im Bereich des Sozialbetrugs (etwa bei der E-Card Nutzung)

ERHÖHUNG VERMÖGENSBEZOGENER STEUERN

- Künftig soll die Grunderwerbsteuer auch bei Erbschaften und Schenkungen innerhalb der Familie vom Verkehrswert (vormals 3-facher EHW) berechnet werden. Der Steuersatz soll bis zu einem Verkehrswert von 200.000 Euro bei 0,5 Prozent, bis 400.000 Euro bei 2 und darüber bei 3,5 Prozent liegen. Es wird mit Mehreinnahmen von 35 Mio. EUR pro Jahr gerechnet (die Einnahmen kommen derzeit zu 96 Prozent den Gemeinden und zu 4 Prozent dem Bund zu).
- Anhebung der Kapitalertragsteuer von 25 auf 27,5 Prozent, z.B. Dividenden und Aktien. Die 25%ige KESt auf Zinsen aus Spareinlagen und Girokonten soll unverändert bleiben.
- Erhöhung der Immobilienertragsteuer auf Grundstücksveräußerungen von 25 auf 30 Prozent

1,2 MRD. EURO

WEITERE STEUERLICHE MASSNAHMEN

- Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 10 auf 13 Prozent (für z.B.: Hotelnächtigungen, Tierfutter, Kinokarten)
- Erhöhung der SV-Höchstbeitragsgrundlage von 4.650 auf 4.840 Euro
- Streichungen im Bereich der Topf-Sonderausgaben bei der Einkommensteuer (u.a. bei Neuverträgen im Bereich der freiwilligen Kranken-, Unfall-, Pensions- und Lebensversicherung oder bei Wohnraumschaffung und –Sanierung)
- Einschränkungen bei der Gebäudeabschreibung (abgeschwächt für Familienbetriebe)
- Höherer, zu versteuernder Sachbezug bei Dienstfahrzeugen
- Begrenzung der Verlustverrechnung bei atypisch stillen Beteiligungen auf die Höhe der Einlage

KONJUNKTUREFFEKTE & EINSPARUNGEN

- Details offen

2,1 MRD. EURO

„DIE GRÖSSTE STEUERREFORM DER 2. REPUBLIK."

Reinhold Mitterlehner und Werner Faymann bei der Pressekonferenz nach der Einigung zur Steuerreform

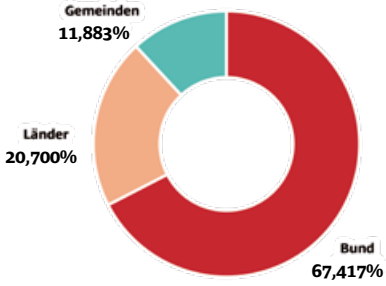
BIP-Wachstum prognostiziert das WIFO für 2016) und der weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit weiterhin am strukturellen Nulldefizit im Jahr 2016 festhält (entspricht einem Defizit von ca. 0,45 Prozent des BIP). Man will also die Reform „nicht auf Pump" finanzieren. Gemäß den Plänen des Bundes sollen rund 1,2 Milliarden Euro durch die Streichung steuerlicher Ausnahmen, Änderungen bei der Umsatzsteuer und vermögensbezogenen Steuern hereinkommen, somit bleiben noch vier Milliarden Euro. Rund die Hälfte davon soll durch Maßnahmen im Bereich der Steuerbetrugsbekämpfung bzw. auch teilweise durch die Bekämpfung von Sozialbetrug hereinkommen. Neben der grundsätzlichen Skepsis, was das Erreichen und den Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Volumens dieser Gegenfinanzierungsmaßnahme der Steuerreform betrifft, muss aus kommunaler Sicht auch klar festgehalten werden: Wenn die Gemeinden diese Reform anteilig mitfinanzieren, dann müssen die Einnahmen aus der Betrugsbekämpfung auch wieder anteilig an die Gemeinden gehen. Dann kann es nicht sein, dass der Bund sich einseitig Millionenbeträge an Finanzstrafen und Verzugszinsen einbehält, wie dies ja bei Finanzstrafverfahren grundsätzlich der Fall ist. Eine weitere, überaus unsichere Gegenfinanzierungposition ist der Konjunktureffekt, der rund ein Sechstel zur Finanzierung der Steuerreform beitragen soll.

Konjunktureffekt durch Tarifreform? Der positive Effekt aus der Belebung der Kaufkraft bei den kleinen und mittleren Einkommen soll den konjunkturdämpfenden Effekt bei jenen, die aufgrund strengerer Steuerkontrollen (Unternehmen, Wohlhabende) mit Einbußen zu rechnen haben, deutlich überwiegen. Geht es nach der Regierung,

soll dieser Konjunktureffekt rund 850 Millionen Euro ausmachen. Geht es nach dem IHS, liegt der Effekt mindestens 200 Millionen Euro darunter. Dort geht man davon aus, dass der Multiplikatoreffekt bei einer Senkung der Lohn-/Einkommensteuer bei rund drei Zehntel des Volumens liegt, also etwa 1,5 Milliarden Euro durch Konsum und daraus resultierende Investitionen wirksam werden. Multipliziert mit der heimischen Abgabenquote von rund 42 Prozent, ergibt dies zusätzliche Steuereinnahmen von rund 630 und nicht die angepeilten 850 Millionen Euro. Aber auch diese 630 Millionen sind mehr als fraglich, da durch die Tarifreform bei den Lohn-/Einkommensteuer ja nicht die ganzen fünf Milliarden Euro überhaupt konsumwirksam werden können, sondern auf der anderen Seite ja Steuern erhöht und Förderungen gekürzt werden.

Einsparungen bei Verwaltung und Förderungen: Ein wesentlicher Punkt der Finanzierung dieser Reform betrifft die Kürzung von Ausgaben. Wie bereits erwähnt, sollen die Gemeinden mit jährlich rund 600 Millionen Euro an geringeren Ertragsanteilen diese rund 5,2 Milliarden Euro teure „größte Steuerreform der Zweiten Republik" mitfinanzieren. Davon kommen relativ sicher die anteiligen Einnahmen aus Steuererhöhungen bzw. Streichungen von Ausnahmen wieder herein (bis auf die „Millionärsabgabe" die rund 50 Millionen Euro bringen und in einen eigenen Fonds kommen soll). Unsicher sind dagegen die auf dem Konjunktureffekt und der Betrugsbekämpfung basierenden Einnahmen. Was bleibt, soll anteilig (wie bereits erwähnt nach dem FAG-Schlüssel) über Verwaltungsreformen und über Kürzungen im Förderungsbereich aufgebracht werden. Der Bund geht hier von 600 (und 500), also insgesamt 1100 Millionen Euro aus. Man muss aber wohl sagen, dass dies eine sehr optimistische Untergrenze darstellt. Das Einsparungsvolumen im Verwaltungs- und Förderbereich wird wohl größer ausfallen müssen. Was die Streichungen im Förderbereich betrifft, kann es aber nicht so sein, dass der Bund oder die Länder ihre Einsparungen durch Streichungen von Förderungen an die Gemeinden erreichen, und es muss klar sein, dass unter Förderungen selbstverständlich auch keine finanzausgleichsrechtlichen (zum Beispiel Finanzzuweisungen oder Zuschüsse) oder 15a-Materien (zum Beispiel im Kinderbetreuungs- oder Schulbereich) gemeint sein können, ebenso wenig wie etwa der Bereich der Siedlungswasserwirtschaft.

DER EINHEITLICHE ABGABENSCHLÜSSEL DES FAG



Bei der Finanzierung der Reform, an der die Länder und Gemeinden analog dem allgemeinen FAG-Schlüssel gemeinsam rund ein Drittel beitragen müssen, gibt es viele offene Fragen.

Vermögensbezogene Abgaben sind ein nicht unwesentlicher Aspekt dieser Steuerreform und sie werden uns auch noch weiter begleiten. Neben der Erhöhung der KESt, der Änderung der Grunderwerbsteuer, die Bund, Ländern und Gemeinden (es bedarf hier eines neuen Verteilungsschlüssels, da bisher nur Bund und Gemeinden an dieser Abgabe beteiligt waren) anteilig rund 35 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr bringen wird, und der Erhöhung der Immobilienertragsteuer, hat das Finanzministerium bereits festgehalten, dass die Reform der Grundsteuer ein Thema für die Finanzausgleichsreform (FAG 2017) werden wird. Im Nachsatz zur Immobilienertragsteuer, von der ja die Gemeinden auch ausgabenseitig betroffen sind, ist noch anzuführen, dass sich der Gesetzgeber endlich zu einer Steuerbefreiung für Grundstücktransaktionen gemäß § 13 und § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz durchringen sollte, damit nicht weiterhin für wenige Quadratmeter Grund und praktisch kein Steueraufkommen weiterhin unnötiger Verwaltungsaufwand für die Gemeinden besteht.

Eisernes Sparen ab 2016: Unter den Vorzeichen – schwache Konjunktur, hohe Arbeitslosigkeit, sofortiges Wirksamwerden der Mindereinnahmen an Ertragsanteilen durch die Tarifreform bei der Lohn- und Einkommensteuer und erst zeitversetztes Wirksamwerden der Gegenfinanzierung mit gleichzeitig ungewissem Konsolidierungsanteil – ist eine Einhaltung des Österreichischen Stabilitätspakts und seiner Fiskalregeln mehr als nur fraglich. Auch die Liquidität der Gemeinden wird durch die erst zeitverzögert eintretenden Gegenfinanzierungsmaßnahmen etwa aus der Betrugsbekämpfung in den kommenden Jahren auf die Probe gestellt werden. Nachdem die Regierungsspitze im Zuge des Ministerratsbeschlusses zur Steuerreform 2015/2016 bereits erklärt hat, dass es 2018 zu einer weiteren Lohnsteuerentlastung kommen soll (so sie in einem strukturell ausgeglichenen Haushalt darstellbar ist), ist ohnedies alles halb so schlimm. Wir werden sehen.

KONRAD GSCHWANDTNER IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

KOMMENTAR

WALTER LEISS ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN DER STEUERREFORM AUF DIE GEMEINDEN

Es wird für Gemeinden **nicht einfacher**

Nach langwierigen Verhandlungen zur Steuerreform wurden Mitte März die ausverhandelten Ergebnisse präsentiert. Auch wenn schon jetzt kritische Stimmen laut werden, die die Reform mit einem bloßen Einbremsen der automatisch wirkenden kalten Progression vergleichen, werden mit der Reform rund fünf Mrd. Euro bewegt. Das ist nicht wenig Geld, das in schwierigen Zeiten auf der Einnahmenseite für Bund, Länder und Gemeinden fehlt. Die Ertragsanteile der Gemeinden sind mit 11,88 Prozent betroffen. Das heißt rund 600 Mio. Euro weniger an Einnahmen ab dem 1. 1. 2016.

Umso größere Bedeutung kommt der Gegenfinanzierung für diese Reform zu. Die Beseitigung der Ausnahmen im Steuerrecht und die neu eingeführten vermögensbezogenen Steuern sollen rund 1,25 Mrd. Euro mehr Ertrag bringen. Davon werden auch die Gemeinden profitieren. Das Minus für die Gemeinden reduziert sich damit auf rund 450 Mio. Euro. Die anderen Maßnahmen, die der Gegenfinanzierung dienen, werden jedenfalls nicht sofort wirksam. Der Einnahmeausfall hingegen schon. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Kürzungen in Bereichen der Förderung auch die Gemeinden als Fördernehmer treffen können. Als Beispiel sei die Siedlungswasserwirtschaft genannt, deren Förderung vom Bund am liebsten wohl eingestellt werden würde. Natürlich werden auch die Gemeinden ihre Förderungen speziell im Wirtschaftsbereich hinterfragen müssen. Ob dies dann zur Belebung der Konjunktur beiträgt, darf bezweifelt werden.

„Gemeinden werden **Einnahmen verlieren** und müssen in der Verwaltung sparen."

Um die Einnahmenverluste zu kompensieren wird auch in der Verwaltung der Sparstift angesetzt werden müssen.

Ein großer Brocken an beabsichtigten Gegenfinanzierungsmaßnahmen sind auch Einsparungen in der Verwaltung. Wie diese auf Gemeindeebene zu erzielen sind, ist fraglich. Fast täglich kommen neue Belastungen auf die Gemeinden zu. Sei es im Gesundheitswesen, mit den neuen Ärztedienstzeiten bis hin zu den schon bekannten Forderungen des nicht-medizinischen Personals. Im Sozialbereich sind durch beabsichtigte Reformen in der Qualität und der demografischen Situation ebenfalls höhere Kosten zu erwarten. Der in der geplanten Bildungsreform vorgesehene Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung wird für die Gemeinden zusätzlich hohe Investitions- und Betriebskosten, bis hin zu Mehrkosten für das Personal bedeuten. In all diesen Bereichen sind die Gemeinden entweder indirekt über die Transferzahlungen, oder direkt als Erhalter der Einrichtungen betroffen.

Nebenbei soll das Haushaltsrecht an das Modell des Bundes angepasst werden. Kosten von geschätzten 200 Mio. € aufwärts. Wie diese Mehrleistungen bei geringeren Einnahmen finanziert werden sollen, ist allerdings fraglich. Ein großes Stück an Reformarbeit liegt noch vor uns. Es bleibt nur zu hoffen, dass die vorgesehenen Gegenfinanzierungsmaßnahmen auch ihre Wirkung entfalten. Für die Gemeinden wird es in Zukunft sicher nicht einfacher.

walter.leiss@gemeindebund.gv.at
Hofrat Dr. Walter Leiss ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

REPORTAGE

SCHLACHTFELD

In Salzburg machen Bürgermeister gegen die Raumordnungspolitik des Landes mobil. Nun sieht man einander vor dem Höchstgericht wieder.

TEXT/Helmut Reindl

In Kuchl (Tennengau) und St. Gilgen (Flachgau) hat das Land Salzburg die Umwidmung von Grünland in Bauland abgelehnt. Beide Gemeinden zogen vor das Landesverwaltungsgericht – und verloren dort. Nun gehen sie vor den Verfassungsgerichtshof.

Es geht um mehr als nur zwei Einzelfälle. Die Frage ist vielmehr, ob das Land mitreden kann und soll, wenn Gemeinden große Flächen bebauen lassen wollen. „Bei der Verhandlung vor dem Landesverwaltungsgericht wurde nicht berücksichtigt, dass die Planungshoheit bei den Gemeinden liegt. Das ist in der Bundesverfassung festgelegt. Daher hoffe ich, dass der VfGH im Sinne der Gemeinden entscheiden wird“, sagt Günther Mitterer, Chef des Salzburger Gemeindeverbandes. Bisher habe das Höchstgericht dieses „Planungsermessen“ der Gemeinden respektiert.

Im Zentrum der Kritik steht die für Raumordnungsfragen zuständige Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler. Mitterer: „Ich glaube, dass sie noch nicht durchschaut hat, wie die Raumordnung aufgebaut ist und welche Aufgaben sie als Aufsichtsbehörde hat.“ Mitterer vermutet aber, dass noch mehr hinter der Sache steckt: „Ich habe den Eindruck, dass das Land den Wirkungsbereich der Gemeinden beschneiden will. Das werden wir uns nicht gefallen lassen!“

Rössler will die Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen. Im Gespräch mit KOMMUNAL verweist sie darauf, dass in den eineinhalb Jahren, in denen sie nun für das Ressort zuständig sei, rund 500 Flächenwidmungen und räumliche Entwicklungskonzepte klaglos erteilt worden seien. „Da kann man bei zwei oder drei abgelehnten Projekten noch nicht von einem Angriff auf die Gemeindeautonomie sprechen.“

In den letzten Wochen hat sich der Konflikt zwischen Rössler und den Gemeinden noch verstärkt. Grund ist eine Studie, laut der es in Salzburg – zumindest in gewissen Gegenden – ohnehin genügend Großmärkte und Fachmarktzentren gibt. Rössler: „Wir haben es jetzt schwarz auf weiß, dass die Gemeinden außerhalb des Zentralraumes und vor allem die in den südlichen Bezirken unter dem Abfluss von Kaufkraft leiden. Das hat Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur und auf die Bevölkerungsentwicklung.“

Auf Basis der Studie hat Rössler nun rund 20 Ansuchen auf Standortverordnung stoppen lassen. „Die Ansuchen der Gemeinden werden derzeit auf Basis der neuen Daten bewertet. Und ich kann sagen, dass nicht alle Entscheidungen positiv sein werden“, kündigt sie an. Eine Vorgehensweise, die den Gemeindeverbands-Chef empört. „Die Gemeinden hängen total in der Luft“, ärgert sich Mitterer. Rasche Entscheidun-

„Wenn das Land den Wirkungsbereich der Gemeinden beschneiden will, werden wir uns das **nicht gefallen lassen!**“

Günther Mitterer,
Gemeindeverbands-Präsident Salzburg

RAUMORDNUNG

„Bei **zwei oder drei abgelehnten Projekten** kann man noch nicht von einem Angriff auf die Gemeindeautonomie reden."

Astrid Rössler,
RaumordnungLandesrätin von Salzburg

gen seien notwendig. „Da ist die Landeshauptmann-Stellvertreterin als Behördenvertreterin verantwortlich."

Mitterer ist auch persönlich von der neuen Linie der Landespolitik betroffen. Die Firma Lutz will von Bischofshofen nach St. Johann im Pongau übersiedeln – die Gemeinde, in der Mitterer als Bürgermeister agiert. Grund dafür ist die schlechte Parkplatzsituation in Bischofshofen. Mitterer ärgert sich, dass die Raumordnungsabteilung des Landes noch nicht entschieden hat.

Die Landeshauptmann-Stellvertreterin lässt auch keinen Zweifel, dass sie mit dem Projekt keine Freude hat. „Es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, wenn Nachbargemeinden einander Betriebe abspenstig machen", so Rössler. Sie vermutet, dass hinter derartigen Entscheidungen auch eine Strategie der Unternehmen steht, Gemeinden gegeneinander auszuspielen, um bessere Flächen, günstige Konditionen und vielleicht auch noch eine Standortförderung zu erhalten. „Das führt zu einem Flächenfraß, den wir nicht mittragen können."

Dem hält man in St. Johann entgegen, dass in Bischofshofen keine Verkaufsflächen wegfallen würden, sondern stattdessen dort der Diskonter Möbelix einziehen soll. Mitterer fürchtet, dass die Diskussion generell ein schlechtes Licht auf den Wirtschaftsstandort Salzburg werfen könnte. „Die Unternehmen vertrauen darauf, dass die Gemeinden verlässliche Partner sind. In meiner Gemeinde ist das fragliche Grundstück bereits als Gewerbegebiet gewidmet. Das ist ja keine grüne Wiese. Es liegt auch eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde vor. Und dann sagt man, dass nicht gebaut werden darf, weil es bereits zu viele Einkaufsflächen in Salzburg gibt. Das ist mir unverständlich."

In einem offenen Brief fordern jetzt Gemeindeverband-Präsident Mitterer und sein Pendant im Städtebund, Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden, dass bis Ende März der Entwurf des neuen Raumordnungsgesetzes vorgelegt werden soll. Außerdem wollen beide, dass anstehende Verfahren umgehend entschieden und nicht zeitlich aufgeschoben werden. Rössler will sich nicht unter Druck setzen lassen. „Wir tun unsere möglichstes, aber ob es sich bis Mitte März ausgehen wird, kann ich nicht versprechen", so die Landesrätin bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe.

SIEDLUNGSENTWICKLUNG

LEISTBARES WOHNEN – **DURCH WIDMUNGSVERBOT?**

Das Thema „leistbares Wohnen“ ist in den vergangenen Jahren immer stärker in den Fokus der Politik gerückt. Aber eine Verknüpfung des Themas mit „Erreichbarkeit durch Öffis“ geht in die falsche Richtung.

TEXT / Walter Leiss

Laut der EU-weiten Statistik-Erhebung GU-SILC liegt Österreich bei den Wohnkosten mit durchschnittlich 17,4 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 22,9 Prozent. Noch weiter voran ist Österreich im direkten Vergleich der Quoten der Wohnkosten-Überbelastung. Darunter versteht man die Anzahl jener Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden müssen. Mit einem Wert von 5,1 Prozent liegt Österreich hier noch deutlicher unter dem EU-Durchschnitt von 12,2 Prozent. Agnes Streissler kommt in ihrer Studie „Leistbare Mieten – Leistbares Leben“ von 20. Jänner 2015 zum Ergebnis, dass die Wohnkosten für Mietwohnungen in Österreich unter dem EU-Schnitt liegen. Sie hebt allerdings auch hervor, dass ärmere Haushalte in Österreich von Wohnkosten anteilsmäßig stärker belastet sind als wohlhabendere. Auch die Kosten für Neumieten sind um ein Fünftel höher als für Bestandsmieten, insbesondere in den Städten Salzburg, Innsbruck und in einigen Wiener Bezirken. Auch wenn die Statistik dies nicht widerspiegelt, ist die gefühlte Belastung durch Wohnkosten inklusive der Betriebskosten und der Kosten für die Energieversorgung gestiegen.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dies vorwiegend ein Problem des urbanen Raums und einigen kleineren Gemeinden (zum Beispiel spezielle Tourismusgemeinden) ist. Die Gründe dafür liegen einerseits im starken Zuzug in die Städte und der damit verbundenen Verknappung des Bodens, gestiegenen technischen Anforderungen an Bauwerke und den gehobenen Wohnstandards. Obwohl durch eine ausgewogene Wohnbauförderung und verschiedensten Wohnbeihilfe-Regelungen dem entgegenzuwirken versucht wird, wirkt sich die gestiegene Nachfrage natürlich auf höhere Preise aus. Die Preisbildung des Bodens hängt auch hier von Angebot und Nachfrage ab. Sind aufgeschlossene Bauplätze im südlichen Burgenland, in manchen Regionen des Weinviertels oder der Steiermark um fünf bis zehn Euro pro Quadratmeter zu erwerben, betragen sie im städtischen Bereich das Hundertfache und oft noch mehr.

> „Ein Stopp der Siedlungsentwicklung ist der **erste Schritt zur Aufgabe des ländlichen Raumes**.“

Warum hält dessen ungeachtet der Zuzug in die Städte weiterhin ungebrochen an? Wien wird bald eine Zwei-Millionen-Stadt sein. Aber auch die anderen Landeshauptstädte verzeichnen ein ordentliches Bevölkerungsplus. Die Ursachen lassen sich durch das höhere Arbeitsplatzangebot vor allem für qualifiziertere Kräfte erklären. Das Bildungsangebot, vor allem im tertiären Bereich, Unis und Fachhochschulen gibt es hauptsächlich in den Städten. Für die Absolventen gibt es dann auch die adäquaten Arbeitsplätze, sodass eine Übersiedlung auf der Hand liegt. Auch die bessere Verkehrs-Infrastruktur, das kulturelle Angebot und Freizeit-möglichkeiten spielen natürlich eine Rolle.

Raumplanung und Siedlungsenwicklung sind essentiell für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes

Dies ist einerseits eine Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft und der Industrie, aber auch der systematischen Vernachlässigung des ländlichen Raumes. An allen Ecken und Enden fehlt die erforderliche Infrastruktur. Dies beginnt mit der Schließung von Kindergärten, der Zusammenlegung von Schulen, wie derzeit diskutiert, und dem Ausdünnen der Nahversorgung. Die Schließung von Postämtern, Gerichten, Polizeidienstposten etc. tragen ihres dazu bei. Der öffentliche Nahverkehr wird ausgedünnt und Nebenbahnen werden eingestellt. Auch die technische Infrastruktur wie Mobilfunk und Breitband fehlt in vielen ländlichen Gebieten. Alles in allem Gründe, weshalb auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum nicht nur nicht geschaffen sondern vielmehr verloren gehen. Wenn aber keine Arbeitsplätze zumindest in zumutbarer Entfernung vorhanden sind, bleibt für Jungfamilien nur mehr die Option der Ansiedlung in den Städten.

Natürlich ist es auch Aufgabe der Raumordnung, sich dieser Thematik anzunehmen und Vorschläge zur Verbesserung und Erhöhung der Wirksamkeit zu setzen. Wiewohl die Empfehlungen in erster Linie für den städtischen Raum Bedeutung haben, können sie auch in den ländlichen Räumen zum Teil genutzt werden, um unliebsame Entwicklungen hintan zu halten. So kann das Instrument der Vertragsraumordnung durchaus für alle Gemeinden genutzt werden. Maßnahmen zur Baulandmobilisierung oder befristete Baulandwidmungen oder die Möglichkeit, Infrastrukturbeiträge für unbebautes Bauland einzuheben, können auch in ländlichen Gemeinde genützt werden.

Wie der Bericht hervorhebt, sind viele aber für sich allein nicht in der Lage, das Ziel „leistbares Wohnen“ zu erreichen. Teilt man den Befund, dass aus den genannten Gründen „leistbares Wohnen“ hauptsächlich ein Problem des urbanen Raums ist, so ist es umso unverständlicher, wenn gleichzeitig Siedlungsentwicklungen im ländlichen Raum in letzter Konsequenz zukünftig ausgeschlossen werden sollen. Eine Empfehlung lautet nämlich, künftige Siedlungsentwicklungen an eine Erschließung durch öffentliche Verkehrsträger zu koppeln. Um einer weitergehenden Zersiedelung vorzubeugen, soll ohne entsprechende Versorgung mit öffentlichem Verkehr keine Neuwidmung mehr möglich sein.

Auf die Spitze wird dies noch dadurch getrieben, dass die sogenannten „Mikro-ÖV-Systeme“ bei der Ermittlung des Versorgungsgrades nicht berücksichtigt werden. Dazu die Formulierung eines Bürgermeisters: „Wer keine Eisenbahn hat, für den ist der letzte Zug abgefahren!“ Dies mag auf den ersten Blick pointiert klingen, für viele Gemeinden ist dies aber bitterer Ernst. In jenen

WALTER LEISS IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

GLOSSE

ÜBER DEN UNTERSCHIED „PRAXIS“ UND „POLITISCHE SONNTAGSREDEN“

Commitment für den ländlichen Raum gefordert

Der Wirtschaftsminister will in den nächsten Jahren über zwei Milliarden Euro in den Wohnbau investieren, so Mitterlehner bei einer Presseaktion gemeinsam mit BIG und ARE Ende Februar in Wien. Angesichts des steigenden Bedarfs nach Wohnraum eine tolle Idee. Der Haken: Das Geld soll wieder einmal vorwiegend in Ballungsgebiete wie Wien, Graz und Linz fließen. Dort sei nun einmal die Nachfrage am größten, so das Argument. Der ländliche Raum schaut wieder einmal durch die Finger.

Mit derartigen Vorstößen konterkariert man die Bemühungen zahlreicher Gemeinden, junge Familien zu halten oder zurückzugewinnen.

Und die Bundespolitik muss sich die Frage gefallen lassen, ob sie Entwicklungen nur hinterherhechelt oder ob sie den Anspruch erhebt, Dinge zu gestalten und zu lenken. Denn natürlich ziehen junge Leute vor allem dorthin, wo man ihnen attraktive Wohnmöglichkeiten bietet. Dass viele Menschen gerne in ländlichen Gemeinden leben wollen, sieht man am noch immer ungebrochenen Trend zum Einfamilienheim. Freilich mag der Wunsch nach einem eigenen Haus dabei eine Rolle spielen, aber viele sind angesichts des Fehlens von attraktiven mehrgeschoßigen Wohnungsbauten dazu gezwungen, selbst unter die Häuslbauer zu gehen. Die zu Recht kritisierte Verhüttelung der Landschaft ist eine negative Folge dieses Trends.

Dass der ländliche Raum immer noch ein Stiefkind ist, lässt sich anhand der Entwicklung der letzten Jahre leicht erkennen: Das geht von der Auflassung von Postämtern über die Schließung von Polizeiposten bis zur zuletzt diskutierten abstrusen Idee der Schließung von Kleinschulen. Die Modalitäten zur Verteilung der Breitband-Milliarde sind bislang ungeklärt.

Dass man sich für die Erhaltung des ländlichen Raumes einsetzt, gehört zum Standardrepertoire politischer Sonntagsreden. Die Praxis sieht aber ganz anders aus. Gefragt wäre ein klares Commitment – etwa in Form eines verbindlichen Masterplans für den ländlichen Raum. Aber der lässt schon seit Jahren auf sich warten.

helmut.reindl@kommunal.at
Helmut Reindl ist Redakteur bei KOMMUNAL

„WER KEINE EISENBAHN HAT, FÜR DEN **IST DER ZUG ABGEFAHREN**.“

Gemeinden, die nicht an den Hauptverkehrsachsen liegen, wird die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs an Zuzahlungen durch die Gemeinde geknüpft. Ohne diese Zuzahlungen, die sich viele Gemeinden nicht mehr leisten können, wird der öffentliche Verkehr eingestellt. Eine negative Spirale wird dadurch in Gang gesetzt und dem ländlichen Raum sukzessive der Lebensnerv gezogen. Im ländlichen Raum ist es nicht möglich, ein neues Siedlungsgebiet wie die Seestadt Aspern mit 30.000 Einwohnern (eigentlich eine neue Stadt) mit einer eigenen U-Bahn zu versorgen. Unverständlich ist diese Entwicklung auch unter dem Aspekt des vorangeführten „leistbaren Wohnens“. Dort, wo Wohnraum noch kostengünstig geschaffen werden könnte, soll dies in Zukunft nicht mehr möglich sein. Die Menschen, die in ländlichen Gemeinden leben, nehmen viel Aufwand auf sich, um ihre Lebenssituation zu meistern. Das tägliche Pendeln, um den Arbeitsplatz zu erreichen und die Kinder in den Kindergarten und Schule zu bringen, ist oft mühevoll. Trotzdem nehmen sie es auf sich, weil die Lebensqualität oder andere Umstände – niedrigere Wohnkosten – dafür sprechen. Ein Stopp der Siedlungsentwicklung ist der erste Schritt zur Aufgabe des ländlichen Raumes.

Von der österreichischen Raumordnungskonferenz wurde in der Schriftenreihe Nr. 191 die Frage, ob und wie die Raumordnung zur Unterstützung „leistbaren Wohnens“ beitragen kann, erörtert. Nunmehr ist ein neuer Beitrag der ÖREK-Partnerschaft zum Thema „Siedlungsentwicklung und ÖV-Erschließung“ vor der Veröffentlichung. Zu diesem Bericht hat der Österreichische Gemeindebund eine ablehnende Stellungnahme abgegeben. Er widerspricht auch dem Bekenntnis der Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm. Es bleibt zu hoffen, dass er nicht umgesetzt wird.

"Die alte Rampe war zu steil - aber nach ein paar Gesprächen hatte die Bank ein Einsehen und hat eine neue gebaut." Franz Gangl, Bürgermeister von St. Georgen.

BARRIEREFREIHEIT

DIE KOSTEN SIND NICHT DAS PROBLEM

Die Gemeinde St. Georgen bei Salzburg hat sich auf einen langen Weg gemacht. Durchgängige Barrierefreiheit ist das Ziel. KOMMUNAL war auf Lokalaugenschein in der Vorbildgemeinde.

TEXT / Daniel Kosak

Es geht nicht immer nur um Rollstuhlfahrer“, sagt Fritz Amerhauser. „Es geht um alle Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind oder andere Beeinträchtigungen haben. Sie alle tun sich leichter, wenn die Einrichtungen in der Gemeinde barrierefrei sind.“ Amerhauser muss es wissen. Er war 20 Jahre lang Bürgermeister der 2800-Einwohner-Gemeinde an der Grenze zu Bayern. In seinem ehemaligen Büro am Gemeindeamt empfängt er uns gemeinsam mit seinem Nachfolger Franz Gangl. Funkelnde Augen kriegt Amerhauser immer noch, wenn er von seinem Lieblingsprojekt erzählt. Man merkt, wie wichtig ihm das ist. Franz Gangl war einige Jahre Amerhausers Vizebürgermeister und ist seit einem Jahr der Chef der Gemeinde. „Der Fritz lässt einfach nicht locker, wenn er etwas anpacken will“, sagt Gangl und schmunzelt. „Man soll ja nicht glauben, dass es da keine Widerstände gab, als er die Barrierefreiheit als Ziel ausgegeben hat. Da waren viele Menschen hier skeptisch und haben gesagt: ‚Brauch ma des wirklich?‘ Inzwischen merken die Leute aber, dass es allen das Leben einfacher macht, wenn man die Barrierefreiheit bei jedem Projekt, das man umsetzt, mitdenkt.“

„Es geht um alle Menschen, die **nicht mehr so gut zu Fuß sind**.“

Fritz Amerhauser, Bürgermeister a. D. der Salzburger Gemeinde St. Georgen

Doch wie geht man diesen Weg zur Barrierefreiheit an? „Am wichtigsten ist es, dass man Bewusstsein schafft“, sagt der Altbürgermeister. „Man muss die Leute auf diesen Weg mitnehmen und nicht die Dinge von oben verordnen. Ich kann ja auch keinen Betrieb oder kein Geschäft dazu zwingen. Wenn die von der Sache nicht überzeugt sind, dann machen sie auch nichts.“ Ein gutes Beispiel dafür sei die örtliche Bankstelle gewesen. „Dort gab es sogar eine Rampe, aber die war so steil, dass man mit dem Rollstuhl oder mit Krücken gar nicht hinaufgekommen wäre. Das geht oft von der Kraft her nicht. Außerdem drehen die Räder des Rollis durch, wenn die Rampe zu steil ist.“ Nach einigen Gesprächen habe sich die Bank einsichtig gezeigt und hat die bestehende Rampe weggerissen und eine neue gebaut. „So etwas ist ein wichtiges Signal“, sagt Gangl. „Da sehen die Leute, dass das nicht nur Gerede ist, sondern dass wirklich etwas passiert.“

Dass es nicht immer um die Kosten geht, weiß Doris Becker-Machreich vom ÖZIV. Der Behindertenverband begleitet solche Vorhaben mit Beratung und Expertise. „Bei Neubauten geht man von Mehrkosten von zwei Prozent des Gesamtvolumens aus“, sagt Becker-Machreich. „Damit ist das gesamte Gebäude durchgehend

> „Viele Geschäfte haben eine einzelne Stufe vor ihrem Portal. Es ist meistens **kein großer Aufwand, das abzuflachen**."
>
> **Franz Gangl,** Bürgermeister von St. Georgen

Franz Gangl und Fritz Amerhauser: „Es geht kaum um die Kosten. Es verlangt ja auch niemand, dass alles auf einmal passiert." Rechts der barrierefreie Zugang zu Kirche und Friedhof – vor allem der Schotter war hier das Problem.

barrierefrei ausgestaltet. Vom Aufzug, über flache Rampen bis hin zu breiten Türen." Auch die St. Georgener haben Unterstützung beim ÖZIV gesucht. „Oft ist es wichtig, dass man sich aktiv in die Rolle eines Betroffenen hineinversetzt", sagt Amerhauser. „Es soll sich jeder einmal selbst in einen Rollstuhl setzen und ein paar Stunden lang versuchen, wie gut oder schlecht die Einrichtungen in der Gemeinde zugänglich sind. Das wirkt Wunder."

In St. Georgen hat man diese Erfahrung allen Gemeindebürger/innen angeboten. Die Bewusstseinsbildung beginnt schon in den Schulen. „Für Kinder ist das eine ganz neue Erfahrung, wenn sie selbst spüren, wie es ist, sich mit einem Rollstuhl zu bewegen", erzählt Amerhauser. Am Nachmittag war dann die gesamte Bevölkerung eingeladen „im Rolli auf Probefahrt zu gehen". Das hat einiges an Umdenken bewirkt.

In einer für alle Menschen offenen Arbeitsgruppe wurde dann nach und nach der Zustand der Gemeindeeinrichtungen erhoben. „Da geht es auch um die Kirche, um den Friedhof, um Gehsteigkanten und Zugänge zu Geschäften", sagt Amerhauser. „Jeder geschotterte Weg ist für Rollstuhlfahrer ein unüberwindbares Hindernis. Für ältere Menschen mit Krücken oder Stock aber ebenso. Daran muss man einfach nur denken, wenn Gehwege sanierungsbedürftig sind. Dass man es gleich g'scheit macht und die Wege fugenfrei pflastert." Nach einem Spaziergang zur Kirche und über den Friedhof führen uns Gangl und Amerhauser zu einer der größten Baustellen von St. Georgen. „Hier erweitern wir die Schule und den Kindergarten", erzählt Gangl stolz. „Sechs Gruppen wird der neue Kindergarten haben, ebenfalls alles barrierefrei zugänglich. Auch beim Zubau der Schule achten wir natürlich darauf."

Geholfen hat den Salzburgern auf ihrem Weg auch die mediale Begleitmusik. „Wir haben mit unseren Maßnahmen immer wieder Aufmerksamkeit bei den Medien erregt", sagt Amerhauser. „Das hat uns natürlich auch geholfen und den Menschen hier gezeigt, dass dieser Weg auch Anerkennung und Wertschätzung findet."

„Barrierefreiheit heißt auch Familienfreundlichkeit", meint Bürgermeister Gangl zufrieden. „Alles, was für Rollstühle gut befahrbar ist, kann man mit Kinderwägen ebenso gut erreichen. Barrierefreiheit hat einen Nutzen in alle Richtungen." Auch der relativ neue Nahversorger ist barrierefrei. „Dazu zählt, dass man Behindertenparkplätze einrichtet. Die Höhe der Regale ist ein Thema, ein Rollstuhlfahrer kann nicht so weit nach oben greifen wie ein nicht beeinträchtigter Mensch."

Wenn man nach den Kosten fragt, winken beide Lokalpolitiker ab. „Es geht kaum um die Kosten", sagt Amerhauser. „Es verlangt ja niemand, dass alles auf einmal passiert. Es würde schon reichen, wenn bei jeder Sanierung, bei jedem Projekt der Gemeinde die Barrierefreiheit mitgedacht wird." Und es gehe um Überzeugungsarbeit bei Betrieben und Geschäften, ergänzt sein Nachfolger. „Viele Geschäfte haben eine einzelne Stufe vor ihrem Portal. Es ist meistens kein großer Aufwand, das abzuflachen. Damit ist schon viel gewonnen. Oder Geländer bei kleinen Steigungen, damit ältere Menschen sich anhalten können, auch das sind wichtige

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG KOMMUNIKATION & MEDIEN DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

Kleinigkeiten.“ Die Gemeinde selbst wiederum schaut darauf, dass Gehsteigkanten abgeflacht werden, denn alles über drei Zentimeter Kantenhöhe wird für Rollstuhlfahrer schwer überwindbar.

Im privaten Bereich ist die Überzeugungsarbeit oft schwierig, weiß Amerhauser. „De facto denkt ja fast niemand beim Hausbau daran, dass er vielleicht irgendwann einmal pflegebedürftig sein wird und keine Stufen mehr steigen kann. Oder daran, dass es sinnvoll wäre, die Türen gleich breiter zu machen. Wir versuchen inzwischen aber jeden Bauwerber auch auf solche Dinge hinzuweisen, bevor er mit dem Hausbau beginnt.“

In manchen Fällen muss man trotzdem Geld in die Hand nehmen. Das St. Georgener Kulturzentrum „Sigl-Haus“ zum Beispiel hat nun einen Treppenlift. „Es muss nicht immer gleich ein Aufzug sein, dort, wo es die Baulichkeiten nicht anders zulassen, ist ein Treppenlift völlig ausreichend“, bestätigt Becker-Machreich vom ÖZIV.

Einziger Wermutstropfen der St. Georgener ist das eigene Gemeindeamt, ein Altbau, der auf einem kleinen Hügel liegt. „Hier haben wir gemacht, was man in so einem alten Gebäude eben machen kann“, seufzt Amerhauser. „Man kommt ebenerdig hinein und erreicht die wichtigsten Büros, bei Bedarf kann man mit einer Klingel Hilfe holen.“ Perfekt sei das nicht, aber ein deutlicher Fortschritt. Ein kompletter Umbau scheitere derzeit an den Kosten. „Wenn wir das Gemeindeamt in jeder Hinsicht barrierefrei zugänglich machen wollen, dann müssten wir wahrscheinlich einen Neubau andenken“, sagen Amerhauser und Gangl.

Bis Ende 2015 sollten alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sein. So sieht es das Behindertengleichstellungsgesetz vor. „Das wird sich wohl nicht einmal bei uns vollständig ausgehen“, befürchten die beiden Kommunalpolitiker. Der Bund hat sich selbst schon eine Fristverlängerung genehmigt. „Es soll keine Gemeinde glauben, dass sie das bis in alle Ewigkeit vor sich herschieben kann“, mahnt Amerhauser. „Das wichtigste ist aber, dass man sich auf den Weg macht. Kleine Schritte setzen, bis man am Ziel ist. Das dauert gar nicht so lange, wie viele glauben.“

In den nächsten Monaten wird KOMMUNAL in jeder Ausgabe einen hilfreichen Tipp – zur Verfügung gestellt vom ÖZIV – veröffentlichen, der einer Gemeinde auf dem Weg zur Barrierefreiheit helfen kann.

KOMMENTAR

RUDI MAISRIML ÜBER BARRIEREFREIHEIT IN GEMEINDEN

Wozu überhaupt **Barrierefreiheit?**

Ab 1. 1. 2016 müssen öffentliche Gebäude barrierefrei zugänglich sein. Das steht im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz, das 2006 in Kraft getreten ist. Öffentliche Hand und Wirtschaftstreibende hatten dann zehn Jahre Zeit, dieses Gesetz umzusetzen. Was nach noch mehr Vorschriften, Bürokratie und Kosten klingt, ist ganz schlicht ein Menschenrecht. Behinderte Menschen müssen genauso wie nichtbehinderte am öffentlichen Leben teilhaben können. Das gilt für das Erreichen der Meldestelle im Gemeindeamt ebenso wie für das Einkaufen ums Eck oder den Besuch des Wirtshauses im Dorf. Alles andere ist Diskriminierung. Das Schöne an Barrierefreiheit ist: sie kommt allen Menschen zugute! Während sie für etwa 10 Prozent der Bevölkerung absolut notwendig ist, ist sie für weitere 30 Prozent nützlich. Dazu gehören zum Beispiel Eltern mit Kinderwägen und Kleinkindern oder ältere Personen. Und im Endeffekt profitieren alle davon, denn sie ist für alle Menschen angenehm und bequem.

Dass Barrierefreiheit teuer und kompliziert ist, ist ein Vorurteil. Es wird auch von den Aussagen von Ex-Bürgermeister Fritz Amerhauser aus St. Georgen bei Salzburg – s. Artikel – eindeutig widerlegt. Es geht nicht immer nur um den Einbau eines Lifts oder um den kompletten Umbau eines Gebäudes. Es geht darum, sich mit diesem Thema ernsthaft auseinanderzusetzen. Dabei hilft ein Perspektivenwechsel: Laden Sie doch einmal behinderte Gemeindemitglieder zum Gedankenaustausch ein. Sie werden überrascht sein, wie viele Ideen sie einbringen werden, deren Umsetzung nicht viel Geld kostet und das Zusammenleben deutlich verbessert. Oder holen Sie sich ein paar Experten, die mit Ihnen die Gemeinde begehen und die größten Herausforderungen aufzeigen: Ist das Gemeindeamt zugänglich? Wie steht es um die Einkaufsmöglichkeiten im Ort? Sind Kindergarten und Schule auch für behinderte Kinder geeignet? Wir von ÖZIV ACCESS bieten Ihnen eine solche Erstberatung an. Die ersten beiden Gemeinden, die sich mit uns in Verbindung setzen, erhalten diese kostenlos. Nach der gemeinsamen Begehung wissen Sie, wo in Ihrer Gemeinde die ersten Schritte auf dem Weg zur Barrierefreiheit gesetzt werden müssen. Einfach anrufen unter 01/513 15 35-37 oder Mail schicken an access@oeziv.org

rudi.maisriml@oeziv.org
Rudi Maisriml ist Experte für Barrierefreiheit beim ÖZIV – Interessensvertretung für Menschen mit Behinderung

FOTO © ÖZIV

BEHINDERTENGLEICHSTELLUNGSGESETZ

RECHTLICHE GRUNDLAGE **KEINESWEGS KLAR**

Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz von 2005 (BGStG) war ursprünglich nur auf den Bund zugeschnitten und auch eine Novelle hat keinerlei Rechtssicherheit für Gemeinden gebracht.

TEXT / Nicolaus Drimmel

Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz hat tatsächlich eine längere Geschichte. Es sollte von seinem Inkrafttreten an in einem Stufenplan eine sinnvolle Weiterentwicklung zur Verbesserung der Lage der Behinderten (Menschen mit besonderen Bedürfnissen) bei deren Zugang zu öffentlichen Gebäuden und Dienstleistungen, aber auch bei Wirtschaftstreibenden ermöglichen.

Freilich muss gesagt werden, dass die Gleichstellung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen eine wegen der Rechtszersplitterung komplizierte Sache ist. Behindertengleichstellung ist aufgrund der österreichischen Verfassungslage eine sogenannte Querschnittsmaterie. So müssen besondere Maßnahmen für Behinderte von unterschiedlichen Gesetzgebern umgesetzt werden, wobei diese aber nach Möglichkeit auch die jeweils geltende Rechtslage anderer Gebietskörperschaften mit zu berücksichtigen haben.

Das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz von 2005 (BGStG) war ursprünglich nur auf den Bund zugeschnitten. Da die Organisationsgesetzgebung über die Gemeinden Landessache ist, hatte man auf einen Regelungstatbestand für Gemeinden oder Länder verzichtet. Dennoch war nicht von der Hand zu weisen, dass auch Länder oder Gemeinden Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung vollziehen, und das BGStG sollte ja für die Verwaltung des Bundes gelten (§ 8 BGStG „Verpflichtung des Bundes“). Mit der Novelle BGBl. Nr. I 62/2010 wurde außerdem der Passus „einschließlich der von ihm (dem Bund) zu beaufsichtigenden Selbstverwaltung“ aufgenommen. Seit diesem Zeitpunkt wird nicht nur von Verfassungsjuristen in den Ländern die Ansicht vertreten, dass das BGStG in gewissen Bereichen auch die Gemeinden betrifft. Aber wie weit? Leider hat die zitierte Novelle keinerlei Rechtssicherheit für die Gemeinden gebracht. Die Möglichkeit von Etappenplänen bezieht sich ausdrücklich nur auf Bundesbauten und diese hätten außerdem schon 2010 bekannt gemacht werden sollen. Da war es für Länder und Gemeinden schon zu spät. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier nur halbherzig, um nicht zu sagen „im Pfusch“ eine Erweiterung der Verpflichtung vorgenommen wurde und die übrigen Gebietskörperschaften gegenüber dem Bund schlechter behandelt worden sind.

Aber auch auch Länder und Gemeinden waren nicht untätig. Die Bundesländer haben weitestgehend EU-Antidiskriminierungsrichtlinien umgesetzt, in denen auch der Zugang zum Arbeitsplatz möglichst barrierefrei gestaltet werden muss. Allerdings ist auch in den meisten Länder-Antidiskriminierungsgesetzen (ADG) ein Passus enthalten, der auch die Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit dieser Maßnahmen zu prüfen hat (z. B. § 27 Sbg. ADG, § 16 OÖ ADG, § 14 Tir ADG etc.). Aber auch das BGStG kennt diese

„ES IST LEGITIM, DASS DIE GEMEINDEN EINE GEWISSE **KLARHEIT DER GESETZE** VERLANGEN."

In den meisten Länder-Antidiskriminierungsgesetzen (ADG) ist ein Passus enthalten, der die Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit der Maßnahmen zu prüfen hat.

Vermeidung von unverhältnismäßigen Belastungen (§ 6 BGStG).

Der heute bestehende Rechtsbestand zur Gleichstellung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ist leider keineswegs klar. Aufgrund der historisch bedingten Kompetenztatbestände unserer Bundesverfassung kommt es vor, dass eine Maßnahme, die von den unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben in unterschiedlicher Weise geregelt wird, manchmal beiden Vorgaben, manchmal aber auch nur einer von beiden entspricht. Eine von Bundes- und Landesgesetzgebern zu wählende einvernehmliche Vorgangsweise und eine möglichst einheitliche Regelung wäre im Sinne der Rechtsklarheit sicher ein Vorteil gewesen.

Die Gemeinden haben in all ihrem Handeln im Rahmen der Gesetze vorzugehen. Da ist es aber auch legitim, eine gewisse Klarheit zu verlangen. Der Österreichische Gemeindebund wird sich für diese Rechtsklarheit einsetzen. Nicht nur im Interesse der Gemeinden, sondern vor allem der Bürgerinnen und Bürger mit besonderen Bedürfnissen.

NICOLAUS DRIMMEL IST JURIST IM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND UND LEITET DIE ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES
nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

DIGITALISIERUNG

BRÜSSEL DRÜCKT AUFS TEMPO

Digitalisierung ist ein wesentlicher Faktor für Wachstum, Beschäftigung und einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Themen wie E-Government und Sicherheit müssen am Puls der Zeit sein.

TEXT/Christian Rupp, Peter Kustor

Im Kern geht es bei der neuen EU-Verordnung um die EU-weite gegenseitige Anerkennung der elektronischen Identifizierungssysteme (eID), womit in Zukunft (die VO sieht eine schrittweise Anwendung vor) die nationalen eIDs (in Österreich: Bürgerkarte/Handy-Signatur) in allen anderen EU-Staaten gleichwertig verwendet werden können. Zusätzlich harmonisiert die eIDAS-VO für den digitalen Binnenmarkt wichtige Themen wie elektronische Signatur, Zeitstempel und Zustelldienste. Diese Verordnung hat somit auch Auswirkungen auf die bestehenden nationalen Rechtsvorschriften (in Österreich zum Beispiel Signaturgesetz, E-Government-Gesetz usw.).

Das Internet hat unser Leben, die Kommunikation, Arbeit und Wirtschaft bereits verändert und diese oft vollständig in das Netz verlagert. Wir müssen unsere kritische digitale Infrastruktur schützen – daher verhandeln die Mitgliedstaaten derzeit intensiv über die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union (NIS-Richtlinie). Diese Richtlinie sieht für Betreiber wesentlicher Dienste in den Bereichen Energie, Verkehr, Bankwesen (Kreditinstitute), Finanzmarktinfrastruktur, Wasserversorgung und Gesundheits- sowie Internetdienste Verpflichtungen vor, um zu einer Stärkung des sicheren und vertrauenswürdigen digitalen Umfelds beizutragen; Betreiber sollen angemessene Sicherheitsvorkehrungen treffen und signifikante Störfälle melden.

Die Digitalisierung werden wir nur gemeinsam schaffen und somit auch die Potentiale heben. Die EU verspricht sich etwa durch die Einführung der elektronischen Rechnung große Einsparungen im Bereich der öffentlichen Beschaffung. Laut Schätzungen liegt das Einsparungspotential bei 2,3 Milliarden Euro pro Jahr. Ab April 2017 müssen für zentrale Beschaffungsstellen alle Vergabeverfahren an der Schnittstelle zwischen ausschreibender Stelle und Wirtschaftsteilnehmer grundsätzlich elektronisch abgewickelt werden. Der Bund akzeptiert bereits seit 1. Jänner 2014 nur mehr eRechnungen und kein Papier mehr. Auch die elektronische Zustellung (www.zustellung.gv.at) wird zunehmend genutzt und bringt nicht nur den BürgerInnen und den EmpfängerInnen in der Wirtschaft den komfortablen, sicheren und raschen Zugang zu ihren Zustellungen, sondern den Versendern auch noch erhebliche Einsparungen.

Schließlich kündigte die EU-Kommission für Mai 2015 die Veröffentlichung eines umfassenden Pakets für den digitalen Binnenmarkt an, das die wichtigsten Herausforderungen auf dem Weg zu einem sicheren, vertrauenswürdigen und dynamischen Binnenmarkt adressieren soll. Dabei sind unter anderem eine Ergänzung des Regulierungsrahmens für den Telekommunikationssektor, die Modernisierung der EU-Gesetzgebung zum Urheberrecht, die Stärkung der Cyber-Sicherheit und die Verankerung der Digitalisierungsaspekte in anderen Politikbereichen sowie die Vorlage neuer legislativer und nicht-legislativer Initiativen geplant.

Am 17. September 2014 trat die EU-Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (eIDAS-VO) in Kraft. Mehr auf **http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32014R0910**

CHRISTIAN RUPP IST SPRECHER DER PLATTFORM DIGITALES ÖSTERREICH, **PETER KUSTOR** IST LEITER E-GOVERNMENT ABTEILUNG I/11 IM BUNDESKANZLERAMT
christian.rupp@bka.gv.at; peter.kustor@bka.gv.at

FOTO: Shutterstock

EU-TRANSPARENZREGISTER

DAS POLITISCHE SIGNAL **IST FATAL**

Der Ausschuss der Regionen ist mit heißen Debatten in seine neue Periode gestartet. Thema war vor allem das Transparenzregister.

TEXT/Daniela Fraiss

Die konstituierende Plenartagung des Ausschusses der Regionen läutete Mitte Februar eine neue fünfjährige Arbeitsperiode ein. Die österreichische Delegation war nahezu vollständig vertreten, für den Österreichischen Gemeindebund nahm Bgm. Hanspeter Wagner an der Sitzung teil. Bestimmendes Thema war das geplante EU-Transparenzregister, das die lokale Ebene Europas massiv betreffen würde. Ein Trend der letzten Jahre setzte sich fort: Die Mitglieder des Ausschusses der Regionen hatten auch diesmal Gelegenheit, mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission und der lettischen Ratspräsidentschaft zu diskutieren. Neben dem Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, dem Niederländer Frans Timmermans, stellte sich auch die für TTIP zuständige Handelskommissarin Cecilia Malmström der Diskussion (ihre Stellungnahme zu TTIP lesen sie im Beitrag auf Seite 36).

Transparenzverständnis der Institutionen. Vizepräsident Timmermans wurde von Seiten des österreichischen Delegationsleiters, dem Tiroler Landtagspräsident Herwig van Staa aufgefordert, das interinstitutionelle Transparenzregister schnellstmöglich zu reparieren. Die derzeit geltenden Transparenzbestimmungen im Umgang mit EU-Kommission und EU-Parlament umfassen auch Vertreter von Städten und Gemeinden sowie Kommunalverbände. Regionen und deren Vertretungen sind jedoch vom Anwendungsbereich ausgenommen, was zu

„ES IST NICHT EINSEHBAR, DASS GEWÄHLTE BÜRGERMEISTER UND GEMEINDEVERBÄNDE **MIT WAFFENLOBBYISTEN GLEICHGESETZT** WERDEN.“

Herwig van Staa, Landtagspräsident Tirol

NEBENBEI:

LÄNDERVERTRETER ERHÄLT EHRENZEICHEN

Nach der Verleihung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik an des Gesandten Klemens Fischer. Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, Botschafter Walter Grahammer, Klemens Fischer, Salzburgs Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Tirols Landtagspräsident Herwig Van Staa, IRE-Chef und Salzburg-Vertreter im AdR Franz Schausberger und der Gemeindebund-Vertreter Hanspeter Wagner. Fischer vertritt die Verbindungsstelle der Bundesländer in Brüssel und trägt wesentlich zur Koordinierung der AdR-Belange der gesamten Delegation bei.

einer sachlich und politisch nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlung zweier Gebietskörperschaften führt. Auch ist nicht einsehbar, dass gewählte Bürgermeister und Gemeindeverbände mit Waffenlobbyisten und anderen Vertretern von Partikularinteressen gleichgesetzt werden. In diese Kerbe schlug übrigens auch der Vertreter der britischen AdR-Delegation und Vorsitzender der EKR-Fraktion (Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten), Stadtrat Gordon Keymer.

Interinstitutionelles Transparenzregister. Das lange diskutierte interinstitutionelle EU-Transparenzregister ging am 27. Jänner online und trotz massiver Einwände der kommunalen Verbände sollen sich „Städte, lokale und kommunale Behörden, ihre Vertretungen und nationalen Zusammenschlüsse“ eintragen, wenn sie mit Kommission oder Parlament Kontakt aufnehmen. Während Regionen und ihre Vertretungen von der Registrierung ausgenommen sind, fällt die öffentliche Gebietskörperschaft „Gemeinde“ in den Anwendungsbereich des Registers. Sachlich ist diese Unterscheidung nicht zu rechtfertigen, politisch wird das Signal ausgesandt, Kommunen wären weniger relevant oder kompetent als Regionen.

EU-Beamte der Kommission und des Parlaments sind angehalten, nur noch mit Vertretern von Organisationen, die im Register eingetragen sind, Kontakt zu halten. Treffen mit Interessensvertretern sind bis hinauf zur Ebene der Kommissare offenzulegen.

Registrierte Organisationen werden in die Mailinglisten der Kommission aufgenommen und können sich an Konsultationen beteiligen. Konsultationsbeiträge nichtregistrierter Organisationen werden extra ausgewiesen und im weiteren Verlauf womöglich nicht berücksichtigt.

LINKS ZUM THEMA

http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do

Die Einrichtung des Transparenzregisters erfolgte mit dem Ziel, Antworten auf Kernfragen zu geben wie: Welche Interessen werden verfolgt? Wer verfolgt diese Interessen? Welche Finanzmittel stehen diesen Leuten zur Verfügung?

Was aber spricht gegen eine Eintragung? Gegen eine Eintragung spricht, dass man die Ungleichbehandlung zweier Gebietskörperschaften nicht hinnehmen sollte, da sie in weiterer Folge zu einer Marginalisierung der lokalen Ebene führen könnte. Das politische Signal ist fatal.

Weiters spricht dagegen, dass Jahresbudget und Finanzierungsquellen offenzulegen sind – sowohl von Gemeinden, als auch von Verbänden. Dieses Erfordernis steht in keiner Relation zum gewünschten Ziel, nämlich Gespräche über gesetzgeberische Initiativen der EU, die letztlich auf kommunaler Ebene umzusetzen sind. EU-Beamte, parlamentarische Assistenten, EU-Abgeordnete und Kommissare sollten eigentlich ein Eigeninteresse an der Expertise der Städte und Gemeinden haben und sich auch dessen bewusst sein, dass etwa die Offenlegung von Budgets sehr sensibel oder gar unmöglich sein kann.

Der Österreichische Gemeindebund unterstützt durchaus das Ziel, Treffen mit Abgeordneten, Kommissaren und EU-Beamten öffentlich zu machen. Eine Ungleichbehandlung von Gebietskörperschaften und überschießende Regelungen, wie die Offenlegung kommunaler Budget, oder der Jahreshaushalte nationaler Verbände wird jedoch dezidiert abgelehnt.

Die EU-Kommission will gemäß ihrem Arbeitsprogramm noch dieses Jahr die Überarbeitung des Transparenzregisters in Angriff nehmen. Das „Wunschregister“ der Kommission sollte alle drei Institutionen umfassen und für alle Interessensvertreter verpflichtend sein.

DANIELA FRAISS LEITET DAS BÜRO DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES IN BRÜSSEL

oegemeindebund@skynet.be

GEMEINDEFINANZEN

KEINE PANIK BEIM FRANKENKREDIT

Immer wieder geistern Horror-Meldungen über die angeblichen Fremdwährungsschulden der Gemeinden durch die Medien. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

"Einen Überblick, wie viele Kommunen in fremder Währung verschuldet sind, gibt es nicht. Betroffen sind aber meist größere Städte, die über eigene Finanzexperten verfügen."
Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

TEXT / Helmut Reindl

Die Aufwertung des Schweizer Franken war für viele Fremdwährungskreditnehmer ein Schock. Auch Gemeinden sind betroffen, allerdings in nicht so hohem Ausmaß wie zunächst befürchtet. So sind etwa in Niederösterreich nur rund fünf Prozent des Kreditvolumens der Gemeinden in Schweizer Franken. Insgesamt sind Österreichs Gemeinden mit rund 2,5 Milliarden Euro in Franken verschuldet, allerdings liegt der größte Brocken davon bei der Stadt Wien, die mit 1,66 Milliarden betroffen ist.

Generell haben vor allem größere Städte als kleinere Gemeinden Schulden in Franken. In Niederösterreich beispielsweise Wiener Neustadt und Krems. In Oberösterreich haben 20 Gemeinden Verbindlichkeiten in Schweizer Franken, die sich auf eine Gesamtsumme von rund 200 Millionen Euro belaufen. Die Gemeindeaufsicht steht den Kommunen beratend zu Seite und arbeitet dabei mit der KPMG zusammen.

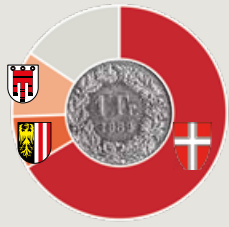
Am stärksten betroffen ist Vorarlberg, wo der Franken-Kredit quasi „erfunden" wurde. Dort haben 67 der 96 Kommunen ein Fremdwährungs-Darlehen. Keines davon ist endfällig, weshalb man nicht nur den Wechselkurs, sondern auch die Zinsentwicklung beachten muss. Hier tut sich für die Gemeinden eine interessante Möglichkeit auf. „Nachdem der 3-Monats-Libor für den Schweizer Franken derzeit bei -0,9 Prozent liegt, müssten die Banken auch diesen Negativ-Zinssatz weitergeben", sagt Peter Jäger vom Vorarlberger Gemeindeverband. „Darüber verhandeln wir derzeit. Es zeichnet sich ab, dass die Banken zwar keine Negativ-Zinsen zahlen, aber man sich zumindest auf 0 Prozent einigen kann." Wenn der Kurs gerade besonders schlecht ist, können Gemeinden mit ihrer Bank auch darüber sprechen, ob es möglich ist, die Rückzahlung zeitweise auszusetzen. Eine weitere Möglichkeit: „Man muss beachten, dass viele Banken ohnehin ihre Franken-Verbindlichkeiten reduzieren wollen. Da kann man darüber verhandeln, ob man sich vielleicht auf einen Fixzinssatz einigen kann. Das kann für beide Seiten eine Win-win-Situation sein", meint Peter Jäger.

Die Banken raten Gemeinden, die Franken-Kredite laufen haben, sich mit ihnen zusammenzusetzen und die Situation zu analysieren. Eine allgemeingültige Empfehlung, was zu tun ist, könne es nicht geben. „Die passende Entscheidung für jede Gemeinde muss immer individuell betrachtet werden", heißt es in der Bank Austria. Auch Peter Rauscher, Vertriebsdirektor für den Public-Sektor bei der BAWAG P.S.K., meint, dass einzelne Kredite kaum miteinander vergleichbar sind. Wichtige Punkte dabei seien: Wann wurde der Kredit aufgenommen? Wie lange ist die Laufzeit? Zu welchem Kurs wurde der Kredit aufgenommen? Ist er endfällig oder tilgend? Wie sehen die vertraglichen Bedingungen aus? Was wurde mit dem Kredit finanziert? usw. Risikominimierend sei ein – zumindest teilweiser – Umstieg in einen Euro-Kredit. „Aber auch das ist keine allgemein gültige Richtlinie, sondern muss im Einzelfall geprüft werden", so Rauscher.

Finanzminister Hans Jörg Schelling will nun einen neuerlichen Anlauf für ein Spekulationsverbot der Gebietskörperschaften nehmen. Er beabsichtigt, das Verbot entweder bei der Harmonisierung der Haushaltsrechte der Länder oder bei der Neuverhandlung des Finanzausgleichs durchzubringen.

Es gibt keinen genauen Überblick, welche Gemeinden in Fremdwährungen verschuldet sind. Folgende Daten sind berkannt:

GESAMTSUMME
der Frankenkredite in Österreichs Gemeinden:
2,5 MILLIARDEN EURO



WIEN
1,66 Milliarden Euro

OBERÖSTERREICH
20 Gemeinden inkl. Linz
200 Millionen Euro

VORARLBERG
74 Vorarlberger Gemeinden inkl. 24 Gemeinde-Immobilien Gesellschaften rund
250 Millionen Euro

Quelle: Österr. Gemeindebund, Vorarlberger Nachrichten

TTIP

GOTTES WERK ODER **TEUFELS BEITRAG?**

Selten noch hat ein Handelsabkommen die Meinungen so geteilt und Emotionen so hochgeschaukelt wie das Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP. KOMMUNAL stellt Pros und Contras gegenüber.

Die große Angst der Österreicher ist, dass TTIP einen Einschnitt in unsere sozialen Errungenschaften zur Folge hat.

TEXT/Hans Braun

Der Titel des Films „Gottes Werk & Teufels Beitrag“ (1999 nach dem bewegenden Roman von John Irving „The Cider House Rules“ verfilmt) stand Pate für die Überschrift zu diesem Beitrag. Und wie der Film Kernfragen des Zusammenlebens berührt, dreht sich auch dieser Beitrag um – im weitesten Sinne gesehen – „Zwischenmenschliches“. Aber auch nach vielen Stunden Beschäftigung mit TTIP und vielen Interviews und dem Studium vieler Berichte steht nur derzeit eines fest: Nichts Genaues weiß man nicht!

Genau hier liegt auch der Hase im Pfeffer, denn gegen eine Handels- und Investitionspartnerschaft, die zum Nutzen der Menschen abgeschlossen wird, kann eigentlich niemand etwas haben. Problematisch wird es, wenn im geheimen Kämmerchen verhandelt wird. Und wenn Cecilia Malmström in einem Interview mit dem „Standard“ vom 20. Jänner 2015 meint, dass die Kommission das Verhandlungsmandat schon „vor langer Zeit“ hätte veröffentlichen müssen, dann ist ihr da voll beizustimmen.

In diese Kerbe schlagen auch andere Gesprächspartner. Heidi Maier-**DeKruijff** vom Verband der öffentlichen Wirtschaft meint, dass „das grundsätzliche Problem die Geheimverhandlungen sind. Niemand weiß, wann welches Kapitel aufgeschlagen wird und worüber gerade diskutiert wird.“ Sogar eine grundsätzliche Befürworterin des Abkommens wie Angelika **Mlinar** von den NEOS protestiert scharf gegen die Geheimhaltung der Verhandlungen.

„Gebietskörperschaften müssen öffentliche Dienste **nicht dem Wettbewerb öffnen,** wenn sie das nicht wollen.

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin, bei der AdR-Plenartagung Mitte Februar über TTIP

Angesprochen auf den Gegenstand des Abkommens, gibt Mlinar folgende Auskunft: „Die Verhandlung zu TTIP konzentrieren sich überwiegend auf drei Säulen: Marktzugang – zum Beispiel Zölle und Beschaffungswesen, regulatorische Komponenten (nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie Quoten, technische Normen und Standards) und Vorschriften bzw. Regeln (z. B. Wettbewerb, Beschäftigung oder Ursprungsregeln für Waren). Auf Basis dieser drei Säulen werden in unterschiedlichen Sektoren Zölle gesenkt, Marktzutritte vereinfacht, bürokratische Prozesse optimiert, technische Standards harmonisiert und weitere Maßnahmen getroffen, um den Handel zwischen den beiden Partnern nachhaltig zu fördern. Sicher ist nur – und dies wurde von europäischen Vertretern mehrmals festgehalten –, dass europäische Standards, besonders im Lebensmittel-, Gesundheits- und Umweltbereich nicht gesenkt werden und es zu keiner Aushöhlung europäischer Gesetzgebung in diesen Bereichen kommen wird“, so Mlinar.

FOTO: shutterstock/Jim Barber

Jörg **Leichtfried**, Delegationsleiter der SPÖ im Europäischen Parlament, sieht zwar Chancen für die Menschen, ist aber eher skeptisch eingestellt: „Handel ist grundsätzlich ein wichtiger Faktor für das Wirtschaftswachstum. In der EU hat der Binnenmarkt auch Österreichs Exportwirtschaft enorm beflügelt. Aber bei TTIP stehe ich den Verhandlungen sehr kritisch gegenüber. Wachstum ja, aber nicht um jeden Preis. Es müssten seriöse Verhandlungsgrundlagen erkennbar sein. Das ist bei TTIP nicht der Fall. Die Europäische Kommission hatte hier von Anfang an eine falsche Strategie an den Tag gelegt, die von Intransparenz und Liebäugelei mit Konzernen zeugte. Zwar gibt es mittlerweile etwas mehr Transparenz, doch das reicht noch lange nicht."

Maier-DeKruijff präzisiert: „Wenn sich Handelsabkommen auf den Abbau von Zöllen reduzieren, ist das ja eine durchaus sinnvolle Sache, vor allem für eine kleine Volkswirtschaft, wie es die österreichische ist. Das Problem bei TTIP ist, dass so viele kleine Bestimmungen und Details subsummiert – wenn nicht versteckt – werden, die auf den Abbau der ‚nichttarifären Handelshemmnisse', sprich Umwelt und Sozi-

53 %

der ÖsterreicherInnen lehnen das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ab. Das ist im EU-28 Raum die höchste Ablehnung und zugleich der einzige Wert über 50 Prozent. Im Gegenzug befürworten nur 39 Prozent TTIP - europaweit der Schlusspunkt, gemeinsam mit Deutschland.

25 %

der EuropäerInnen stehen im Duchschnitt TTIP ablehnend gegenüber, 58 % positiv.

79 %

der LitauerInnen befürworten TTIP, nur neun Prozent lehnen das Abkommen ab.

Quelle: Eurobarometer

ales, abzielen. Aus unserer Sicht sind das keine ‚nichttarifäre Handelshemmnisse', sondern die Basis des europäischen Sozialmodells."

Sie führt auch ins Treffen, dass „die ‚Investitionsschutzklausel' (ISDS) eigentlich zu einer Art ‚Inländerdiskriminierung' führt. Ein europäisches Unternehmen, das in Europa investiert, müsste eine künftige Erhöhung eines Sozialstandards wie dem Mutterschutz hinnehmen und könnte rein rechtlich nichts dagegen unternehmen. Aber beispielsweise ein US-amerikanisches Unternehmen kann sagen, mit so einem erhöhten Standard wird meine Investition ‚geschmälert' und kann auf Schadenersatz klagen."

Gabriele Habermayer, Abteilungsleiterin für multilaterale und EU-Handelspolitik im Wirtschaftsministerium, sieht dagegen keine Gefahr für unsere Sozialstandards: „Für diese Befürchtungen sehe ich keinen Anlass. Bisher hat kein Freihandelsabkommen dazu geführt, dass unsere Standards abgesenkt wurden. Vielmehr wollen die Verhandlungspartner Verpflichtungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit einem hohen Niveau erreichen. TTIP ist eine Möglichkeit, unsere hohen europäischen Standards auch auf globaler Ebene fest zu verankern. Jeder Vertragspartner wird weiterhin das Schutzniveau insbesondere für Gesundheit, Sicherheit, Konsumenten-, Arbeits- und Umweltschutz nach eigenem Ermessen festlegen können, somit bleiben diese Standards gesichert."

Othmar **Karas**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Delegationsleiter der ÖVP-Delegation in Brüssel, legt sich in der Frage sogar fest: „Erst mit Vorliegen des endgültigen Textes zum Abkommen kann diese Frage seriös beantwortet werden. Fakt ist, dass die Kommission den klaren Auftrag sowohl von uns im Parlament als auch von den Regierungen der Mitgliedstaaten hat, sich nicht auf eine Absenkung europäischer Standards einzulassen. Sollten Zweifel aufkommen, dass Sozialstandards untergraben werden, wird es weder vom Rat noch vom Europäischen Parlament eine Zustimmung zu TTIP geben."

Angesprochen auf die Nutzen von TTIP für Europas Unternehmen, also ob eher Konzerne oder KMU profitieren, gehen die Meinungen wieder auseinander. Karas meint, dass „bei den TTIP-Verhandlungen ein eigenes Kapitel zu KMU inkludiert ist" und diese daher sehr wohl profitieren werden. „Handelshemmnisse stellen für KMU eine oft unüberwindbare Hürde dar, da

sie im Vergleich zu Großunternehmen für die Überwindung der Hindernisse keine bzw. wenig finanzielle Mittel zur Verfügung haben. Einfach gesagt: KMU kann TTIP noch mehr nutzen als den großen Firmen“, so Karas. Jörg Leichtfried meint, „dass ein ausgewogenes Handelsabkommen einige neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Das kann ich mir am ehesten in der Exportwirtschaft, insbesondere bei Agrarexporten, vorstellen. Doch meine Euphorie hält sich in Grenzen.“

Die Investitionsschutzklausel und die Schiedsgerichte sind neben den Sozialstandards wohl am meisten diskutiert und gefürchtet. Heidi Mayer De-Kruijff sieht eine „Inländerdiskriminierung“ drohen, auch Jörg Leichtfried macht seinen Standpunkt klar: „Zwei demokratische, rechtsstaatliche Systeme brauchen keine Sondergerichte für Großkonzerne. Private Schiedsgerichte schaffen eine Paralleljustiz und desavouieren das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Ich lehne Sonderklagsrechte für Konzerne, die die europäische Rechtsstaatlichkeit aushebeln, ab.“

Gabriela Habermayer verneint Gefahren. Auf die Frage, ob „beklagte Staaten Gesetze im Gesundheitsbereich zurücknehmen müssen und ob es sein kann, dass aus Profitdenken Gesetze von gewählten Körperschaften zurückgenommen werden müssen oder Unsummen an Entschädigungen bezahlt werden müssen?“ Habermayer antwortet: „Schiedsverfahren laufen auf Basis von Regeln internationaler Übereinkommen im Rahmen der UNO und der Weltbankgruppe ab. In solchen Verfahren kann nie über die Rücknahme eines Gesetzes entschieden werden – und auch im Fall Philip Morris gegen Australien war dies nicht der Fall; im Gegenteil, nach Einbringen der Klage wurde die australische Regelung zum Nichtraucherschutz von anderen Ländern zum Vorbild genommen. Wenn in Schiedsverfahren in der Vergangenheit auf Schadensersatz zugunsten des Investors erkannt wurde, richtete sich die Entschädigung jeweils nach der Höhe der entzogenen Vermögenswerte bzw. der Enteignung. Für die neuen Handelsabkommen wie jene mit Kanada und den USA will die EU-Kommission den Investitionsschutz weiterentwickeln und zum Beispiel die Transparenz der Verfahren erhöhen oder die missbräuchliche Anrufung von Schiedsgerichten verhindern. Zudem soll das staatliche Regulierungsrecht stärker abgesichert werden.“

Zu dem Thema haben wir auch Othmar KLaras gefragt. Seine Antwort: „Investitionsschutzklauseln in Freihandelsabkommen sind definitiv nichts Neues! Die gehäuften, teils sehr umstrittenen Klagen von Investoren wie z.B. Philipp Morris gegen Staaten zeigen deutlich den Verbesserungsbedarf beim Investitionsschutz in Bezug auf Regulierungsrechte des Staates, Transparenz, Beschwerdemöglichkeiten und Schnelligkeit der Verfahren auf. Kommissionspräsident Juncker hat am 22. Oktober 2014 im Europäischen Parlament betont, dass die Europäische Kommission nicht akzeptieren wird, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird.“

Malmströms Wort in Gottes Ohr. Handelskommissarin Cecilia Malmström war zuletzt bei der AdR-Plenartagung (siehe Bericht auf Seite 31) unterwegs, um positive Stimmung für TTIP zu machen. Dabei schien sie über die Inhalte von TTIP-Resolutionen österreichischer Gemeinden informiert und beteuerte, weder das Subsidiaritätsprinzip noch die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden bei der Organisation und Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen seien durch TTIP gefährdet. Konkret formulierte sie es so: Nationale, regionale und lokale Gebietskörperschaften müssten öffentliche Dienste nicht dem Wettbewerb öffnen, wenn sie dies nicht wollen; sie würden auch nicht gezwungen, Dienstleistungen privat erbringen zu lassen und TTIP würde nicht in öffentliche Monopole bei der Erbringung von Dienstleistungen von öffentlichem Interesse eingreifen. Auch einer allfälligen Rekommunalisierung von Dienstleistungen schiebe TTIP keinen Riegel vor, die Transatlantische Handelspartnerschaft würde den weiten Ermessensspielraum der Kommunen bei der Erbringung der Daseinsvorsorge nicht einschränken.

Der Gemeindebund-Vertreter im AdR, Bürgermeister Hanspeter Wagner, betonte dennoch, dass der politische Diskurs weitergehen muss und die Bedenken der Gemeinden in den Verhandlungen präsent bleiben müssen.

TTIP

„In Schiedsverfahren kann nie über die Rücknahme eines Gesetzes entschieden werden.“

Gabriela Habermayer, Abteilungsleiterin für Multilaterale und EU-Handelspolitik im Wirtschaftsministerium auf die Frage, ob es sein kann, dass aus Profitdenken Gesetze von gewählten Körperschaften zurückgenommen werden müssen oder Unsummen an Entschädigungen bezahlt werden müssen.

LINKS ZUM THEMA

www.europarl.europa.eu/news/de/

Unter der Rubrik „Top-Themen“ gibt es ein ausführliches und umfangreiches Dossier zum Thema TTIP

kommunal.at

Der Bericht stellt eine Zusammenfassung der Meinungen und Ansichten der interviewten Personen dar. Die Einzel-Interviews sind in voller Länge auf **www.kommunal.at** zur Ansicht bereitgestellt.

Argumente & Stimmen

GEGEN TTIP

1 Der **übermäßige Fokus auf sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“**. Da fallen sehr sensible Dinge wie die Daseinsvorsorge, Umweltstandards oder auch gesundheits- und sozialpolitische Tarife hinein.

2 Die **„Investitionsschutzklausel“** (ISDS) eigentlich eine Art „Inländerdiskriminierung“.

3 Es gibt im Gegensatz zu den „Negativ-Listen“ **keine „Positiv-Listen“** – künftige Verbesserungen gesellschaftlicher Standards würden unmöglich gemacht, künftige Liberalisierungsschritte sind dagegen Teil des Abkommens.

4 Eine Befürchtung ist, dass die US-Amerikaner der EU-Kommission mit ihrer Erfahrung so weit überlegen sind, dass sich das **für Europa negativ** auswirkt.

5 **NAFTA zeigte auf**, dass Prognosen über die Auswirkungen von umfassenden Handelsabkommen sehr schwierig sind: **Entgegen den versprochenem Jobwunder** kam es dort im Sozialbereich zu einer Nivellierung nach unten. NAFTA ist allerdings mit TTIP nur schwer vergleichbar.

„Die Angst vor der Unterwanderung europäischer und österreichischer Sozialstandards ist berechtigt. Gefahren sehe ich im Bereich des Beschäftigungsschutzes.“
JÖRG LEICHTFRIED, Delegationsleiter der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament, über mögliche Gefahren für europäische Sozialstandards.

„Fakt ist, dass die Kommission den klaren Auftrag hat, sich nicht auf eine Absenkung europäischer Standards einzulassen.“
OTHMAR KARAS, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Leiter der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament.

„Aus unserer Sicht wären ‚Positiv-Listen‘ statt der bekannten ‚Negativ-Listen‘ zweckdienlicher. Auf diese Weise könnten viele Unklarheiten und Befürchtungen ausgeräumt werden.“
HEIDI MAIER-DEKRUIJFF, Geschäftsführerin des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs.

„Freihandel ist für mich einen wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeit und wir bekennen uns zum Handel als einen der Garanten für ein friedliches Miteinander. TTIP ist ein Projekt, dem diese Idee zu Grunde liegt.“
ANGELIKA MLINAR, EU-Abgeordnete für die NEOS.

FÜR TTIP

1 **Ein Freihandelsabkommen** mit den USA schafft Wachstum und Jobs.

2 Freihandel ist ein **wesentlicher Faktor der wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeit** und ein Garant für ein friedliches Miteinander.

3 TTIP kann sowohl die europäische als auch die amerikanische **Wirtschaft maßgeblich ankurbeln** und der EU bis zu 120 Milliarden Euro Profit bringen.

4 **Vereinfachter Marktzugang** und Abbau von Handelshemmnissen wird zu erhöhten Exporten für Unternehmen führen – das ist gerade für Klein- und Mittelunternehmen ausgesprochen wichtig.

5 Ziel ist es, eine **effektivere Form der Zusammenarbeit** zu finden, die unnötige regulatorische Handelshindernisse schon im Vorfeld identifiziert.

FOTO: Eva Enichlmayr, //NEOS, E//uropean Union, 2015// europarl.europa.eu// spoe, bea Uhart

FOTO: BMLFUW/Kern Bernhard

FÖRDERAKTION GESTARTET

80 MILLIONEN FÜR THERMISCHE SANIERUNG

Der Sanierungsscheck unterstützt Klimaschutz, forciert Energiesparen und stärkt die Konjunktur. Die umfassende thermische Sanierung wird wieder mit bis zu 8300 Euro gefördert.

Die Förderaktion des Bundes für die thermische Sanierung von Häusern, Wohnungen und Betriebsgebäuden läuft seit Anfang März. Der Sanierungsscheck hilft beim Energiesparen, reduziert den CO_2-Ausstoß und bringt zusätzliche Aufträge für Bauwirtschaft und Handwerker. Private können ihre Förderanträge direkt bei den Bausparkassen und in den Bankfilialen einreichen. Gefördert werden thermische Sanierungsmaßnahmen (Dämmung von Außenwänden und Geschossdecken, Tausch der Fenster und Außentüren) sowie der Heizungstausch in Gebäuden, die älter als 20 Jahre sind.

Neu ist heuer eine Förderung für thermische Solaranlagen zur Warmwasserbereitung mit bis zu 1000 Euro. Für die Verwendung von ökologischen Baustoffen oder den Einbau von Holzfenstern gibt es jeweils einen Zuschlag. Bei einer umfassenden Sanierung ist wie im Vorjahr eine Förderung von bis zu 8300 Euro möglich. Diese beinhaltet auch die Energieausweiskosten mit maximal 300 Euro. Ebenfalls unterstützt werden Teilsanierungen und Einzelbaumaßnahmen. Im mehrgeschossigen Wohnbau sind Förderungen sowohl für Eigentümer als auch für Mieter möglich.

Interessierte Unternehmen können ihre Förderanträge online bei der Kommunalkredit Public Consulting KPC stellen. Die Förderung für Sanierungen beträgt bis zu 30 Prozent der förderfähigen Kosten. Auch hier gibt es einen Zuschlag für ökologische Baustoffe. Für denkmalgeschützte Gebäude gibt es ein spezielles Angebot. Heizungsumstellungen und Energiesparmaßnahmen bei „guter thermischer Qualität der Gebäudehülle“ werden weiterhin gefördert.

> „DIE FÖRDERUNGSRATE FÜR SANIERUNGEN BETRÄGT **BIS ZU 30 PROZENT** DER FÖRDERFÄHIGEN KOSTEN.

Die Förderaktion kann trotz der notwendigen Budgetkonsolidierung mit einem beträchtlichen Volumen fortgesetzt werden. Heuer stehen 80 Millionen Euro zur Verfügung. Seit dem

Jetzt informieren

Zentrale Fördervoraussetzung ist, dass das jeweilige Gebäude zum Zeitpunkt der Antragsstellung älter als 20 Jahre ist (Datum der Baubewilligung). Die förderfähigen Kosten setzen sich aus den Kosten für das Material, die Montage sowie für die Planung zusammen. Alle Details zur Förderoffensive gibt es auf der Webseite **www.sanierung15.at**

Start 2009 wurden insgesamt 90.700 Förderanträge genehmigt, womit Investitionen von 3,7 Milliarden Euro ausgelöst werden konnten. Insgesamt wurden 18,3 Millionen Tonnen CO_2 eingespart. Allein im Vorjahr konnten mit dem Sanierungsscheck 16.400 Haushalte und 452 Betriebsgebäude thermisch saniert werden.

RÜCKFRAGEN UND INFORMATIONEN

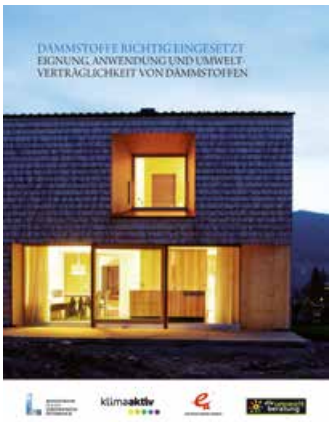
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Türkenstraße 9, 1092 Wien,
T: +43(0)1-31 6 31,
F: +43(0)1-31 6 31 -104,
E: kpc@kommunalkredit.
Web: www.public-consulting.at

NEUE BROSCHÜRE HILFT

Passender Dämmstoff gesucht?

Neue klima**aktiv** Broschüre informiert umfassend über gängige und alternative Dämmstoffe, ihre Einsatzgebiete und Verarbeitung.

Eine gut gedämmte Gebäudehülle ist eine Grundvoraussetzung für ein behagliches Raumklima. In der kalten Jahreszeit schützt sie uns vor der Kälte und in den heißen Sommermonaten bleiben die Innentemperaturen konstant. Nahezu jeder, der heute ein Haus neu baut oder saniert, steht daher vor der Frage, welcher Dämmstoff verwendet werden soll. Lieber konventionell vorgehen mit etablierten Dämmstoffen oder zu Alternativen aus nachwachsenden Rohstoffen wie beispielsweise Hanf, Holzfasern, Wolle oder Stroh, greifen? Im Vergleich zu Mineralwolle und Polystyrol werden Dämmstoffe aus NAWAROs in der Regel mit weit weniger Energieeinsatz erzeugt und haben dennoch eine vergleichbar gute Dämmwirkung. Naturdämmstoffe sind luftfeuchte- und temperaturausgleichend und wirken dadurch positiv auf das Raumklima. Zudem stammen die Rohstoffe meist aus der heimischen Land- und Forstwirtschaft, was sich in kurzen Transportwegen, einer geringeren Import-Abhängigkeit und neuen Chancen für die ländliche Entwicklung niederschlägt.



Umfassendes Wissen über ihre Vor-und Nachteile, Verarbeitung oder das richtige Einsatzgebiet fehlen aber oft auch bei Fachpersonen. Eine neue klimaaktiv Broschüre will diese Lücke nun schließen und stellt alle gängigen Dämmstoffe und deren Eigenschaften vor.

WEB-TIPP
Die Broschüre steht zum Download auf **klimaaktiv.at/publikationen/bauen-sanieren/daemmstoffe**

AKTION

Förderung für Fahrrad-Abstellplätze

Laut einer Umfrage des BMLFUW haben in dicht besiedelten Gebieten nur 64 Prozent der Wohnhäuser ausreichende Radabstellanlagen. Um besonders bei älteren Gebäuden die Abstellsituation für Fahrräder zu verbessern, fördert das BMLFUW mit der klima**aktiv** mobil Förderungsoffensive ‚Sanierung Fahrradparken' die Errichtung von Radabstellplätzen auf Privatgrund bzw. in Gebäuden mit bis zu 400 Euro pro Platz. Zur Förderung können von Betrieben, Hauseigentümergemeinschaften, Gemeinden und Vereinen beispielsweise absperrbare Fahrradräume, überdachte Radabstellplätze mit Rahmensicherung oder Fahrradboxen eingereicht werden.

RÜCKFRAGEN UND INFORMATIONEN

Details und Online-Einreichung finden Sie unter
www.umweltfoerderung.at/fahrradparken

28.-29. Mai 2015 Österreichischer Radgipfel in Kärnten
Der 8. Österreichische Radgipfel findet unter dem Motto „Gesundheit und Familie" vom 28. bis 29. Mai 2015 in Klagenfurt am Wörthersee statt. Ergänzend werden am 30. Mai 2015 Exkursionen angeboten. Weitere Infos und Detailprogramm unter
www.klimaaktivmobil.at/radgipfel

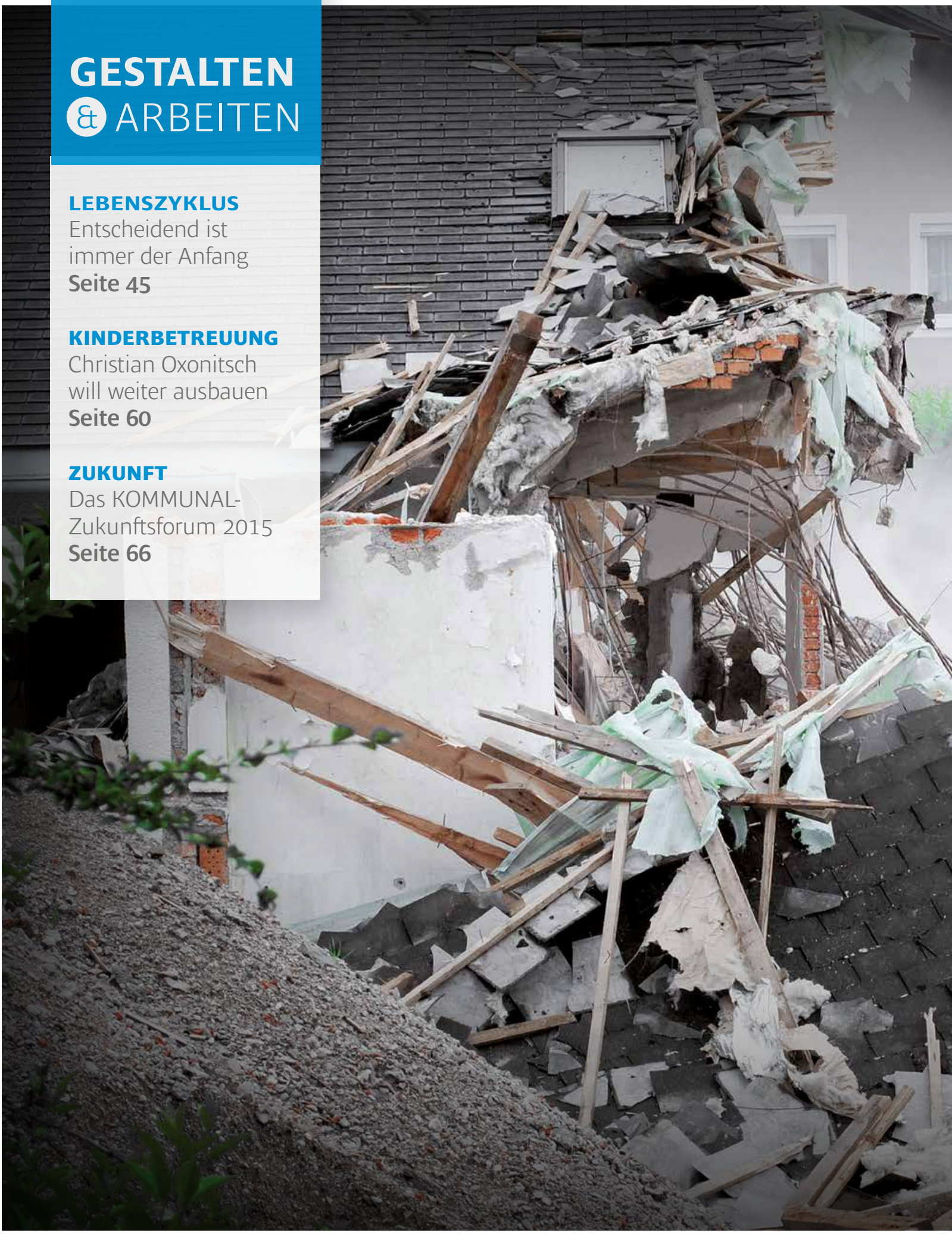
ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

LEBENSZYKLUS
Entscheidend ist immer der Anfang
Seite 45

KINDERBETREUUNG
Christian Oxonitsch will weiter ausbauen
Seite 60

ZUKUNFT
Das KOMMUNAL-Zukunftsforum 2015
Seite 66



DER WEG IST DAS ZIEL

Eine bewusste und fundierte Antwort auf die Frage „Neubau oder Sanierung“ (oder besser „Revitalisierung“) ist von wesentlicher Bedeutung für Bauherren. Die Entscheidung, wie der Bedarf des Auftraggebers am besten gedeckt werden kann, muss noch vor Beginn eines Bauprojekts getroffen werden.

Die grundlegenden Schritte jedes Projekts werden zu Beginn in den Phasen „Strategie“ und „Initiierung“ gesetzt.

TEXT / Hans Braun

Die Bedeutung der Frage „Revitalisierung oder Neubau“ ist einfach in Zahlen zu gießen: In Österreich stehen mehr als zwei Millionen Gebäude, davon sind nach Schätzungen bis zu 1,2 Millionen sanierungsbedürftig. Diese verbrauchen derzeit rund doppelt so viel Energie, wie nach heutigem Stand eigentlich nötig wäre. Im energetisch veralteten Gebäudebestand liegt daher das mit Abstand größte Energie- und CO_2-Einsparungspotenzial. Die Forderung daraus liegt auf der Hand: Die Sanierungsquote von derzeit rund 1,4 Prozent muss auf drei Prozent gesteigert werden und die Förderinstrumente müssen vereinfacht und weiter entwickelt werden. Außerdem sind Förderzusagen an anspruchsvolle energetische Standards und ein gutes Kosten- und Nutzenverhältnis zu binden – soweit die Experten, die im Hinblick auf die effiziente Sanierung von Bestandsgebäuden in Österreich argumentieren.

Oftmals fehlt für die Entscheidung „Neubau“ oder „Sanierung“ – oder besser „Revitalisierung“ – jedoch das notwendige Grundlagenwissen. Über lange Zeit hat man ja in der Baubranche allumfassend von Sanierungen gesprochen. Nach und nach hat sich aber gezeigt, dass Sanierung nicht gleich Sanierung ist. Bei Sanierungen werden in einem Gebäude lediglich erneuerungsbedürftige Bauteile ausgetauscht. „Revitalisierung im Sinne der IG Lebenszyklus Hochbau meint hingegen die Umgestaltung eines Gebäudes im Sinne einer zeitgemäßen Nutzung, mit Blick auf den gesamten Gebäudelebenszyklus“, präzisiert Wolfgang Kradischnig von DELTA, ein Mitgründer der IG Lebenszyklus Hochbau.. Abgesehen von dieser Unschärfe in der Definition, ist so eine Entscheidung oft nur per Bauchgefühl möglich, was meist zu höheren Kosten und Risiken führt. Wesentlicher Teil einer Entscheidungsvorbereitung ist die Erhebung der Bestandsdokumentation. Diese stellt einen wichtigen Faktor für das später folgende Planungsprojekt dar.

KOMMUNAL stellt im Folgenden nicht nur den von der IG Lebenszyklus Hochbau entworfenen Fachleitfaden „Revitalisierung oder Neubau“ vor, sondern am Beispiel der Gemeinde Ybbsitz auch, dass die gleiche Herangehensweise durchaus zwei völlig verschiedene Ergebnisse bringen kann. Besonderes Augenmerk des Leitfadens liegt auf der Bedarfsplanung und der Machbarkeit, welche vor jedem Projekt eine zentrale Aufgabe und Herausforderung des Bauherrn darstellen. Damit eine Bestandsimmobilie ihr volles Potenzial entfalten kann, ist dieser Phase insbesondere bei Revitalisierungsprojekten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und gerade Gemeinden sind Eigentümer oder Betreiber von Bestandsimmobilien, die in die Jahre gekommen sind. Sie sind bei Schulbauten Gebäudeverwalter eines Bestandsportfolios und müssen Strategien zur langfristigen Werterhaltung aufbauen. Und schließlich sind sie bei Bauhöfen oder Abwasseranlagen auch Unternehmer, deren Unternehmensgebäude die Kernprozesse nicht mehr bestmöglich unterstützt.

„Aber wie sowas praktisch laufen kann, demonstrierte die kleine Marktgemeinde Ybbsitz mit rund 3500 Einwohnern im Bezirk Amstetten in Niederösterreich“, berichtet Karl Friedl, Sprecher der IG Lebenszyklus Hochbau und Geschäftsführer der Firma M.O.O.CON, einem

Herausgeber des Leitfadens „Revitalisierung oder Neubau“ ist die „IG Lebenszyklus Hochbau“, Mariahilfer Straße 17/1. OG, 1060 Wien, Tel.: +43 (1) 90 440, erreichbar unter der E-Mail-Adresse office@ig-lebenszyklus.at Die Autoren des Leitfadens sind Margot Grim, e7, Wolfgang Kradischnig, DELTA, Edmund Bauer, dibau-ZT, Linus Waltenberger, M.O.O.CON und Christian Grottenthaler, WRS

Die Grafiken und Checklisten sind auf den Websites **www.ig-lebenszyklus.at** und **www.kommunal.at** zum Download bereitgestellt.

„Es gilt, den Bedarf des Bauherrn und das Potenzial des Gebäudes aufeinander abzustimmen und das Gebäude zukunftsfit zu machen. Deshalb sprechen wir auch **nicht von Sanierung, sondern von Revitalisierung**."

Wolfgang Kradischnig,
IG Lebenszyklus Hochbau, DELTA

Spezialisten für Gebäudeentwicklung. Die Gemeinde Ybbsitz an der niederösterreichischen Eisenstraße ist Sitz einer Neuen Mittelschule und eines nö. Landeskindergartens mit ehemals drei Gruppen. Vor rund zehn Jahren ergab eine Bestands-Analyse, dass sowohl Schule (erbaut Anfang der 70er-Jahre) als auch Kindergarten (aus den 60er-Jahren) am Ende der Lebenszeit angekommen waren. Sowohl die Bautechnik als auch die Energieleistungen der Gebäude – installiert war eine Schwerölheizung – entsprachen bei weitem nicht mehr dem Stand der Technik. Eine Analyse gemeinsam mit dem Land Niederösterreich ergab, dass der Kindergarten (eine Aufstockung von drei auf vier Gruppen erfolgte bereits 1986) erneut aufgestockt werden musste. Fünf Gruppen waren notwendig geworden. Gemeinsam mit einer Projektgruppe, besetzt mit Mitgliedern des Gemeinderates, Experten des Landes, Architekten und Fachplanern, wurde entschieden, dass aufgrund der neuen Anforderungen ein Neubau unumgänglich sei. „Wichtig war uns vor allem, inhaltliche und pädagogische Bedingungen in die Planung mit einzubeziehen", so der Ybbsitzer Bürgermeister Josef Hofmarcher. Gleichzeitig nutzte man bei der Finanzierung die Gunst der Stunde, damals gab es für Kindergärten eine Sonderförderung des Landes in Höhe von 50 Prozent der anrechenbaren Kosten. „Das war bei einer Projektsumme von rund 2,8 Millionen Euro für den Bau und rund 350.000 Euro für die Einrichtung ganz wesentlich für uns", erzählt Hofmarcher. „Die Architektenleistungen und die kaufmännische Bauleitung wurden getrennt vergeben. Wir haben dann für den Bau gemeinsam mit den Experten einzelne Ausschreibungen formuliert und die Leistungen getrennt vergeben", so Hofmarcher. Der Bürgermeister, gelernter Maurer, erzählt weiter, dass er aus eigener Erfahrung wusste, wie sehr unzureichende Planung und Vorbereitung ein Bauprojekt in die Länge ziehen und dadurch Kosten exponentiell steigen lassen kann. Aber durch die Vorbereitungen – die Initiierung – des Kindergartenprojekts konnte die Gemeinde Ybbsitz die besonderen Herausforderungen, (fünf Gruppenräume, zwei Bewegungsräume auf zwei Etagen, Errichtung in Niedrigenergiebauweise mit einer Energiekennzahl von 29 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr und die Schaffung eines 2000 Quadratmeter benötigten Gartens) durch den Bau eines Flachdaches lösen. Und darüber

2
Millionen Gebäude stehen nach dem Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030" derzeit in Österreich.

1,2
Millionen Gebäude sind nach diesen Schätzungen sanierungsbedürftig

hinaus konnte durch die Definition der Aufgabe auch der Ablauf geregelt werden. Vor Abriss- und Neubauarbeiten kaufte die Gemeinde einen Container-Kindergarten als Überbrückung und rechnete auch den Rückkauf gleich in die Projektkosten ein, sodass am Ende größtmögliche Kostenwahrheit gegeben war. „Nur die tatsächlichen Einsparungen durch die energetischen und heiztechnischen Verbesserungen kann ich noch nicht genau beziffern, da wir noch keine Vergleichszahlen haben“, meint Bürgermeister Hofmarcher.

Eine ganz ähnliche Zugangsweise wählte die Gemeinde wenige Jahre vorher im Fall der Neuen Mittelschule, und kam hier zu einem gänzlich anderen Ergebnis. „Das Projektvolumen belief sich hier auf rund 6,3 Millionen Euro, auch hier war das Gebäude energetisch und technisch am Ende der Lebensdauer angekommen, zudem wies die 1972/73 errichtete Stahlbeton-Hauptschule bereits einige Bauschäden auf, aber die künftigen Anforderungen hatten sich nicht wesentlich geändert, daher haben wir hier eine Revitalisierung des Gebäudes beschlossen“, berichtet Hofmarcher. Die Aufgabe war klar: Generalsanierung des Schulgebäudes, des Verbindungstraktes und der Turnhalle. Und das beim gleichzeitigen Abbruch der Schwimmhalle. Die Arbeiten wurden großteils in den Schulferien erledigt, sodass der Schulbetrieb aufrechterhalten werden konnte. Durchgeführt wurden eine thermische Außenwand- und Dachsanierung, die Sanierung der Stahlbetontragstruktur. Dazu kam eine Neukonzeption der Klassenräume – in Absprache mit der Schulleitung und der Landesschulbehörde. Ein neues Brandschutzkonzept wurde erstellt und die ganze Schule barrierefrei und behindertengerecht gestaltet, wie Karl Hofmarcher stolz berichtet.

Oben der neue Kindergarten in Ybbsitz, rechts der alte, jeweils vom Garten aus gesehen.

BILDER SAGEN MEHR ALS 1000 WORTE

In dem Kurzvideo „Bauen mit Zukunft“ setzt die IG Lebenszyklus Hochbau auf die einfache und unterhaltsame Darstellung komplexer Inhalte. Ein animierter Trickfilm soll bei Bauherren verstärkt Bewusstsein für ihre verantwortungsvolle Rolle in Bau- und Sanierungsprojekten schaffen.
Zum Ansehen auf Youtube via **www.ig-lebenszyklus.at** oder **www.kommunal.at** (siehe QR-Codes unten).

1,4 %

Bei diesem Wert liegt die **Sanierungsqoute in Österreich** derzeit.

3 %

Sanierungsqoute sollte nach Expertenforderung das Ziel sein.

Was in Ybbsitz „intuitiv richtig gelaufen ist“ (O-Ton Karl Friedl), könnte in allen Gemeinden auf strukturierte Füße gestellt werden. Gerade Gemeinden kann dieser Leitfaden dabei unterstützen, die Entscheidungen über die Weiterentwicklung ihres Gebäudebestandes auf eine fundierte Basis zu stellen. In Österreich gibt es eine Neubauquote von rund einem Prozent. 99 Prozent sind Bestandsgebäude, die in regelmäßigen Zyklen instandgesetzt beziehungsweise revitalisiert werden müssen. Für Gebäudeeigentümer, -verwalter oder Betreiber dieser Bestandsgebäude stellt jedoch die Entscheidung, ob die Bestandsimmobilie wirtschaftlich zu revitalisieren ist, oft eine große Herausforderung dar. Grundlegende Fragen werfen für den Kommunalpolitiker oder Kommunalmandatar oft fast unlösbare Schwierigkeiten auf, weil es den kommunalen Bauherren oftmals an belastbaren Entscheidungsgrundlagen fehlt. Entscheidungen werden sehr oft aus dem Bauch heraus getroffen. Und damit steigt das Risiko auf Seiten des Bauherrn bei einer Revitalisierung. Für eine fundierte Entscheidung ist es wichtig, Schritt für Schritt Bewusstsein und Wissen aufzubauen. Klarheit zu schaffen über Dinge wie die Ausgangssituation, den Bedarf und die ins Auge gefassten Ziele in und mit der Bestandsimmobilie, welche Möglichkeiten vorhanden sind sowie welche Kosten entstehen werden, ist wesentlich. Nur mit diesem Wissen ist es möglich, eine fundierte Entscheidung zu treffen, ob eine Revitalisierung

KOMMENTAR

KARL FRIEDL ÜBER
LEBENSZYKLUSORIENTIERTE BAUWEISE

Entscheidend ist immer der **Anfang**

Vor rund drei Jahren haben 50 Unternehmen aus der Bau- und Immobilienbranche die IG Lebenszyklus Hochbau gegründet. Das Motiv: Unzufriedenheit. Unzufriedenheit mit dem vorhandenen systembedingten Gegeneinander bei Bauprojekten, welches nicht nur Qualitäts- und Baumängel, sondern auch wirtschaftliche Ineffizienz verursacht. Mit Hochdruck arbeitete der Verein daher an der Optimierung von Prozessen und der Reduktion von Schnittstellen bei der Planung, Errichtung, Finanzierung und Bewirtschaftung von öffentlichen und privaten Hochbauten.

Knapp zwei Jahre nach der Gründung wurde mit dem Leitfaden „Der Weg zum lebenszyklusorientierten Hochbau“ ein Ratgeber für öffentliche und private Bauherren veröffentlicht. Darin enthalten: ein Standard, der erstmals über alle Phasen eines Projekts und alle Bereiche berücksichtigend aufzeigt, wie Bauprojekte organisiert und bestellt werden können, sodass letztlich ein Gebäude entsteht, welches den Vorstellungen des Bauherrn entspricht.

Entscheidend ist immer der Anfang eines Projekts. Seitdem wir im Rahmen von regionalen Bauherren-Foren in ganz Österreich mit Bürgermeistern, Amtsleitern und Gemeindemitarbeitern über ihre Projekte, ihre Probleme und Erfahrungen sprechen, wissen wir, dass dies nicht selbstverständlich ist. Geplant wird oft schon, bevor noch klar ist, was eigentlich benötigt wird.

Nehmen Sie sich die Zeit, am Anfang die optimalen Rahmenbedingungen für Ihr Projekt zu schaffen: Durch eine optimale Bestellqualität, integrale Planung und eine ergebnisorientierte Organisation. Es zahlt sich aus. Für Sie und Ihre Nachkommen.

k.friedl@moo-con.com
Karl Friedl ist Sprecher der IG Lebenszyklus Hochbau und Geschäftsführer von M.O.O.CON

des Gebäudes oder der Abriss (oder Verkauf) und Neubau einer Immobilie der bessere Weg ist.

Schritt 1 ist demnach eine Analyse der „Ist-Situation“ und eine „Bestandsdokumentation“. Die Analyse gibt Auskunft über die Ursachen, welche die Veränderung der Bestandssituation hervorrufen bzw. die Grundlagen schaffen, um den Aufwand für eine Revitalisierung abschätzen zu können. Kommen die Ursachen aus den Prozessen des Kerngeschäftes oder eher aus der Gebäudetechnik? In welchen Bereichen sind umfangreiche Maßnahmen zu setzen? Wo scheinen unumgängliche Hürden zu sein?

Im Zuge der Ist-Analyse ist weiter zu erheben, welche Bestandsdokumentation bereits vorhanden ist und ob im Falle einer Revitalisierungsplanung durch eine Bestandserhebung Ergänzungen oder Aktualisierungen erstellt werden müssen, um eine profunde Planungsgrundlage verfügbar zu haben. Eine Checkliste mit der „Soll-Ist-Gegenüberstellung“ ist Teil des Leitfadens und auf der gegenüberliegenden Seite abgebildet. Diese Gegenüberstellung ist die Grundlage für die Bildung von Varianten, die in der Machbarkeitsstudie gegenübergestellt werden. Nur so ist sichergestellt, dass die zukünftige Gebäudelösung den Bedürfnissen des Bauherrn bzw. Unternehmens gerecht wird.

Wenn sich der Bauherr über die Varianten im Klaren ist, müssen diese dargestellt werden, um zu einer aussagekräftigen „Kosten-Nutzwert-Analyse“ zu kommen. Die Bewertung der Kriterien kann qualitativ, quantitativ oder mit beiden kombiniert erfolgen. Eine qualitative Bewertung bringt rasch entsprechenden Überblick. Qualitative Bewertungen können jedoch sehr subjektiv sein und bei vielen Kriterien ist eine Gesamtbewertung schwierig. Im Vergleich dazu ist eine quantitative Bewertung sicher objektiver, diese ist jedoch oft etwas aufwändiger, zudem können nicht alle Kriterien quantitativ dargestellt werden. Eine Kombination von qualitativen und quantitativen Kriterien ist meist ein guter Kompromiss.

„Die Schule war energetisch und technisch am Ende, aber die künftigen Anforderungen hatten sich nicht wesentlich geändert, daher haben wir hier eine **Revitalisierung des Gebäudes** beschlossen.“

Karl Hofmarcher, Bürgermeister von Ybbsitz

Mit einer Lebenszykluskostenberechnung können alle relevanten Kosten für eine wirtschaftliche Gegenüberstellung (ökonomische Qualität) aufbereitet werden. Gerade beim Vergleich von Varianten, welche Kostenflüsse zu unterschiedlichen Zeiten haben, ist dies ein notwendiges Mittel, um Kostenwahrheit zu schaffen. „Im Leitfaden findet sich dazu eine Grafik, die beispielhaft vier Revitalisierungsvarianten – auf 30 Jahre betrachtet – wirtschaftlich gegenüberstellt. Nach der Durchführung der einzelnen Schritte sollte es dem kommunalen Bauherrn möglich sein, eine fundierte Entscheidung hinsichtlich der Frage zu treffen, ob es sinnvoller ist, zu revitalisieren oder neu zu bauen“, verspricht Wolfgang Kradischnig.

Der Leitfaden macht vor allem eines deutlich: Nur eine möglichst objektive Kosten-Nutzwert-Analyse kann den Gemeinden die entsprechende Grundlage für eine fundierte Entscheidung liefern. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass jede Kosten-Nutzwert-Analyse auf die speziellen Bedürfnisse des Bauherrn abgestimmt werden muss, um dessen Prioritäten tatsächlich abzubilden.

SOLL-IST-Gegenüberstellung

des „Bauherrnbedarf an ein Gebäude“ vs. „Einschätzung des Gebäudebestandes“

SOLL-IST Gegenüberstellung
Bauherrnbedarf an ein Gebäude vs. Einschätzung des Gebäudebestandes

		Bedarfs-erhebung	Grobanalyse Bestandsimmobilie				
Betrachtungsbereich	Einzelaspekt	Ziel-vorstellung	Einschätzung Gebäude-bestand	Stärke des Problems	Priorität bei der Veränderung (MUSS/ Soll/nice to have)	Rechtliche Hürde	Anmerkungen
Organisation	Angepasste / anpassbare Gebäude-struktur an Kernprozesse (Flexiblität, Umnutzungsfähigkeit, etc.)						
	Platzbedarf / Platzangebot						
	Sonderflächen (z.B. Kantine, Garage, etc.)						
Standort	Image und Zustand von Standort und Quartier						
	Qualität der Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Fahrradwege, Fußgängerwege, ...)						
	Nähe zu nutzungsspezifischen Einrich-tungen (Nahversorgung, Ärzte, Kinder-gärten, Schule) und prozessrelevanten Unternehmen und Ressourcen						
Gebäudequalität							
Bautechnisch	Genehmigungsfähigkeit					x	
	Widmung, Raumordnungsmäßige Anforderungen					x	
	Barrierefreiheit					x	
	Brandschutz					x	
	Denkmalschutz					x	
	Zugänglichkeit, Sicherheit						
	Wärme- und feuchteschutztechnische Qualität der Gebäudehülle						
	Gestaltung / Image des Gebäudes						
	Qualität des Innenausbaus						
	Anzahl Parkplätze, Fahrradkomfort						
Anlagentechnisch	Qualität, Zustand und Effizienz der Energieversorgungssysteme (Wärme, Kälte, Strom)						
	Qualität und Zustand der Energieverteil-systeme (Verrohrung, Verkabelung, ...)						
	Qualität und Zustand der Abgabesysteme (Radiatoren, Heiz- & Kühldecken, ...)						
	IT- und Telekomunikationsinfrastruktur						
Ökonomisch	Wertstabilität, Verkehrswert						
	Marktfähigkeit, Verwertbarkeit						
	Flächeneffizienz						
	Lebens-zyklus-kosten: Errichtungs- / Revitalisierungskosten						
	Lebens-zyklus-kosten: Folgekosten (Verbrauchs-bezogene Kosten, Wartung, Instandhaltung, Instandset-zung, Reinigung)						
Soziokulturell	Komfort (Sommer, Winter, Tageslicht, Sicht nach außen, Raumluft, Zugluft, Akustik und Schallschutz, etc.)						
	Freiraumangebot						
	Sicherheitsempfinden						
Ökologisch	Ressourcenverbrauch (Energie, Wasser, Chemikalien, etc.)						
	CO2-Ausstoß						
	Ökologische Materialien						
	Abfallmanagement						

Die Soll-Ist Gegenüberstellung ist Grundlage für die Bildung von Varianten, die in der Machbarkeitsstudie gegenüber gestellt werden. Nur so ist sichergestellt, dass die zukünftige Gebäudelösung den Bedürfnissen des Bauherrn bedziehungsweise des Unternehmens gerecht wird.

Der Leitfaden „Revitalisierung oder Neubau“ mit Checklisten und Tabellen kann gemeinsam mit dem Kurzfilm auf den Websites der IG Lebenszyklus Hochbau und von KOMMUNAL kostenlos angefordert werden.

NEUE WEBSITES FÜR MOOSBURG UND MUNDERFING

KOSTENEFFIZIENZ DURCH KOOPERATION

Mit neuen Gemeindewebsites bieten die Zukunftsorte Munderfing (OÖ) und Moosburg (Kärnten) ihren Kunden und Bürgern noch mehr Service. Die Websites basieren auf einem gemeinsamen Grundgerüst, das auch auf andere Gemeinden übertragen werden kann.

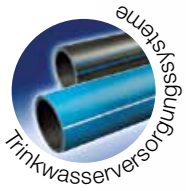
Die Gemeinden Moosburg in Kärnten und Munderfing in Oberösterreich sind Mitglieder im Verein Zukunftsorte, der jene Gemeinden Österreichs vereint, die in ihrer Entwicklung auf Eigeninitiative, Innovation und Kreativität setzen. Als in beiden Gemeinden die jeweiligen Websites einem Relaunch unterzogen werden sollten, war klar: Die Online-Aushängeschilder sollten nach neuesten Erkenntnissen, auf technisch hohem Standard und serviceorientiert gestaltet werden. Moosburg und Munderfing entschieden sich außerdem dafür, die Konzeption der neuen Website gemeinsam in Auftrag zu geben.

Die passenden Projektpartner fanden Munderfing und Moosburg in der Agentur Publicpixel in Klagenfurt sowie der Universität Klagenfurt. In einem eineinhalbjährigen Prozess wurde das gemeinsame Gerüst der neuen Website entwickelt, dabei orientierte man sich am Leistungskatalog für Gemeinden und legte der Webstruktur das Lebenslagenmodell zugrunde: Die Gemeinde-Kommunikations- und Interaktionsplattform (KIP) ist nach Lebenssituationen der Bürgerinnen und Bürger gegliedert.

Aktuelle Informationen und Leistungen können über die Website automatisiert an die Kunden geliefert werden. Mittels Push-Nachrichten können sich registrierte User jederzeit über Neuigkeiten und aktuelle Geschehnisse via E-Mail oder die Gemeinde-APP informieren. Die KIP-Mechanismen ermöglichen neben der Informationsfunktion zudem eine Bürgerinteraktion und Bürgerbeteiligung in Form von Online-Abstimmungen und Kundenradarfunktion.

Durch die gemeinsame Beauftragung wurden Kosten gespart, die neue Kommunikations- und Interaktionsplattform konnte zudem so gestaltet werden, dass sie nicht nur von Moosburg und Munderfing genutzt werden kann, sondern auf jede beliebige Gemeinde übertragbar ist.

www.zukunftsorte.at


Trinkwasserversorgungssysteme

Kanalsysteme

PIPELIFE-ROHRSYSTEME. DIE UNSICHTBAREN VERSORGUNGSNETZWERKE.

Jeder braucht sie. Jeder nutzt sie. Keiner sieht sie. Die unsichtbaren Rohrsysteme für eine sichere Versorgung mit Wasser und Energie und für eine saubere Umwelt. Und Pipelife produziert sie. Spitzenprodukte, die höchste Qualitätsnormen erfüllen. Technisch ausgereifte Rohrsysteme, die gemeinsam mit der Pipelife-Beratungskompetenz zu dem werden, was unser Land braucht: Starke Lebensadern, die den lebenswichtigen Kreislauf von Ver- und Entsorgung sicherstellen. Rund um die Uhr und an jedem Ort. Gut, dass es Pipelife gibt.

Hausabfluss-Systeme

Kalt-/Warmwassersysteme

Flächenheizung

Kabelschutzsysteme

Elektroinstallationssysteme

Bewässerungssysteme

Gasversorgungssysteme

Dränagesysteme

STARKE LEBENSADERN
FÜR JEDES LAND

PIPELIFE

EIN ROHR BEUGT VOR

Pipelife Austria GmbH & Co KG · 2355 Wr. Neudorf · Postfach 54 · IZ NÖ-Süd · Straße 1 · Objekt 27
Tel. 02236/67 02-0 · Fax DW -670 · office@pipelife.at · www.pipelife.at

PROBLEMZONE KOMMUNALER SCHULBAU

NEUE SCHULEN BRAUCHT DAS LAND

Unter dem Titel „Auslastung: Nicht genügend!“ präsentierte die vierte Leerstandskonferenz Vorzeigeprojekte zu den Theman Sanierung, Um- und Neubau sowie Redimensionierung von Schulen.

Hemma Fasch, a.o. Prof. TU Wien und Referentin der Leerstandskonferenz 2015, präsentiert das Projekt Schulzentrum Feldkirchen (OÖ).

FOTO: © anune fotologie

Wie auch immer die kommunale Schulbauaufgabe aussieht: entscheidend ist der ganzheitliche, über das Bauliche hinausgehende Blick auf das Vorhaben. „Zeitgemäßer Lern- und Lehrraum für Schüler/innen und Lehrer/innen darf nicht an Kriterien wie Putzbarkeit, Sicherheit, Brandschutz, Baukosten und Betriebskosten scheitern. Das gebaute Ergebnis zeugt von der Qualität des Konzeptions- und Gestaltungsprozesses, das gilt auch für atmosphärische und ästhetische Aspekte von Schularchitektur. Wo vorne nur Anstalt hineingedacht wird, kommt hinten auch nur Anstalt raus“, so Michael Zinner, Assistenzprofessor an der Kunstuniversität Linz und Leiter des Forschungsschwerpunkts schulRAUMkultur.

Die Leerstandskonferenz fand am 15. und 16. Jänner 2015 in Leoben statt. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf fünf Vorzeigeprojekte, sowohl aus kleinen Gemeinden mit nur 300 Einwohner/innen, als auch aus Städten mit einer Bevölkerung jenseits der 20.000. Jedes einzelne belegt den Mehrwert eines dem Bauvorhaben vorangehenden offenen Denkprozesses, an dem Schüler/innen, Eltern, Lehrende und die Gemeindeverantwortlichen teilhaben.

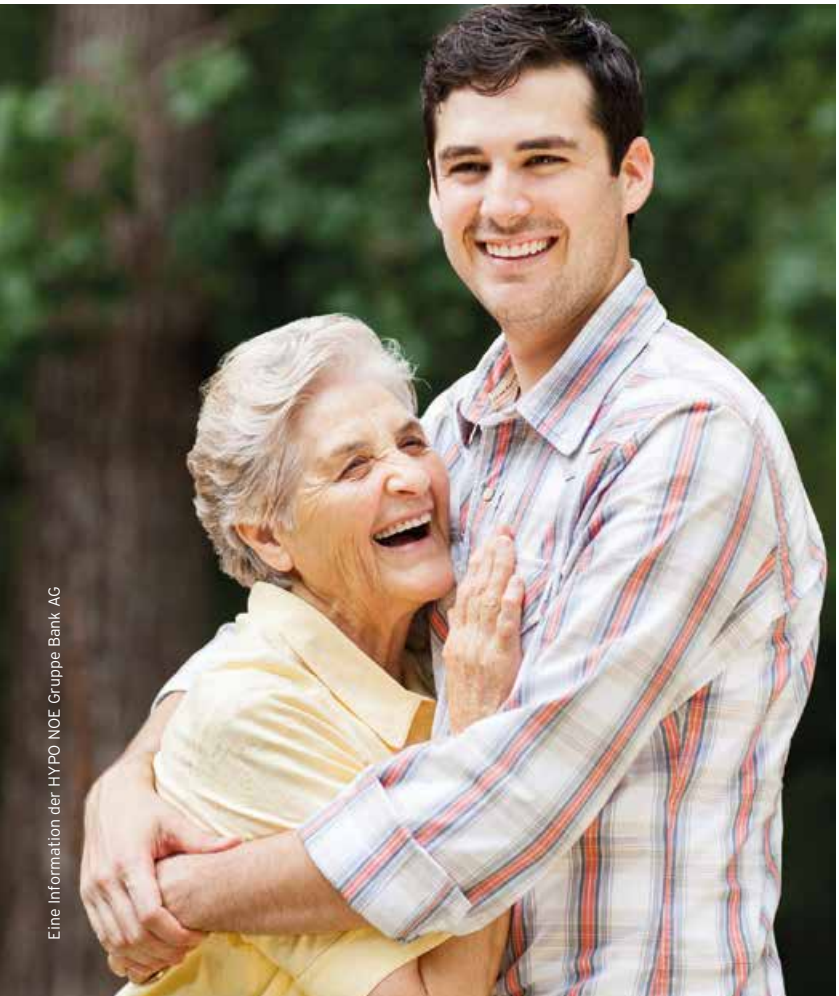
Ende der 1980er-Jahre entwarf Architekt Roland Gnaiger gemeinsam mit Markus Schatzmann, dem Gründer und ehemaligen Direktor der Schule Warth (Vorarlberg), ein auf die kleine Gemeinde zugeschnittenes Schulmodell samt Gebäude. In je einer einklassigen Volks- und Hauptschule wurden bis zu 50 SchülerInnen unterrichtet. Das Raumprogramm kombiniert offene mit individuellen Bereichen und ermöglicht so einen jahrgangsübergreifenden Unterricht. Derzeit ist die Schule mangels Schüler/innen geschlossen. Eine Reaktivierung des Schulstandorts ist jedoch geplant.

Nach der Sanierung der Neuen Mittelschule und dem Neubau der Volksschule nutzen die Schüler/innen am Schulzentrum Feldkirchen (Oberösterreich) sehr viele Räume gemeinsam. Im sogenannten Clustermodell sind vier Volksschulklassen zu einer Gruppe mit einem gemeinsamen „Marktplatz“ zusammengefasst. Der Eingangsbereich ist gleichzeitig Aula, Aufenthaltsort, Bibliothek und Lesetreppe. Das Clustermodell und die gemeinsame Eingangshalle ermöglichen ein „Miteinander“ der einzelnen Klassen und Schultypen.

Ein weiteres Ergebnis der Tagung: Wenn sich Schulen mit externen Institutionen und Unternehmen vernetzen, profitiert auch die Gemeinde. Aktivitäten außerhalb des Lehrplans stärken die Bindung der Schüler/innen und Lehrer/innen an den Standort.

DIE LEERSTANDSKONFERENZ

... ist ein Diskussionsformat, entwickelt vom Büro nonconform architektur vor ort. Mehr Infos und Videomitschnitte einiger Vorträge unter: **www.leerstandskonferenz.at**



www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.
Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at.**
Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.

HYPO NOE

CROWDFUNDING

JEDER KANN EIN PROJEKT STARTEN

In den Schubladen der Gemeindeämter Österreichs liegen vermutlich tausende Projekte, denen zur Verwirklichung „nur Geld“ fehlt. Eine Initiative bringt eine Finanzierungsform nach Österreich, mit der sich vieles verwirklichen lassen würde.

Das Zauberwort heißt „Crowdfunding“ und sollte – dies gleich vorweg – nicht mit „Crowd Investing“ verwechselt werden. Crowd Investing ist eine hoch riskante Angelegenheit, die noch dazu aufsichtspflichtig ist. Das von einem Team der BAWAG P.S.K.entwickelte Crowdfunding für Österreich ist im wesentlichen ein Treuhandkonto, auf das eingezahlt und über das ein Projekt abgewickelt wird.

Finanzielles Risiko gibt es dabei keines, denn bei Nichterreichen des für das Projekt nötigen Betrages gehen alle Beträge an die „Funder“ zurück. Im Grunde ist es ganz einfach. Jeder Projektinitiator – ob Einzelperson, NGO, Start-up oder eben eine Gemeinde – kann ein Crowdfunding-Projekt starten. Projekte können online über www.crowdfunding.at eingereicht werden. Auf dieser Seite gibt es auch einiges an Hilfe und Beispiele, wie ein Projekt strukturiert werden sollte. Allerdings können Projekteinreicher auch auf Hilfe durch persönliche Gespräche zugreifen.

Nach erfolgter Einreichung entscheidet eine Jury aus den

Ge*STADT*en:

STAUSBERG, bekannt seit 40 Jahren für Stadtmöbel und Spielgeräte, wird jetzt Teil der NUSSER GRUPPE. Ein neuer, starker Zusammenschluss, der Zeichen setzt in Produktvielfalt und Innovation.

Stausberg Stadtmöbel GmbH
Kremszell 3
4531 Kematen a. d. Krems
Telefon +43 (0)7258/5711

stausberg.at

NUSSER STADTMÖBEL + STAUSBERG = STAUSBERG STADTMÖBEL

„Wichtig ist uns, dass die **Projekte in Eigenverantwortung** initiiert und durchgezogen werden."

Isolde Bornemann

verschiedensten Experten und Expertinnen, ob ein Projekt die Crowdfunding-Kriterien erfüllt. „Wichtig ist uns, dass es Privatpersonen oder Vertreter von Gemeinden und keine Consulter sind, die stellvertretend einreichen", so Isolde Bornemann von der Abteilung Corporate Marketing der BAWAG P.S.K., eine der treibenden Köpfe hinter der Initiative.

Sie präzisiert auch die Projekteigenschaften, auf die Wert gelegt wird. So müssen Ideen für Crowdfunding einen sozialen oder unternehmerischen Hintergrund haben. Es muss ein konkretes Ziel oder eine konkrete Idee geben. Das Projekt muss realisierbar und ein Ergebnis in absehbarer Zeit sichtbar sein. „Üblicherweise," so Rudolf Leeb, Leiter der Abteilung Sponsoring bei der BAWAG P.S.K., „beginnt der Finanzierungsbedarf für soziale Projekte bei 1000 Euro und bei unternehmerischen bei 2500 Euro. Maximal kann der Finanzierungsbedarf bei 250.000 Euro liegen."

Möglichkeiten für Crowdfunding im Bereich der Gemeinde sind vielseitig: Es könnten neue Uniformen für die Blasmusikkapelle sein oder etwas für den Trachtenverein. Oder neue Computer für eine Computerklasse in der Volksschule.

Damit diese Beträge zustande kommen, empfehlen die Initiatoren, Belohnungen – sogenannte „Rewards" – für die „Spender" vorzusehen. Also beispielsweise die Anbringung von Namenstafeln am neuen Kletterturm des Kinderspielplatzes, dessen Finanzierung ebenfalls ein geeignetes Projekt darstellen würde.

Crowdfunding-Projekte werden nur verwirklicht, wenn die Finanzierung zu 100 Prozent zustande gekommen ist. Bei Zustandekommen fällt eine vierprozentige Verwaltungsgebühr an.
Klappt die Finanzierung nicht, wird das eingezahlte Geld an die Spender zurücküberwiesen. Dadurch ist Crowdfunding für den oder die Initiatoren risikolos.

Die Initiative ES GEHT! will Bewegungen entstehen lassen, Initiativen fördern, Menschen und Gemeinschaften verbinden und diese ermutigen, gemeinsam einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zu nehmen.
www.es-geht.at
www.crowdfunding.at

PYRA®
PYRA® Pflanzenpyramiden
Verkehrsberuhigung, Begrünung und attraktives Stadtmobiliar in einem
+49 30 63 22 71 700
www.pyra.info
• In 5 Größen als Stand- und Wandpyramide
• Flexible Einsatzmöglichkeiten und Standorte
• Einfacher Transport – mit Hubwagen, Gabelstapler oder Kran
• Saisonale Bepflanzung
• Vorkultivieren im Gewächshaus
Für die Außengastronomie:
PYRA Pflanzenwände
RESTAURANT GRENANDER

Energieeffiziente Gemeindegebäude

GUTE PLANUNG IST DIE KOSTENGÜNSTIGSTE ENERGIESPARMASSNAHME

Wer einen Neubau oder eine Sanierung plant und sicher gehen will, dass sein Bauwerk auch längerfristig seinen Wert behält, muss sich mit Fragen des energieeffizienten, gesunden und ökologischen Bauens auseinandersetzen. Über die Lebensdauer eines Gebäudes gesehen, fallen je nach Gebäudeart 60 bis 80 Prozent der Gesamtkosten während der Nutzungsphase an. Eine optimal gedämmte Gebäudehülle, erneuerbare Energieträger und eine effiziente Haustechnik rentieren sich.
Ob beim Neubau eines Kindergartens oder der Sanierung des Gemeindeamts: klimaaktiv, die Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, bietet Hilfestellung und Beratung für Gemeinden an. Ein kostenloser Grobcheck liefert eine erste Einschätzung von Energiesparpotentialen des Gemeindegebäudes. Geförderte Beratungen unterstützen Sie bei der Planung und Umsetzung Ihres Bauvorhabens. Der klimaaktiv Gebäudestandard gibt eine Anleitung für nachhaltiges Bauen und Sanieren. Mithilfe von Online-Tools, Leitfäden und Broschüren können Sie sich informieren, ob die Sanierungsmaßnahme optimal geplant ist oder was ein Umstieg auf ein modernes erneuerbares Heizsystem bringt.
Diese und viele weitere nützliche Informationen finden Sie auf **klimaaktiv.at/gemeinden**

Der Kindergarten Muntlix in Zwischenwasser (Vorarlberg) wurde im klimaaktiv GOLD-Standard errichtet.

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Initiative zur Konjunkturbelebung

Mehr als 60 Bürgermeister und Amtsleiter aus Salzburg informierten sich Mitte Februar auf Einladung der Salzburg Wohnbau über die neue Wohnbauförderung und ihre Auswirkungen auf Gemeinden. Dabei standen auf der Burg Golling auch die neuen Richtlinien zur Abwicklung der Förderungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds und die damit verbundenen raschen Umsetzungsmöglichkeiten von Bauprojekten, im Mittelpunkt.
www.salzburg-wohnbau.at

Straßentafeln und Hausnummernschilder
mit Einbrennlackierung

- Lange Haltbarkeit
- Aluminiumplatten mit erhabener Prägung
- Verschiedene Grund- und Textfarben, Schriften und Formate

KOMMUNALBEDARF.AT
Alles für Ihre Gemeinde
www.kommunalbedarf.at

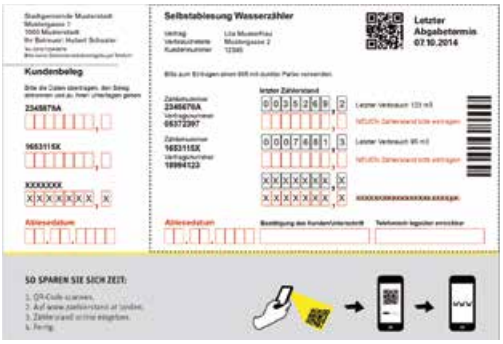
www.kommunalbedarf.at

KEINE ANWESENHEIT MEHR ERFORDERLICH

ZÄHLERSTAND SELBST ABLESEN

Die Comm-Unity EDV GmbH – Komplettlösungsanbieter für kommunale Verwaltung – hat gemeinsam mit der Österreichischen Post AG einen Service ins Leben gerufen, bei dem Städte, Gemeinden, Verbände und Genossenschaften die Zählerstandsablesung einfach, schnell und günstig abwickeln. So entfallen nicht nur Verwaltungsschritte bei den Behörden, auch die Anwesenheitspflicht der Bürger ist nicht mehr Voraussetzung!

Mittels leicht zu bedienender Schnittstelle zwischen dem EDV-System des Energieversorgers und **www.zaehlerstand.at** werden die Daten der Abnehmer eingespielt – danach geht alles wie von selbst. Druck und Zustellung der Response.Card erfolgen zentral durch die Post. Der Abnehmer kann seinen Zählerstand entweder auf der integrierten Selbstablesekarte eintragen und kostenlos retournieren oder mittels angedrucktem QR-Code sowie im Internet elektronisch bekannt geben. Die Post scannt im Anschluss die eingelangten physischen Karten und übermittelt die Bild- und Metadaten gemeinsam mit den elektronisch erhobenen Werten an den Versorger. Mit der Selbstablesekarte in Verbindung mit **www.zaehlerstand.at** wird der finanzielle und zeitliche Aufwand für den Versorger erheblich reduziert. Fast 60 Städte, Gemeinden und Verbände, wie auch St. Ruprecht an der Raab, sowie rund 85.500 Bürger profitieren bereits von den Vorteilen!



So sieht eine Selbstablesekarte mit integrierter Antwortkarte aus.

COMM UNITY

WEITERE INFOS
Österreichische Post AG
0800 212 212
www.post.at/geschaeftlich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

IHR KOMPETENTER PARTNER ZUM THEMA ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE

CTX CONTAINEX

Der führende Anbieter für mobile Raumsysteme!

Kindergarten mit attraktiver Außenverkleidung

Asylbewerberunterkunft

Schule zweistöckig mit Sekundärdach

Ihre Vorteile:
- Spezielle Ausstattungen für Asylbewerberunterkünfte
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/Schulen
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Das Produktprogramm:
- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

ENERGIE

BIOMASSE SCHAFFT ARBEITSPLÄTZE UND WERTSCHÖPFUNG

Eine Studie über die Klima- und Energieregion Hartberg zeigt, wie positiv sich der konsequente Einsatz von Holz statt Öl und Gas auswirkt.

Feste Biomasse liefert einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung Österreichs mit nachhaltig und klimaschonend produzierter Energie – insbesondere im Wärmesektor. Zu den wichtigsten Vorteilen fester Biomasse im Vergleich zu fossilen Energieträgern zählen:

- die Schaffung regionaler Wertschöpfung und Beschäftigung,
- die Stärkung regionaler Kaufkraft,
- die Erhöhung der Versorgungssicherheit,
- die Vermeidung von Treibhausgasemissionen.

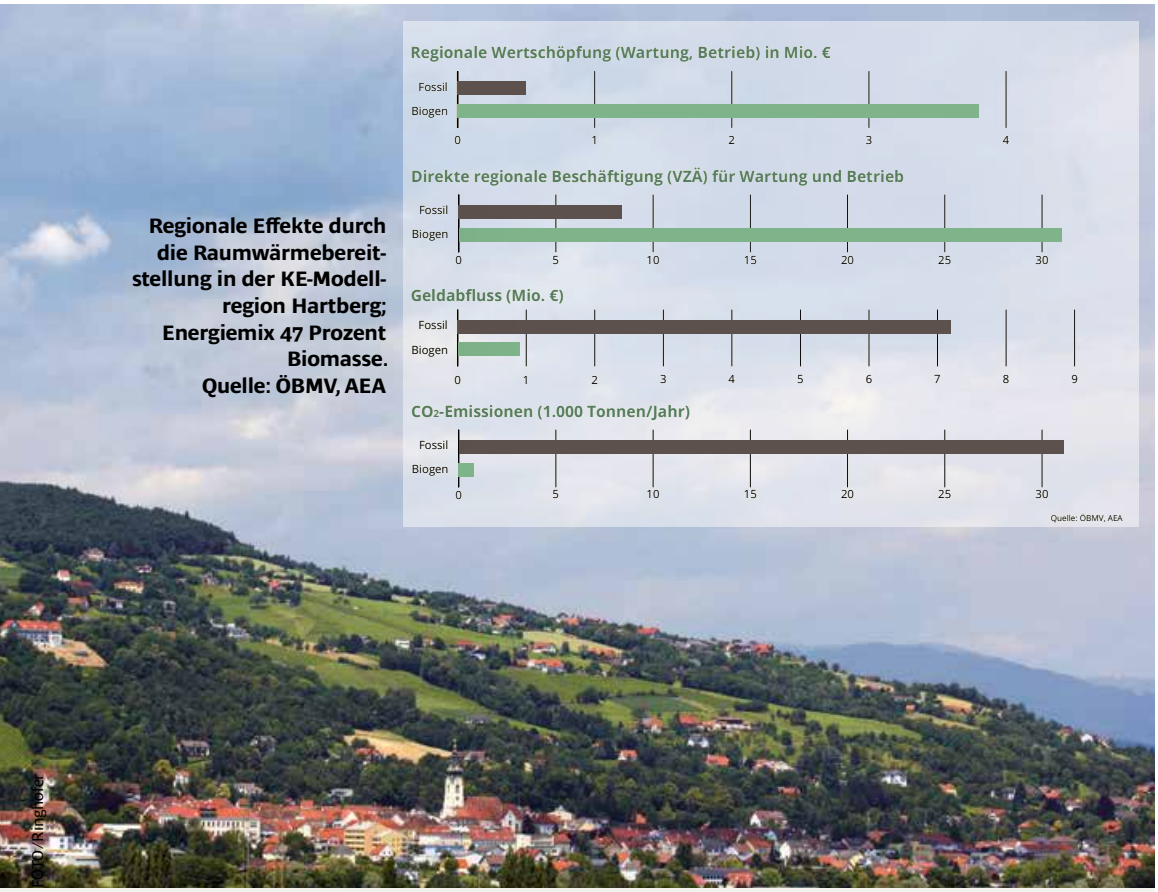
Beim Einsatz von Biomasse können Energieimporte mit relativ geringer regionaler Beschäftigungsintensität durch regional verfügbare Rohstoffe mit relativ hoher regionaler Beschäftigungsintensität ersetzt werden. Dies führt zu deutlich positiven gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten im regionalen Umfeld. Eine Studie der Österreichischen Energieagentur im Auftrag des Österreichischen Klima- und Energiefonds zeigt erstmals auf, wie hoch die direkten regionalen Beschäftigungseffekte aus der Biomassenutzung für die Wärmeproduktion im Vergleich zu den regionalen Beschäftigungseffekten aus der Nutzung fossiler Energieträger sind.

Was die direkte regionale Wertschöpfung betrifft, so liegt der größte Unterschied zwischen fossilen Energieträgern und der Bioenergie darin, dass bei der Bioenergienutzung die gesamte Brennstoffkette – von der Waldpflege über den Holztransport, die Produktion von Scheitholz und Hackgut bis vor den Ofen oder Heizkessel – im Idealfall regional beschäftigungswirksam ist. Eine bestimmte biogene Energiemenge (Berechnungsbasis 1 Terajoul [TJ], das entspricht 114 Festmetereinheiten), bewegt sich durch die Region, und zwar von der Waldpflege bis zur Endnutzung im Kessel oder Ofen. Auf ihrem Weg schafft sie regionale Beschäftigung bzw. ist umgekehrt regionale Beschäftigung notwendig, um diese biogene Energiemenge aus dem Wald über das Sägewerk oder den regionalen Biomassehof bis zum Endverbraucher zu bewegen, sie entlang dieses Weges zu verändern, zu veredeln und sie in einen nutzbaren Brennstoff für den Endverbraucher zu verwandeln.

Auch um fossile Energieträger – beispielsweise von der Ölquelle über den Öltanker, durch die Raffinerie und mit dem Tankwagen – bis zum Endverbraucher zu bringen, ist Beschäftigung notwendig. Diese fällt allerdings nicht regional an, sondern auf der Strecke zwischen dem Ursprungsland des Energieträgers (z. B. Kasachstan, Nigeria, Russland oder Libyen), entlang des Transportweges (Öltanker) bis zum Ort der Verarbeitung und Umwandlung (Raffinerie). Die fossile Energie überschreitet die Grenze der Region erst kurz vor ihrer Nutzung als Endenergie beim Endverbraucher – im Gegensatz zur Biomasse, deren Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte großteils regional wirksam sind.

Um ein TJ Holz vom Wald über verschiedene Zwischenschritte (wie z. B. einen regionalen Biomassehof) und ein Nahwärmesystem letztlich als Wärme bis zum Nahwärmekunden zu bringen, sind ungefähr 168 regionale Arbeitsstunden notwendig (siehe Kasten rechts). Die Arbeitsstunden variieren nach Heizsystem und nach der Art der dafür erforderlichen Brennstoffbereitstellung. Für ein TJ Brennholz, das in einem Scheitholzkessel verbrannt wird, sind 143 direkte regionale Arbeitsstunden notwendig, bei einem Kachelofen sind es 192 Arbeitsstunden.

Der Betreiber einer Ölheizung sichert etwa 21 direkte regionale Arbeitskräftestunden pro TJ, der Betreiber einer Erdgasheizung löst etwa zehn Arbeitskräftestunden an direkter regionaler Beschäftigung aus.



Regionale Effekte durch die Raumwärmebereitstellung in der KE-Modellregion Hartberg; Energiemix 47 Prozent Biomasse. Quelle: ÖBMV, AEA

FOTO: Ringkogel

Der Ortskern von Hartberg mit dem Ringkogel im Hintergrund.

Die **Klima- und Energie-Modellregion** Hartberg

Die in der Studie untersuchte Klima- und Energie-Modellregion (KEM) Hartberg liegt in der Steiermark und hat rund 12.600 Einwohner. Knapp die Hälfte der Heizwärme wird durch Holz aus der Region erzeugt, der Rest großteils durch Heizöl.
Das Ergebnis der Studie spricht eine klare Sprache und wird noch deutlicher, wenn man Extremszenarien betrachtet: Würde die Region Hartberg komplett mit Biomasse heizen, stiege die Zahl der Arbeitsplätze durch Betrieb und Wartung der Heizanlagen im Vergleich zu einer Komplettabdeckung mit fossilen Energien von 17 auf 61. Der Geldabfluss aus der Region für Brennstoffe, Betrieb und Wartung der Anlage würde sich um 13,5 Millionen Euro reduzieren, und die CO_2-Emissionen durch das Heizen würden um 56.000 Tonnen verringert werden. Hinzu käme, dass sich die Brennstoffkosten für die Bevölkerung durch den Umstieg auf Biomasse stark verringern würden. Diese Zahlen machen klar: Heizen mit Holz verringert den Geldabfluss, schafft Wertschöpfung in der Region, spart Brennstoffkosten und schützt das Klima. Kurz gesagt: Gute Wärme wächst nach.

UM EIN TERAJOUL HOLZ VOM WALD über verschiedene Zwischenschritte (wie z. B. einen regionalen Biomassehof) und ein Nahwärmesystem letztlich als Wärme bis zum Nahwärmekunden zu bringen, sind ungefähr

168
REGIONALE ARBEITSSTUNDEN NOTWENDIG.

16 Arbeitsstunden werden für Waldpflege und Waldbaumaßnahmen aufgewendet.

68 Arbeitsstunden kommen für das Fällen, Rücken, die Servicierung des Maschinenparks und den Holztransport dazu.

17 Arbeitsstunden fallen für die Produktion des Hackgutes und dessen Transport zum Heizwerk an.

17 Stunden kommen administrative Arbeiten wie Verrechnung und Planung dazu.

50 Stunden sind für den Betrieb des Heizwerkes und die Wartung der Übergabestation notwendig.

ÖSTERREICHISCHER BIOMASSE-VERBAND
AUSTRIAN BIOMASS ASSOCIATION

powered by klima+ energie fonds

MEHR INFOS
Österreichischer Biomasse-Verband

www.biomasseverband.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WIENS STADTRAT OXONITSCH IM GESPRÄCH

AUSBAU WIRD WEITER FORCIERT

In Zukunft will Wien noch mehr Kinderbetreuungsplätze für Null- bis Dreijährige schaffen und die Anstrengungen bei der sprachlichen Frühförderung erhöhen, schildert Wiens Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch im Interview mit KOMMUNAL.

Herr Stadtrat, Herr Gemeinderat, fühlen Sie sich eigentlich eher als Landes- oder als Kommunalpolitiker?
Sowohl als auch. Wien hat als Gemeinde eine Vielzahl von Aufgaben, die gerade in meinen Arbeitsbereich als Bildungsstadtrat fallen: Dazu zählen vor allem die Kindergärten oder die Erhaltung und der Neubau von Schulen, die wir nach modernsten pädagogischen Erkenntnissen planen und umsetzen. ...

Wien hat mit 104 Prozent bei den Drei- bis Sechsjährigen die mit Abstand höchsten Versorgungsquoten. Warum diese Über-Deckung und was peilen Sie für die Null- bis Dreijährigen an?
Tatsache ist: Auch 104 Prozent Versorgung bedeuten nicht, dass jedes Kind seinen Wunschkindergartenplatz bekommt, weil die Auslastung unterschiedlich ist. Eltern suchen nicht unbedingt immer in Wohnungsumgebung einen Betreuungsplatz, sondern auch in Arbeitsplatznähe oder in der Nähe der Oma etc. Intensiv neue Plätze werden für Null- bis Dreijährige geschaffen: Hier möchten wir schon bald die 50-Prozent-Marke erreichen. Das kostet natürlich viel Geld, weil nicht nur der eigene, sondern auch der laufende Betrieb privater Plätze von der Stadt gefördert wird. Insgesamt umfasst das Budget für den gesamten Kindergartenbereich heuer über 700 Mio. Euro.

Die **VERSORGUNGSQUOTE** der Null- bis Dreijährigen liegt bei 40 Prozent (EU-Vorgabe: 33 Prozent), bei den Drei- bis Sechsjährigen sogar bei 104,9 Prozent.

In Wien ist der Kindergarten nicht nur im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei, sondern bereits in der Krabbelstube. Wie stellt Wien die Finanzierung sicher?
Wir haben bereits vor Beginn des Projektes „Gratiskindergarten" klargestellt, dass es sich um eine nachhaltige Maßnahme im Bildungsbereich handelt, die allen Wiener Familien zugute

FOTO: Votava

kommen soll. Und wir stehen – im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern – nach wie vor dazu: Der Gratiskindergarten in Wien bleibt, das Budget ist für die nächsten Jahre gesichert.

Wo werden zukünftig die Prioritäten im frühkindlichen Bereich gesetzt?
Wir sehen den Kindergarten vor allem als erste Bildungsinstitution, wo jedes Kind, unabhängig von Einkommen, Bildung und Herkunft mit gezielten, individuellen Angeboten unterstützt wird. Als erstes Bundesland hat Wien bereits 2006 einen eigenen Bildungsplan erarbeitet. Das Thema Sprache spielt auch in Zukunft eine wichtige Rolle: Derzeit sind 120 SprachförderassistentInnen im Einsatz, die Zahl dieser wird nun auf 240 verdoppelt, nachdem es nun endlich zu einem positiven Verhandlungsergebnis mit dem Bund gekommen ist und es eine neue 15a-Vereinbarung zu diesem Thema geben wird.

Vom Ausbau der Ganztagsbetreuung profitieren Menschen mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien.

„Sinnvoll wäre ein Ausbau der **sprachlichen Frühförderung** auf Vierjährige."

Christian Oxonitsch,
Wiener Stadtrat

Wie stehen Sie zu einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr?
Tatsache ist, dass gerade in Wien über 91 Prozent der Vierjährigen bereits im Kindergarten sind. Ich wehre mich nicht gegen ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr, sinnvoller wäre aber eine Ausdehnung der frühen sprachlichen Frühförderung bereits auf vierjährige Kinder.

Wien hat einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration?
Es ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Internationale Studien belegen ganz klar, dass von Ganztagsbetreuung vor allem auch Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder aus sozial schwachen Familien profitieren.

In den kleinen und mittleren Gemeinden gibt es große Skepsis gegen die Forderung nach einer Akademisierung der PädagogInnen. Wie stehen Sie dazu?
Da der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung für Kinder ist, stellt die Elementarpädagogik eine gesellschaftlich besonders wichtige Rolle dar. Jeder Schritt in Richtung Akademisierung ist daher zu begrüßen, auch wenn ich von einer Verpflichtung nicht viel halte. In meiner Vorstellung soll künftig jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter die Möglichkeit haben, eine durchgängige Bildungskarriere im elementarpädagogischen Bereich zu absolvieren. Das heißt, im Kindergarten sind Menschen mit unterschiedlichsten Ausbildungsgraden und unterschiedlichen Aufgaben tätig – vom Assistenten bzw. der Assistentin bis zum Leiter bzw. der Leiterin mit akademischer Ausbildung.

Zaunteam
Starke Zäune. Starkes Team.

Individuelle und sichere Zaunlösungen für Ihre Projekte
Größte Auswahl, persönliche Beratung und fachgerechte Montage erhalten Sie bei Zaunteam, Ihrem Spezialist für Zäune und Tore.

www.zaunteam.at
Gratis-Tel. 0800 84 86 888

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WACKER NEUSON IN ÖSTERREICH

Wir bieten Ihnen Lösungen!

Wacker Neuson bietet in Österreich neben einem breiten Produktsortiment, das von Beleuchtungsgeräten, über Aufbruchtechnik bis hin zu Radladern mit passenden Anbaugeräten reicht, stets eine passende Lösung: Neben der persönlichen Betreuung und kurzen Wegen durch das österreichische Niederlassungsnetz, verfügen alle Wacker Neuson Standorte über qualifizierte Mitarbeiter und professionelle Werkstätten. Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten sind durch die mobilen Servicetechniker bei Bedarf auch direkt vor Ort möglich und eine schnelle Ersatzteilversorgung garantiert, dass Maschinen nicht lange still stehen. Eine Hotline stellt sicher, dass immer ein Ansprechpartner erreichbar ist. Beim Kauf einer Maschine oder eines Gerätes bei Wacker Neuson in Österreich haben Kunden die Möglichkeit, die Herstellergarantie von 36 Monaten kostenlos um weitere 24 Monate zu verlängern.

WACKER NEUSON

KONTAKT
Wacker Neuson GmbH
Tel.: 0810 20 20 30
E-Mail:
info-at@wackerneuson.com
www.wackerneuson.at

Zäune und Tore sollten mit Bedacht gewählt werden.

Sicherheit, Stabilität und Design

Zäune und Tore sind die Visitenkarten von Liegenschaften und müssen teilweise hohe Sicherheitsanforderungen erfüllen. Eine vielseitige Auswahl sowie Montageleistungen bietet die Firma Zaunteam, welche mit über 75 Standorten in Österreich, Deutschland und der Schweiz vertreten ist. Sind die Ansprüche an kurze Zykluszeiten hoch? Dann ist das Doppelflügelfalttor die passende Eintrittsregulierung. Dieses System ersetzt durch kurze Öffnungs- und Schließzeiten die Kombination von Tor und Schranke und benötigt an den Seiten im Gegensatz zum Schiebetor keinen Platz. Dieses Tor ist die richtige Wahl für bis zu 500 Öffnungszyklen pro Tag.

www.zaunteam.com
Weitere Informationen erhalten Sie auf der Webseite www.zaunteam.com, im kostenlosen Zaunteam-Katalog oder unter der Gratis-Tel. 0800 84 86 888.

sanitube ist die kreative Antwort für innovative Sanitäreinrichtungen im öffentlichen Raum.

Sie ist in zwei Kabinen geteilt. In der Mitteltrennwand verbirgt sich die gesamte Ver- und Entsorgung der Einheit. Die Ausstattung ist nach Bedarf konfigurierbar.

sanitube ist solide und trotzdem mobil. Die Platzierung vor Ort erfolgt mit geringem Aufwand, da kein Fundament erforderlich ist.

Ab Werk fertig geliefert benötigen Sie nur noch Kanal-, Wasser und Stromanschluss.

C.Bergmann | stadt. raum. agenten OG

www.sanitube.at
info@sanitube.at
+43 676 / 444 9 888

BUCHTIPP

EU-Topia

Die weltweite wirtschaftliche und politische Dynamik der letzten Jahrzehnte stellt Europa vor neue, ungeahnte Herausforderungen; vieles ist unsicher und unkalkulierbar geworden. Das Buch der beiden Autoren Werner Hauser und Peter Schachner-Blazizek sucht – auf Basis der Auseinandersetzung mit den wichtigsten Strömungen der Vergangenheit und Gegenwart – Lösungswege und -ideen aufzuzeigen. Das Buch ist im März 2015 im Neuen Wissenschaftlichen Verlag (NWV) erschienen und kostet 22,80 Euro.
ISBN: 978-3-7083-1017-6 **www.nwv.at**

3. KOMMUNALFORUM ALPENRAUM

„SCHUTZ KANN NUR GEMEINSAM FUNKTIONIEREN“

Experten zeigten bei der grenzüberschreitenden Veranstaltung in Kundl, wie die Gemeinden ihre Schutzaufgaben auch in Zukunft erfüllen können.

Rund 70 Gemeindevertreter informierten sich beim 3. Kommunalforum Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl über die Rolle der Gemeinden im modernen Naturgefahrenmanagement. „Der Bürgermeister ist der wichtigste Naturgefahrenmanager“, sagte Dr. Florian Rudolf-Miklau von der Wildbach- und Lawinenverbauung aus Wien. Eine essentielle Aufgabe der Gemeinden sei es, die Schutzmaßnahmen zu erhalten. Darüber hinaus gelte es, die Bevölkerung regelmäßig an das Gefahrenpotenzial zu erinnern, die Gemeinden müssten ein Risikobewusstsein schaffen. Bürgermeister Werner Tschurtschenthaler aus dem Südtiroler Innichen stellte die geplanten Maßnahmen an der Drau vor, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden. Sein Fazit: „Hochwasserschutz kann nur gemeinsam funktionieren, alle Beteiligten müssen zusammen Lösungen finden.“

In einer Talkrunde diskutierten Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Josef Steigenberger (Bayerischer Gemeindetag) und Innsbrucks Vizebürgermeister Christoph Kaufmann. Mödlhammer: „Im Hochwasserschutz brauchen wir nicht nur Gefahrenzonenpläne, sondern mehr Rückhalteräume. Außerdem sind klare und einheitliche Rechtsnormen notwendig, was in einer roten Zone gebaut werden darf und was nicht.“

Über das Kommunalforum Alpenraum: Das grenzüberschreitende Kommunalforum Alpenraum findet seit 2013 in Kundl statt. Kooperationspartner sind der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Städtebund und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner.

Werner Tschurtschenthaler (Bürgermeister Gemeinde Innichen), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband), Linder-Geschäftsführer Hermann Lindner, Helmut Mödlhammer (Präsident Österreichischer Gemeindebund), Josef Steigenberger (Bayerischer Gemeindetag)

KONTAKT
Innovationszentrum Tirol
Weinberg 25
6250 Kundl in Tirol
Tel.: +43 5338 7420-120

www.kommunalforum-alpenraum.eu

FOTOS/Lindner / Mühlanger

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

„Leasing ist für unseren Bauhof die optimale Variante.“
Ing. Reinhard Berger, Bürgermeister von Mariasdorf
Das ist die Realität!

BIRDLIFE ÖSTERREICH KOOPERIERT MIT FORUM MINERALISCHE ROHSTOFFE

LEBENSRÄUME FÜR BEDROHTE VOGELARTEN

Vögel gelten als die beliebteste Tiergruppe weltweit. Sie sind aber auch wichtige Indikatoren für eine intakte Natur und eine lebenswerte Umwelt

FOTO/Roland

Die Kooperation hat das Ziel, verstärkt mögliche Vorteile für die Natur aufzuzeigen und Anregungen für die Umsetzung von konkreten betrieblichen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung wertvoller Lebensräume zu liefern.

Der Erhalt und die Sicherung vielfältiger naturnaher Lebensräume sind die wichtigsten Anliegen im Naturschutz. Steinbrüche, Sand-, Kies- und Tongruben stellen oft besondere „Überlebensräume" für Tiere und Pflanzen dar, die unter anderem aufgrund intensiver Landwirtschaft und Gewässerregulierungen in der Natur kaum mehr vorkommen. Dieses Potenzial an Biodiversität gilt es zu nutzen.

Der sorgsame Umgang mit der Natur und der Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten sind seit vielen Jahren wesentliche Nachhaltigkeitsziele der Mitglieder des Forums Rohstoffe. Die mit BirdLife Österreich eingegangene Kooperation soll ein weiterer Impuls sein und hat die Weiterentwicklung des Umwelt- und Verantwortungsbewusstseins der Rohstoffgewinnungsbranche und damit das Erzielen eines konkreten Mehrwerts für den Naturschutz zum Ziel.
Mit BirdLife steht dem Forum Rohstoffe ein Partner zur Verfügung, der bestens vernetzt ist und höchste Glaubwürdigkeit in Fragen des Natur- und Umweltschutzes genießt. Aber auch die Fachkompetenz vieler Unternehmen ist essenziell für die Lösung der Herausforderungen in der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen.

Neue Lebensräume für bedrohte Arten. Steinbrüche und Kiesgruben können Lebensräume auf Stein- und Kiesböden, Sandwänden, Felswänden und Vernässungen für bedeutende Tier- und Pflanzenarten bieten, z. B. trockenheitsliebende Blumen, Wildbienen, Frösche und Höhlenbrüter wie Uferschwalbe und Bienenfresser. Viele von ihnen haben durch intensive Landnutzung ihre natürlichen Lebensräume verloren und sind nun auf menschengemachte Lebensräume wie Sand- und Kiesgruben und Steinbrüche angewiesen. Dies ist auch bei der Nachnutzung bzw. Rekultivierung zu berücksichtigen. Andererseits bedeuten die Anlage und Erweiterung von Gewinnungsbetrieben unter Umständen den Verlust von natürlichen oder naturnahen Lebensräumen. Die Abwägung dieser Vor- und Nachteile lag und liegt auch weiterhin in der Zuständigkeit der Behörden.
Die Kooperation von BirdLife und dem Forum Rohstoffe hat das Ziel, verstärkt mögliche Vorteile für die Natur aufzuzeigen und Anregungen für die Umsetzung von konkreten betrieblichen Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung wertvoller Lebensräume zu liefern.

BirdLife Österreich ist seit der Gründung 1950 die nationale Vertretung von BirdLife International, der führenden Autorität in Vogelschutzfragen und des weltweit größten Netzwerks an Naturschutz-Organisationen mit Vertretungen in 120 Ländern, über 13 Millionen Unterstützern und mehr als 2,7 Millionen Mitgliedern.

MEHR INFOS
Forum mineralische Rohstoffe
Mag.iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

BirdLife Österreich
DI Christof Kuhn
Museumsplatz 1/10/8
1070 Wien
Tel.: 0676/372 56 31
christof.kuhn@birdlife.at
www.birdlife.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

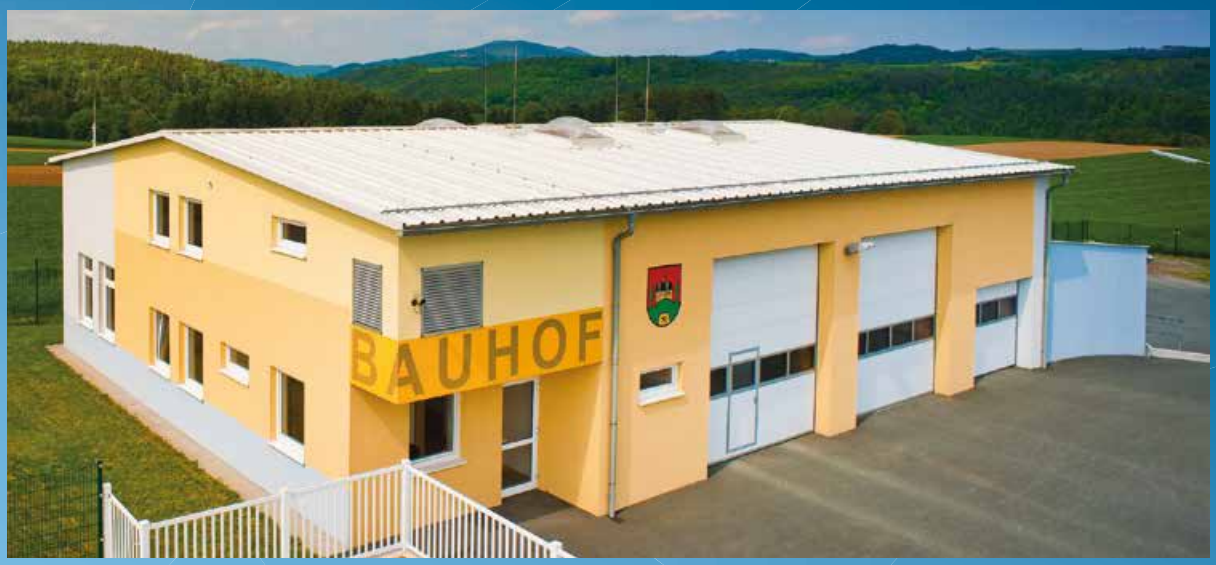
www.erstegroupimmorent.at

„Leasing ist für unseren Bauhof die optimale Variante."

Ing. Reinhard Berger, Bürgermeister von Mariasdorf

Das ist die Realität!

Mariasdorf im Burgenland hat ähnliche Herausforderungen wie alle Gemeinden: Sanierungen, Wartungen und Neuinvestitionen kosten Geld. Dank einer Leasingfinanzierung durch die Erste Group Immorent hat die Marktgemeinde trotz angespannter Budgetsituation einen neuen Bauhof sowie eine Sammelstelle für Alt- und Problemstoffe.



„Das war kein Zustand für eine moderne Gemeinde", erzählt Ing. Reinhard Berger, Bürgermeister von Mariasdorf. „Das ehemalige Stallgebäude ohne Sanitäranlagen konnte der Funktion eines Bauhofs nicht gerecht werden." Wie viele andere Kommunen hat das Dorf im südlichen Burgenland allerdings mehrere Baustellen, die das Budget belasten, zuletzt waren es etwa der Kanal- und Wasserleitungsbau sowie der Kindergarten- und Volksschulneubau.

Und doch kann Mariasdorf seinen rund 1.200 Einwohnern nun einen modernen Bauhof inklusive einer Sammelstelle für Alt-und Problemstoffe bieten. Die Finanzierung mittels Leasing bietet Kommunen einen intelligenten Weg, wichtige Einrichtungen trotz angespannter Budgetsituation zu realisieren.

„Die Erste Group Immorent ist uns empfohlen worden", erzählt Bürgermeister Berger, „sie verfügt über einen guten Ruf auf diesem Gebiet und hat schließlich auch die Ausschreibung für die Finanzierung des Bauhofs gewonnen." Erfahrung im Umgang mit Kommunen ist für eine solche Finanzierungspartnerschaft ein wesentlicher Baustein des Erfolgs. „Die wissen, was wir Kommunen brauchen", freut sich Berger über die reibungslose Zusammenarbeit.

ERSTE Group Immorent

9. – 11. SEPTEMBER: KOMMUNALMESSE UND GEMEINDETAG

DIE ZUKUNFT BELEUCHTEN

Der Österreichische Gemeindetag und die größte kommunale Fachmesse des Landes finden heuer in Wien statt. Erstmals gibt es dabei das KOMMUNAL Zukunftsforum.

Die KOMMUNALMESSE auf dem Gelände der Messe Wien startet am Mittwoch, 9. September mit dem KOMMUNAL Zukunftsforum. „Wir wollen die vielen Themen, die auf die Gemeinden in den nächsten Jahren zukommen, beleuchten. Das geht von Fragen der Standortpolitik und der sozialen Infrastruktur über E-Mobilität und Energieeffizienz bis zu Bürgerbeteiligungsmodellen und Smart Cities“, erläutert Veranstalter Michael Zimper.
Ein Schwerpunkt soll auf der Entwicklung der Verwaltung liegen, weshalb nicht nur Bürgermeister, sondern auch Amtsleiter und Amtsleiterinnen angesprochen sind. Zimper: „Die Digitalisierung bringt in vielen Bereichen Erleichterungen für die Verwaltung, gleichzeitig ändern sich dadurch auch viele gewohnte Abläufe.“

Mit einer Ausstellungsfläche von 14.000 m² ist die heurige KOMMUNALMESSE die größte, die bisher jemals in Österreich stattgefunden hat. Die Aussteller decken das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben und Dienstleistungen ab. Das Angebot geht von der Abfallwirtschaft über Wasser- und Kanaltechnik bis hin zu IT-, E-Government- und Bankdienstleistungen.

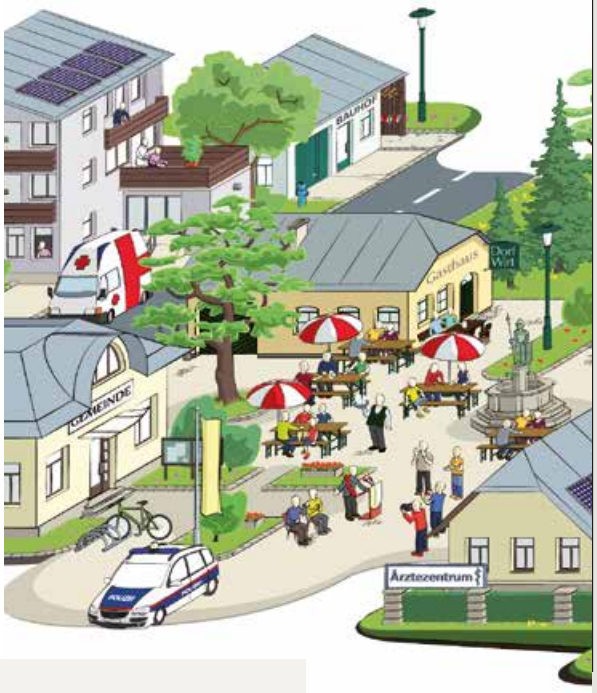
Großes Interesse zeigt sich bereits jetzt an der Fachtagung am Donnerstag, dem 10. September. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer wird dabei mit hochkarätigen Gästen aus Politik und Wirtschaft über Gemeindefinanzen

„Mit einer **Ausstellungsfläche von 14.000 m²** ist die heurige KOMMUNALMESSE die größte, die bisher jemals stattgefunden hat.“

Ulfried Paier
Geschäftsführer Comm-Unity EDV GmbH

Als führender Hersteller von E-Government-Lösungen können wir auf der Messe unsere Kundenbeziehungen pflegen. Im Mittelpunkt steht natürlich GeOrg, der Städte- und Gemeindeorganisator. Mehr als 100 Organisationen haben sich innerhalb des letzten halben Jahres für unsere SAP-basierende Verwaltungssoftware entschieden. Weiter zeigen wir zukunftsorientierte IT-Tools „Made by Comm-Unity“ wie „zählerstand.at“, Publicware HR oder das e-Gästeblatt, mit dem 3000 Betriebe jährlich mehr als 5 Mio. Nächtigungen erfassen. Der Bürgerservice „wahlkartenantrag.at“ wird von zahlreichen Gemeinden zur Verfügung gestellt.

KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at



Peter Rauscher
Vertriebsdirektor Public Sector, BAWAG P.S.K.

Die Kommunen sind überaus wichtig für die BAWAG P.S.K. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass wir aktuell über 1400 Gemeinden in Österreich betreuen. Die Kommunalmesse ist für uns seit Jahren ein Treffpunkt zum Austausch und zur Ideenfindung mit den Gemeindevertretern. So können wir künftig noch besser auf die Anforderungen der Gemeinden eingehen. Die Kommunalmesse ist sozusagen ein Fixpunkt im Jahreskalender, abseits des tagtäglichen Geschäftes. Allerdings bietet diese Veranstaltung neben dem Networking ein durchwegs interessantes Programm - und außerdem einen guten Einblick in die Themen, die aktuell Relevanz für die Kommunen haben.

GTag 2015

GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE

Das Programm

MITTWOCH, 9. SEPTEMBER

9.30 Uhr:
Eröffnung der KOMMUNALMESSE
Messezentrum Wien, Halle C

10.00 Uhr:
KOMMUNAL Zukunftsforum

14.00 – 17.00 Uhr:
- Open Space KOMMUNAL – Vorträge und Diskussionen
- Praxis KOMMUNALBEDARF – Möglichkeit zum Testen von kommunalen Geräten
- Awardverleihung „Feuerwehrfreundlicher Arbeitgeber“ durch den Österreichischen Feuerwehrverband

18.30 Uhr:
Verleihung des Gemeindeinnovationspreises IMPULS
anschließend: Oktoberfest

DONNERSTAG, 10. SEPTEMBER

11.00 Uhr:
Eröffnung des 62. Österreichischen Gemeindetages
mit Bürgermeister Michael Häupl und WKÖ-Präsident Christoph Leitl
Halle C3, Messezentrum Wien

14.00 Uhr:
Fachtagung: zum Thema „Gemeindefinanzen“

19.30 Uhr:
Galaabend
Messezentrum Wien, Halle D

FREITAG, 11. SEPTEMBER

9.30 Uhr:
Haupttagung zum 62. Österreichischen Gemeindetag
Messezentrum Wien, Halle D

diskutieren – ein Thema, das vom kommunalen Rechnungswesen über den zu verhandelnden Finanzausgleich bis zur Steuerreform reicht. Am Abend folgt dann das traditionelle Galadinner, bei dem sich die Bundeshauptstadt den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern präsentieren wird.

Wie jedes Jahr seit seinem Amtsantritt wird Bundespräsident Heinz Fischer auch heuer wieder Gast bei der Festveranstaltung am Freitag sein und auch die KOMMUNALMESSE besuchen. Auch Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, der die Festrede hält, wird sich – als quasi ressortzuständiger Wirtschaftsminister – bei einem Rundgang ein Bild vom breiten Angebot der Wirtschaft für die Gemeinden machen.

Franz Mandl
Geschäftsführer gemdat NÖ

Die Kommunalmesse ist für uns die beste Gelegenheit, um den Kontakt zu den Entscheidungsträgern in den Gemeinden herzustellen. Dort finden wir das Publikum, dem wir unsere Produkte für die Gemeindeverwaltung präsentieren können. Zur Frage der Haushaltrechtsreform haben wir mit k5 die passende Antwort.

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at

Auf den Seiten des Gemeindebundes sind nicht nur Programmdetails zu finden, auch die Anmeldung und alle Modalitäten sind hier angeführt.

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

LÄNDLICHER RAUM

Strategien & Herausforderungen

Gemeinden werden sich künftig intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Gemeinden des ländlichen Raumes macht eine zielorientierte Aktion von Ländern, Gemeinden und Regionen immer wichtiger. Die Abwanderung in städtische Gebiete und die Entleerung von ganzen Landstrichen sind die Folge. Daher ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums zu planen und sicherzustellen.

GUTE GRÜNDE FÜR
DEN BESUCH DER KOMMUNALEN SOMMERGESPRÄCHE 2015

1 **Netzwerken:** Spitzenvertreter der Kommunalpolitik Österreichs treffen auf Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft.

2 **Information:** In zahlreichen Fachvorträgen geben anerkannte Experten fundierte Informationen zu den Problemstellungen der Gemeinden.

3 **Diskussion:** Alle Argumente werden gehört – manchmal gefolgt von emotionalen, aber auch lehrreichen Diskussionen.

4 **Wissen:** Praktiker und Wissenschafter leiten Workshops und halten Vorträge, Rüstzeug für jeden Gemeindevertreter, jede Gemeindevertreterin.

5 **Geselligkeit:** Abseits der Gespräche können sich die Teilnehmer in ungezwungenem Rahmen dem Gedankenaustausch widmen.

KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN
ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

Deutsche Katastrophenschützer lernen von Österreich

Katastrophenschutz ist größtenteils Freiwilligenarbeit, doch gerade in ländlichen Regionen sinkt die Zahl der Helfer. Immer weniger sind bereit, sich als Mitglieder in großen Organisationen zu engagieren, hieß es vor kurzem in einer Anhörung im Deutschen Bundestag. In Mecklenburg-Vorpommern und Bayern wurde daher eine Idee aufgegriffen, mit der in Österreich besonders viele Helfer für Notfälle gewonnen werden konnten, teilt VoluNation, das Expertenportal für weltweite Freiwilligenarbeit, mit.
Team Österreich ist der Titel der Initiative, die gemeinsam von Rotem Kreuz und einem Radiosender ins Leben gerufen wurde. Ohne als Mitglied Pflichten einzugehen, kann sich jeder im Internet als freiwilliger Helfer registrieren und per SMS zu Einsätzen anfordern lassen. Verpflichtungen gibt es dabei keine.

Team Österreich ist beispielgebend für Freiwilligenarbeit in der Katastrophenhilfe, z. B. bei Hochwasser.

Nur wer Zeit hat, hilft. Fast 35.000 Personen machen in Österreich bereits mit.

Die große Bereitschaft hat die Erwartungen weit übertroffen und für Aufmerksamkeit in Deutschland gesorgt. Bei Einsätzen z. B. im Hochwasserschutz hatte sich gezeigt, dass die Team-Freiwilligen gezielter als zuvor eingesetzt werden konnten.

Investitionsoffensive

Die Europäische Investitionsbank (EIB) plant, Mittel aus dem Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) bereits vor dem Sommer 2015 auszuschütten. EU-Kommissions-Vizepräsident Jyrki Katainen zeigte sich sehr erfreut: „Es bedeutet, dass KMU von dringend benötigten Kapitalinjektionen profitieren könnten.“
http://europa.eu.

BEST PRACTICE
KLIMAFONDS

Fokus 2015 auf Erneuerbare

Der Klima- und Energiefonds setzt mit seinem Arbeitsprogramm 2015 die Schwerpunkte Energieeffizienz, Erneuerbarer Energien und die Entwicklung innovativer und leistbarer Mobilitätssysteme und Energietechnologien. Insgesamt steht ein Budget von 126 Millionen Euro für 21 Programme bereit.

Lauter Parkett statt leisem Teppich?

Wohnungseigentümer können nicht verhindern, dass über ihnen lebende Eigentümer in ihrer Wohnung den leiseren Teppichboden durch Parkett ersetzen. Ein Vertrauensschutz bestehe nicht, entschied der deutsche Bundesgerichtshof Mitte März. Maßgeblich sei allein, dass die Schallschutzwerte eingehalten werden, die zur Zeit der Errichtung des Gebäudes galten. So ein Bericht der deutschen „Legal tribune online“ über einen Entscheid des Amtsgerichts Lübeck.
www.lto.de

Anti-Diskriminierungs-Hotline hilft MigrantInnen zu ihrem Recht

„Österreich verdankt seinen wirtschaftlichen Erfolg, seine sozialen Errungenschaften und seine gepflegte Schönheit **zum Großteil den Migranten**."

Dr. Conrad Pramböck, Experte für Gehalts- und Karrierefragen in der Studie „Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund". In: ÖIF-Dossier n°32, Wien

Die internationalen Ereignisse der vergangenen Wochen haben dazu geführt, dass sich antisemitische und antimuslimische Vorfälle auch in Österreich gehäuft haben. Aus diesem Grund wurde vor kurzem eine erste zentrale Anti-Diskriminierungshotline im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres eingerichtet. Die Hotline gegen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten soll als Clearingstelle für Betroffene von Benachteiligung aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Herkunft oder ihrer Religion dienen. Der Antidiskriminierungsbereich ist sehr komplex und viele Betroffene wissen nicht, wohin sie sich mit ihrem Anliegen wenden können. Allein in den letzten Wochen haben sich beim Bürgerservice mehr als 60 Personen telefonisch und mehr als 30 per E-Mail gemeldet. Vielen von ihnen konnte durch die MitarbeiterInnen des Außenministeriums direkt weitergeholfen werden, aber mehr als die Hälfte wurde an die Partner der Hotline und zuständigen Stellen ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit) und die Gleichbehandlungsanwaltschaft weitergeleitet. Durch diese Hotline wird jedem und jeder von Diskriminierung Betroffenen geholfen, sich an die richtige Stelle zu wenden, damit jedem rasch zu seinem Recht verholfen werden kann.

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERMEISTER

In Ihrer Gemeinde fühlt sich jemand aufgrund seiner Herkunft, Hautfarbe oder Religion diskriminiert und wendet sich an Sie? Melden Sie sich direkt bei unserer Hotline unter:
050 11 50 – 4242
oder bei einer unserer Partnerorganisationen:

- **Gleichbehandlungsanwaltschaft**
  Zentrale Wien,
  Taubstummengasse 11, 1040 Wien
  Telefon (kostenfrei): 0800 206 119
- **ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit,**
  Telefon: 01 929 13 99
  Fax: 01 929 13 99–99

1.625.000

Menschen in Österreich haben einen Migrationshintergrund. Davon sind 1,197 Millionen Zuwanderer der 1. Generation, 428.200 Zuwanderer der 2. Generation. Über eine Millionen davon kommen nicht aus dem EU-Ausland.

NUTZEN SIE IHRE BÜRGERMEISTER-PENSION

Valida
Vorsorge Management

Sie achten auf Ihre Gemeinde - lassen Sie uns auf Ihre Pension achten.
Sorgen Sie für sich und Ihre Mitarbeiter vor.

Informieren Sie sich über Ihre finanziellen Vorteile unter

www.valida.at/buergermeister

Beachten Sie die Frist:
Nur 3 Monate ab Angelobung

BREITBAND

BURGENLAND AUF DEM WEG ZUR FLÄCHENDECKUNG

Knapp ein Fünftel der Gemeinden im Burgenland gilt derzeit als schlecht versorgt, in diesen Gebieten soll der Schwerpunkt künftiger Investitionen liegen.

RMB, Land Burgenland und die Netzbetreiber wollen bis 2019 die flächendeckene Breitbandverbindung im Burgenland realisieren.

Mit dem Breitband-Pakt, der Ende 2014 zwischen Land und Netzbetreibern geschlossen wurde, ist bis 2019, also ein Jahr früher, als das laut der „Digitalen Agenda für Österreich" des Bundes passieren soll, die flächendeckende Breitbandversorgung im Burgenland geplant. Das Regionalmanagement Burgenland (RMB) fungiert als Koordinator im Burgenland, die Betreiber investieren 31 Millionen Euro. Anbieter. Zusätzlich können EU-Fördergelder lukriert werden, die für die Anbieter auch wichtig sind, da ein flächendeckender Ausbau für sie aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht machbar wäre, wie die Vertreter von A1, T-Mobile Austria und Hutchinson Drei Austria betonten.

Um die nächsten Schritte setzen zu können, wird jetzt auf eine Richtlinie vom Bund gewartet, zu der es noch diese Woche kommen soll. „Wenn die Richtlinie da ist, wollen wir das Ausschreibungsverfahren im Herbst in die Umsetzung bringen. Der ländliche Raum soll attraktiver gemacht werden", informiert SPÖ-Klubobmann Christian Illedits. „Die neue Technologie gehört heute dazu wie Gas, Strom und Wasser", meint ÖVP-Klubobmann Rudolf Strommer. Beide Klubobleute betonten die Wichtigkeit einer leistungsstarken Verbindung als Standortfaktor für die Industrie, die Wirtschaft und den Tourismus, aber auch als Daseinsvorsorge für die Bevölkerung im ländlichen Raum.

Trotz Konkurrenz und Wettbewerb traten die Vertreter der Anbieter A1, T-Mobile und Hutchinson Drei gemeinsam auf und bekräftigten, beim Breitband-Pakt im Burgenland an einem Strang ziehen zu wollen. „Für A1 ist es eine der größten Ausbau- und Investitionsoffensiven", erklärt CTO von A1, Marcus Grausam. Rüdiger Köster, CTO von T-Mobile Austria erachtet den Pakt als „richtige Maßnahme zur richtigen Zeit" und ist vom Kundennutzen überzeugt: „Die Kunden nutzen jede Verbesserung sofort, der Bedarf ist heute schon da." Jan Trionow, CEO von Hutchinson Drei Austria, sieht in der Zusammenarbeit eine „richtungsweisende Kooperation. Seit dem Abschluss ist schon einiges passiert und wir geben weiterhin ordentlich Gas", so Trionow.

FOTO: Christoph Breitenfelder

Sie denken, John Deere Traktoren sind nur etwas für Großbetriebe? Dann werden Sie die Kompakttraktoren der neuen John Deere E-Serien zum Umdenken anregen.

JOHN DEERE

Die neuen Kompakten von John Deere erfüllen alle Bedürfnisse:

John Deere 3036E

- 1,5 l Hubraum mit 37 PS
- Ergnomische Bedienung
- Stufenloses Getriebe
- Gesamtbreite unter 1,5 m

Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem John Deere-Profiberater in Ihrem Lagerhaus.

UNSER LAGERHAUS DIE KRAFT AM LAND

*Alle Preise sind unverb. emf. Verkaufspreise in Euro inkl. aller Steuern und Abgaben. Aktionen gültig solange der Vorrat reicht.

www.johndeere.at

GESUNDHEITSFÖRDERUNG

GEMEINSAM GESUND IN ÖSTERREICH

Der Fonds Gesundes Österreich fördert im Rahmen der Initiative „Auf gesunde Nachbarschaft!“ Gesundheitsprojekte in Gemeinden und Städten.

Kofinanziert werden Projekte mit:

- mehreren aufeinander abgestimmten Maß-nahmen zum Thema „Auf gesunde Nachbarschaft!“
- dem Ziel das Zusammenleben in der Gemeinde zu verbessern
- einer Laufzeit von 12 bis 24 Monaten.

Der FGÖ übernimmt 50 Prozent der Kosten.

Die maximale Gesamtprojektkostensumme richtet sich nach der Einwohner/innenzahl:

- **bis 2.000 Personen:** 5.000 bis 10.000 Euro,
- **bis 10.000 Personen:** 7.500 bis 15.000 Euro,
- **über 10.000 Personen:** 10.000 bis 20.000 Euro.

Unter **www.gesunde-nachbarschaft.at** finden Sie vielzählige Projektbeispiele und weiterführende Informationen zur Förderschiene „Gemeinsam gesund in…“. Eine Hilfestellung für die Projektplanung bietet der Leitfaden für Gesundheitsförderung in Gemeinden, Stadtteilen und Regionen (Bestellung kostenfrei per Mail an **fgoe@goeg.at**).

Auf gesunde Nachbarschaft!

Sie sind neugierig geworden? Besuchen Sie uns in unserem Nachbarschaftscafé und erfahren Sie mehr über die Fördermöglichkeiten und Tätigkeiten des Fonds Gesundes Österreich:

- **Astrad & Austrokommunal**
  von 22. bis 23. 05. 2015 in Wels
- **65. Österreichischer Städtetag**
  von 10. bis 12. 06. 2015 in Wien
- **17. Österr. Gesundheits förderungskonferenz**
  am 22. 06. 2015 in Salzburg
- **62. Österreichischer Gemeindetag**
  von 10. bis 11. 09. 2015 in Wien

Fonds Gesundes Österreich

KONTAKT
Gesundheit Österreich GmbH, Fonds Gesundes Österreich
Aspernbrückengasse 2
1020 Wien
Anna Krappinger, MA
anna.krappinger@goeg.at
www.fgoe.org
www.gesunde-nachbarschaft.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Nutzen Sie die Vorteile einer Zusatzpension.

INTELLIGENTE ALTERSVORSORGE IM GEMEINDEAMT

ACHTEN SIE AUF DIE FRIST

In Niederösterreich, Kärnten und Steiermark sind die Gemeinderatswahlen abgeschlossen. Zahlreiche Aufgaben und Entscheidungen kommen nun auf Sie als Bürgermeister zu.

Unser Tipp: Vergessen Sie dabei nicht auf sich selbst und sorgen Sie für die Zeit nach der Pensionierung vor. Der Gesetzgeber hat dafür optimale Möglichkeiten geschaffen:

1. Die Bürgermeister-Pension: ein Elftel des Bezugs wird in einen einkommenssteuerfreien Pensionskassen-Beitrag umgewandelt. Verpassen Sie nicht die Anmeldefrist von **drei Monaten ab Angelobung!**

2. Die Altersvorsorge für Gemeindebedienstete oder Angestellte von Kommunalbetrieben: Schließen Sie dafür eine Betriebspension ab. Lassen Sie sich kostenlos vom Vorsorge-Experten der Raiffeisen-Tochter Valida beraten.

KONTAKT
Valida Pension AG
Mag. Josef Rebhann
- Tel.: 01/316 48-1804
- **josef.rebhann@valida.at**

www.valida.at/buergermeister

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GEMEINDERATSWAHL
Kärnten und Vorarlberg haben gewählt
Seite 74

IMPULS 2015
Österreichs innovativste Gemeinden gesucht
Seite 79

SCHEIDUNGEN
Südtirols Gemeinden dürfen Ehen scheiden
Seite 80

DER MENSCH HINTER DER BÜRGERMEISTERIN

FAMILIE BEDEUTET PURES GLÜCK

Sonya Feinig ist eine von sieben Bürgermeisterinnen in Kärnten. Bei der Wahl Anfang März erreichte sie in ihrer Gemeinde Feistritz im Rosental 86,9 Prozent.

Wie schafft man es, auf ein Wahlergebnis von 86,89 Prozent zu kommen?
Ich hab mich immer mit ganzem Herzen und all meinen Kräften darum bemüht, alle sich bietenden Chancen für unsere Gemeinde zu nutzen. Es wurde ein überaus großes Arbeitsprogramm umgesetzt. Und an oberster Stelle stehen bei mir die Menschen, Menschen müssen von der Politik ernst genommen werden.

In Ihrer Gemeinde liegt das Bärental Jörg Haiders. Wie sind Ihre persönlichen Erinnerungen an ihn?
Ich kenne die ganze Familie Haider recht gut. Als Standesbeamtin habe ich beide Töchter getraut. Wir haben uns oft bei Wanderungen im Bärental getroffen.

Sie waren Amtsleiterin. Wie war der Umstieg in die aktive Politik?
Auch als Amtsleiterin hatte ich immer mit Menschen zu tun, das hat sich nicht geändert. Nun kann ich auch Entscheidungen treffen und muss nicht nur ausführen, was beschlossen wird.

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?
Ich stehe um 5.15 Uhr auf, wecke um 5.30 Uhr meine jüngste Tochter, wir frühstücken gemeinsam. Um 7.00 Uhr bin ich im Büro, mein Tag dauert oft bis 22.00 Uhr. Ich versuche am Nachmittag, wenn es sich irgendwie ausgeht, zwei Stunden nach Hause zu fahren, um nach dem Rechten zu sehen. Mein Ehemann ist Hausmann und unterstützt mich sehr. Sonst wäre dieses Arbeitspensum nicht zu bewältigen.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Gesundheit, Familie und Zufriedenheit.

Sie haben drei Kinder. Welchen Stellenwert hat Familie für Sie?
Familie bedeutet für mich pures „Glück“. Ich könnte mir ein Leben ohne meine drei Kinder nicht vorstellen.

Ein guter Freund ist …
Einer, bei dem man weinen und dem man alles sagen kann.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig? Oder wann glücklich?
Glücklich war ich nach den kürzlich erfolgten Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen, da musste ich vor Freude weinen. Tieftraurig und erschüttert war ich zu Silvester, da mussten wir in der Gemeinde von einem jungen Burschen, der beim Schifahren tödlich verunglückt ist, Abschied nehmen.

Wie würden Sie sich mit einem Wort selbst beschreiben?
Sonnig.

Der perfekte Mann trägt für mich …
… nicht auf.

Mein Lebensmotto lautet:
Bescheidenheit und Achtsamkeit.

KÄRNTEN

KOALITIONSPARTEIEN **SETZEN SICH DURCH**

Die in der Kärntner Landesregierung zusammenarbeitenden Parteien – SPÖ, ÖVP und Grüne – erzielten bei den Gemeinderatswahlen Stimmengewinne.

Klarer Wahlsieger war die SPÖ, die drei Prozentpunkte dazugewann und 40,23 Prozent der Stimmen gewann. Die ÖVP legte leicht zu und liegt nun bei 22,51 Prozent. Die Grünen gewannen von einem niedrigen Niveau aus drei Prozentpunkte und haben nun 5,59 Prozent.

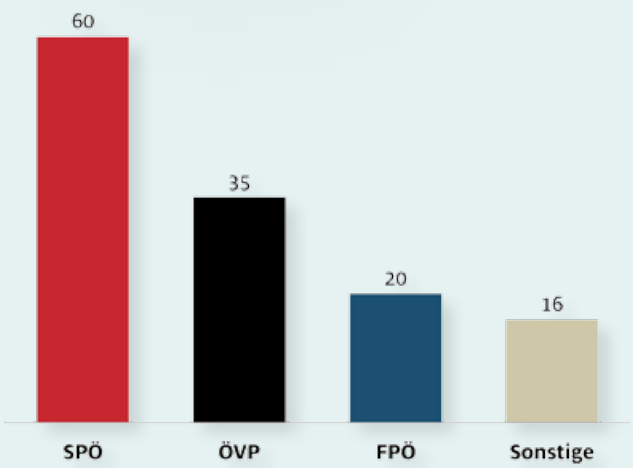
Verlierer ist die FPÖ, die auf 17,96 Prozent kam und damit deutlich unter dem Ergebnis des BZÖ des Jahres 2009 lag, das damals 30,9 Prozent der Stimmen einfuhr. Die Zahlen sind allerdings schwer zu vergleichen: Nicht nur, weil viele Kandidaten von Orange zurück zu blau gewechselt waren, sondern auch, weil die damalige Wahl nach dem Tod des Landeshauptmannes als „Jörg Haider-Gedächtniswahl" in die Geschichte einging.

In Wolfsberg, St. Veit, Völkermarkt und Spittal an der Drau wurden die amtierenden Bürgermeister bestätigt. Spannend war es dagegen in der Klagenfurt, wo sich die SPÖ-Kandidatin Maria-Luise Mathiaschitz erst in der Stichwahl gegen den bisher amtierenden Christian Scheider (FPÖ) durchsetzte und damit nach 42 Jahren die Landeshauptstadt für die SP zurückeroberte. Insgesamt gab es in 37 Kommunen Stichwahlen. In Feldkirchen gewann Herausforderer Martin Treffner (ÖVP) gegen Robert Strießnig (SPÖ), in Hermagor konnte SPÖ-Bürgermeister Siegfried Ronacher mit nur sieben Stimmen Vorsprung sein Amt verteidigen.

Ein klares Ergebnis gab es dagegen in Villach. Hier errang die SPÖ mit über 47 Prozent einen klaren Sieg, und Günther Albel, der Langzeitbürgermeister Helmut Manzenreiter nachfolgte, kann mit absoluter Mehrheit regieren.
Den mit Abstand deutlichsten Sieg holte der Bürgermeister von Griffen, Josef Müller (ÖVP).

GEMEINDERATSWAHLEN 2015 IN KÄRNTEN

Anzahl der Bürgermeister nach Parteien



> **„Es hat sich gezeigt**, dass viele der seit längerem amtierenden Bürgermeister großes Vertrauen in der Bevölkerung genießen."
>
> **Ferdinand Vouk,** Präsident des Kärntner Gemeindebundes

Trotz zweier Gegenkandidaten erreichte er 91,25 Prozent der Stimmen.

Überraschend war das Ergebnis in Gurk: Dort wurde Bürgermeister Siegfried Kampl trotz seines Ausschlusses aus der FPÖ direkt wiedergewählt.

„Es hat sich gezeigt, dass der Großteil der seit längerem amtierenden und wieder kandidierenden Bürgermeister großes Vertrauen in der Bevölkerung genießt. So wurden 81 Bürgermeister im ersten Wahlgang wieder gewählt. Wo ein Generationenwechsel an der Gemeindespitze stattgefunden hat, sind die Verhältnisse oft nicht eindeutig", analysiert der Chef des Kärntner Gemeindebundes, der Veldener Bürgermeister Ferdinand Vouk, das Ergebnis.

GEMEINDERATS- UND BÜRGERMEISTERWAHLEN IN VORARLBERG

ÖVP VERLIERT – BLEIBT ABER NUMMER EINS

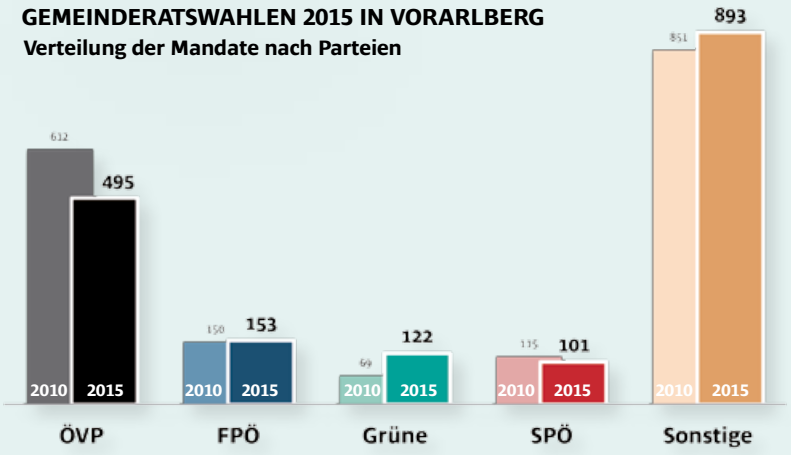
Die Vorarlberger Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen brachten Verluste für die ÖVP, vor allem im urbanen Raum.

Insgesamt büßte die Volkspartei 7,2 Prozentpunkte ein. In Dornbirn, Feldkirch und Bludenz ging die absolute Mehrheit verloren, auch in Bregenz sackte die ÖVP gegenüber 2010 weiter ab, und in Hohenems wurde sie nur mehr Zweite. Insgesamt bleibt die ÖVP mit einem Stimmenanteil von 37,4 Prozent aber immer noch klar die Nummer eins. Interessant: Alle diese Angaben stammen von der ÖVP, die Landeswahlbehörde erstellt bei Gemeindevertretungswahlen kein Gesamtergebnis.

Harald Köhlmeier, Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes und Bürgermeister der Gemeinde Hard, sieht den Grund für die starken VP-Verluste einerseits in der gestiegenen Zahl der kandidierenden Parteien und anderseits in der gesunkenen Wahlbeteiligung, die deutlich unter 60 Prozent lag. Reformbedarf sieht Köhlmeier beim Ablauf der Wahl. „Dass es für die Gemeinderatswahl und die Bürgermeisterwahl nur einen Stimmzettel gab, hat viele Menschen verwirrt." Das könne man auch an der großen Zahl ungültiger Stimmen erkennen.

Bei den Bürgermeisterwahlen retteten drei Stimmen den Bregenzer Langzeitbürgermeister Markus Linhart (ÖVP) vor einer Stichwahl. Ebenfalls knapp wurde es in Dornbirn für ÖVP-Bürgermeisterin Andrea Kaufmann (51,2 Prozent), während in Lustenau die ÖVP ihre absolute Mehrheit weiter ausbauen konnte und Bürgermeister Kurt Fischer im Amt bestätigt wurde. In Feldkirch konnte Wilfried Berchtold den Bürgermeistersessel verteidigen.

Zu einer Überraschung kam es in Hohenems: Dort schaffte es FPÖ-Landeparteischef Dieter Egger als Herausforderer in die Stichwahl. Mit 45,3 Prozent holte Egger mehr Stimmen als der amtierende ÖVP-Bürgermeister Richard Amann.



> „Dass es für die Gemeinderats- und die Bürgermeisterwahlen **nur einen Stimmzettel** gab, hat viele Bürgerinnen und Bürger verwirrt.""
>
> **Harald Köhlmeier,** Präsident des Kärntner Gemeindeverbandes

Ebenfalls in einer Stichwahl am 29. März gekürt werden die Bürgermeister von Hörbranz und Bludenz.

Mit Spannung erwartet wurde das Ergebnis im Schiort Lech. Dort hatten in der letzten Gemeinderatssitzung vor den Wahlen neun der 15 Gemeindevertreter ihren Rückzug angekündigt, weil sie Bürgermeister Ludwig Muxel nicht mehr vertrauten. Hintergrund war Muxels Vorgehen bei der Widmung von Ferienwohnungen. Jetzt sieht es für Muxel jedoch gut aus, im Amt bleiben zu können: 505 der 930 Lecherinnen und Lecher wählten den amtierenden Ortschef, der jetzt auch auf eine Mehrheit in der Gemeindevertretung hofft. .

In 16 Gemeinden gab es eine Mehrheitswahl. Dort konnten die Wählerinnen und Wähler auf leere Stimmzettel die Namen jener Gemeindebürger eintragen, die ihrer Meinung nach in der Gemeindevertretung sitzen sollen. Die Wähler konnten auf ihren Stimmzettel doppelt so viele Namen schreiben, wie es Gemeindevertreter in der Gemeinde gibt.

NEUE INITIATIVE

TEMPO 30 VOR **SCHULEN**

Das neue Verkehrssicherheits-Projekt „Tempo 30 vor Schulen“ des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) soll die Straßen vor Österreichs Volksschulen zu 30er-Zonen erklären.

Die Unfallzahlen sind alarmierend: Jedes Jahr verunglücken auf Österreichs Straßen rund 3000 Kinder, 500 davon auf dem Schulweg. Dies liegt zum einen daran, dass viele Autofahrer schneller unterwegs sind als erlaubt und Geschwindigkeitsbegrenzungen nach wie vor nicht einhalten, zum anderen an der Tatsache, dass Kinder im Straßenverkehr in ihrer Erfahrung und ihrem Verhalten oft überschätzt werden. „Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie können Geschwindigkeiten und Entfernungen nicht richtig einschätzen, sind leicht abgelenkt und ihr Blickfeld ist deutlich eingeschränkt. Sie sehen, hören, denken, fühlen und bewegen sich anders als Erwachsene und fühlen sich häufiger unsicher, wenn sie alleine im Straßenraum unterwegs sind“, erklärt Dr. Othmar Thann, Direktor des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit). „Als schwächste Verkehrsteilnehmer brauchen sie daher unseren besonderen Schutz.“

Um für unsere Kinder den Schulweg sicherer zu gestalten, hat das KfV ein umfassendes Sicherheitskonzept erarbeitet und das neue Projekt „Tempo 30 vor Schulen“ ins Leben gerufen. Denn durch einfache bauliche und gestalterische Elemente kann im Umfeld von Schulen auf die Bewegungsräume der Kinder hingewiesen und damit an sensiblen Straßenstellen eine langsamere und rücksichtsvollere Fahrweise unterstützt werden. Neben der flächendeckenden Einführung von Tempo-30-Zonen im Nahbereich von Schulen empfiehlt das KfV beispielsweise auch die Anbringung von seitlichen Bodenmarkierungen – sogenannten Haifischzähnen – die die Autofahrer anregen sollen, langsamer und achtsamer zu fahren. Darüber hinaus ist gerade bei Dunkelheit auf die ausreichende Beleuchtung von Schutzwegen zu achten, denn der Fußgänger muss bereits vor Betreten des Schutzweges deutlich wahrgenommen werden. „In den kommenden Tagen werden österreichweit Volksschulen und Gemeinden vom KfV eingeladen, sich an dieser Verkehrssicherheitsaktion zu beteiligen“, so Thann.

> „Österreichweit werden **Volksschulen und Gemeinden vom KfV eingeladen**, sich an dieser Verkehrssicherheitsaktion zu beteiligen.
>
> **Dr. Othmar Thann,** Direktor des KfV

Schüler malen Aktionstafeln. Für die Schüler der teilnehmenden Schulen selbst hat sich das KfV etwas ganz Besonderes einfallen lassen: So können sie selbst Aktionstafeln gestalten, die dann am Straßenrand vor ihrem Schulgebäude aufgestellt werden. Jede Aktionstafel wird mit wechselnden, wetterfesten Motiven ausgestattet, so können die Motive regelmäßig getauscht werden. Alle Bilder stammen dabei von Schulkindern der teilnehmenden Schulen. Was die Kinder malen, steht ihnen natürlich frei, die Materialien stellt das KfV zur Verfügung. Als besonderes Highlight besucht auch Verkehrssicherheitsexperte Helmi alle teilnehmenden Schulen und informiert über das richtige Verhalten im Schulumfeld. Interessierte Gemeinden, Behörden und Schulen können sich für nähere Informationen auch direkt an das KfV wenden, das ein umfangreiches Startpaket mit allen wichtigen Informationen, Unterlagen und Materialien zur Verfügung stellt.

NEPTUN 2015

AND THE WINNER IS: **HARD AM BODENSEE**

Aus 852 Einreichungen beim Neptun Wasserpreis wählte eine hochkarätige Fachjury das Renaturierungsprojekt der Gemeinde Hard in Vorarlberg als Sieger aus. KOMMUNAL stellt vor.

Auch auf die Zugänglichkeit für die Bevölkerung wurde in Hard besonders Wert gelegt. Ausgehend vom neuen Abwasserhebewerk beim Dorfbachhafen wurde ein neuer Fußweg angelegt. So besteht nun die Möglichkeit, vom See bis ins Zentrum stets in Bachnähe zu spazieren - besonders für Kinder ein lehrreicher Spaß.

Minister Rupprechter verleiht den Siegern das Schild mit der Aufschrift "Wasserpreisgemeinde 2015".

Der „Neptun Wasserpreis" ist der österreichische Umwelt- und Innovationspreis zu Themen rund ums Wasser. Getragen wird die Initiative unter anderem vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, vom ÖVGW und dem ÖWAV. Mehr allgemeine Infos zum Neptun Wasserpreis: **www.wasserpreis.info**

Die abgeschlossene Renaturierung des Harder Dorfbachs führt zu einer deutlichen Verbesserung des ökologischen Zustandes des Gewässers und der damit zusammenhängenden Ökosysteme im Umland. Auf einer Länge von 720 Metern wurden zahlreiche bauliche Maßnahmen umgesetzt. Hierfür hat man Abstürze im Bach sowie die Schlammsohle entfernt, um die Ansiedlung von Fischen und Kleinlebewesen wie Muscheln und Flusskrebsen zu unterstützen. Für die Bepflanzung wählte man standortgerechte Gehölze aus.

Auch auf die Zugänglichkeit für die Bevölkerung wurde besonders Wert gelegt. Ausgehend vom neuen Abwasserhebewerk beim Dorfbachhafen wurde ein neuer Fußweg angelegt. So besteht nun die Möglichkeit, vom See bis ins Zentrum stets in Bachnähe zu spazieren. Entlang des Weges laden beschauliche Winkel, die Kneippanlage, Ruhebänke und Sitzstufen zum Verweilen ein. Die Gesamtkosten des Projektes waren rund 900.000 Euro, die Finanzierung übernahmen der Bund, das Land Vorarlberg und die Gemeinde Hard. Ein Musterprojekt, welches Ökologie und Lebensqualität im und am Wasser verbindet.

Die weiteren Preisträger. Bis zum 15. Oktober gingen 852 Einreichungen beim Neptun Wasserpreis ein. Allein in der neuen Kategorie der Länder, der „WasserpreisGEMEINDE" gab es 204 Nomierungen, nur geschlagen vom Publikumspreis „WASSERWien" mit 446 Einreichungen. Die Sieger nahmen Mitte März aus der Hand von Umweltminister Andrä Rupprechter den Neptun entgegen. Es sind dies Linz (OÖ), Lunz am See (NÖ), Rauris (Szbg.), Telfs (T), Zemendorf-Stöttera (Bgld.) und Übelbach (Stmk.).

DORFERNEUERUNG

ZENTRUMS-ENTWICKLUNG **FORCIEREN**

Niederösterreich will im Zuge der Dorf- und Stadterneuerung künftig einen Schwerpunkt auf die Zentrumsentwicklung legen.

NÖ Regional GmbH Geschäftsführer Walter Kirchler, Pöchlarns Bürgermeister Franz Heisler, Landeshauptmann Erwin Pröll und der Bürgermeister von Markersdorf-Haindorf , Friedrich Ofenauer).

Durch neue Einkaufsmöglichkeiten wie den Online-Handel oder auch neue Einkaufsangebote wie Einkaufszentren an den Ortsrändern wird das Umfeld für die Ortszentren immer schwieriger", stellt Landeshauptmann Eriwn Pröll in einer Prssekonferenz die neue Strategie vor.

Um dem entgegenzuwirken, setze man zum einen auf die Raumordnung und zum anderen auf finanzielle Förderschienen wie die NAFES-Aktion für Nahversorger in Ortszentren oder auch Anreize über die Wohnbauförderung. Nun soll als weiterer Schritt im Zuge der Dorferneuerung die Zentrumsentwicklung in den Mittelpunkt gestellt werden, kündigte Pröll an. Dadurch wolle man leerstehende Wohngebäude wieder neu beleben, freigewordene Geschäftsflächen neu gestalten und zur Belebung von Ortszentren beitragen. „Das vernetzte Denken soll dabei im Vordergrund stehen", betonte der Landeshauptmann: „Arbeitsangebot, Wohnmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen, Branchenmix aus Handel, Dienstleistung und Gastronomie – all diese Facetten müssen ganzheitlich umgesetzt werden." Die Drehscheibe zur Umsetzung dieser Strategie seien die Gemeinden, betonte er: „Die Gemeinden wissen um den Bedarf, sie wissen um die Eigentumsverhältnisse der Immobilien und sie können beim Ankauf von Objekten aktiv werden." Die Stadtgemeinde Pöchlarn sei dabei mit der gelungenen Neugestaltung der Innenstadt ein „Vorzeigebeispiel". Fünf alte Objekte wurden angekauft und das Innenstadtzentrum neu entwickelt. Das Land Niederösterreich habe 1,5 Millionen Euro dazu beigetragen. In einem nächsten Schritt sind nun mit Dürnstein, Pernitz, Zistersdorf und Markersdorf-Haindorf vier Pilotgemeinden definiert worden. Der Prozess ist jeweils auf vier Jahre angelegt und wird von speziell geschulten Mitarbeitern der Dorf- und Stadterneuerung begleitet.

> **Lebendige Zentren** in den Gemeinden garantieren kurze Wege für die Bewohner: Lebensqualität und Kommunikation werden forciert."
>
> **Erwin Pröll,** Landeshauptmann von Niederösterreich

„Wir haben nicht nur alte Wurzeln, wir sind auch eine Stadt mit Zukunft", meinte der Pöchlarner Bürgermeister Franz Heisler. Er berichtete über die Innenstadt-Entwicklung in Pöchlarn sowie über die damit verbundene Schaffung von Räumlichkeiten für das Gemeindeamt, Geschäftslokale, Ordinationsräume und Wohneinheiten. Auch der Kirchenplatz wurde neu gestaltet, eine weitere Maßnahme ist gerade im Bau: eine Rad- und Fußgängerbrücke, die den Radweg mit dem Stadtzentrum verbindet.

Ziel sei es, „ein lebendiges Ortszentrum zu schaffen, das Raum für Begegnung gibt", sagte Fritz Ofenauer, Bürgermeister von Markersdorf-Haindorf, über die Vorhaben in seiner Gemeinde. Man wolle „einen Raum schaffen, wo die Menschen bewusst hinkommen". Um „herauszufinden, was so ein Raum können soll", wolle man intensiv auf Bürgerbeteiligung setzen: „Dadurch erwarte ich mir auch eine starke Identifikation der Bürger mit ihrem Ortszentrum."

INNOVATIVE GEMEINDEN **VOR DEN VORHANG**

Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihre innovativen Projekte eingereicht, um sie einer großen Öffentlichkeit vorzustellen.

Der Gemeindeinnovationspreis IMPULS holt zukunftsweisende Projekte vor den Vorhang und prämiert die innovativsten Gemeinden Österreichs. Eingereicht werden können Projekte in den vier Kategorien:

- Verwaltung
- Klima und Umwelt
- Soziales Engagement
- Baukultur

Aus allen Einreichungen werden pro Kategorie drei Nominierte ermittelt. Die Kategoriensieger werden aus einer Kombination von Online-Voting und Expertenjury gewählt und aus diesen der Gesamtsieger. Teilnahmeberechtigt sind Gemeinden, Vereine, Schulen, Bildungseinrichtungen oder Privatinitiativen. Die Gewinnergemeinden dürfen das IMPULS-Gütesiegel für ihre Gemeinde verwenden und erhalten eine Plakette und Zusatzschilder für ihre Ortstafeln. Der Gesamtsieger erhält zusätzlich einen wertvollen Sachpreis, zur Verfügung gestellt von Raiffeisen. Die Sieger werden am 9. September im Rahmen der Kommunalmesse und des Gemeindetages in der Messe Wien bekannt gegeben.
Die ersten beiden eingereichten Projekte:

KATEGORIE „SOZIALES ENGAGEMENT“

Der Sozialverein ALSOLE in Dellach

Der Sozialverein ALSOLE wurde 2006 von einer Handvoll Idealisten im Kärntner Dellach gegründet. Der Grundgedanke war und ist, ein alle Generationen umfassendes soziales Netzwerk zu schaffen, um damit die verschiedenen Anliegen in der Gemeinde abzudecken. Naturkindergarten, Nachmittagsbetreuung der Volksschulkinder, Jugendtreff und Seniorentreff und die erfolgreiche Umsetzung des LEADER-Projekts „Nachbarschaftshilfe Region Hermagor“ sind die Eckpfeiler des Arbeitsfeldes.

KATEGORIE „BAUKULTUR“

Das Kulturzentrum St. Nikolaus in Ischgl

Das Gemeindekulturzentrum im Schiort Ischgl ist ein Musterbeispiel für die Integration eines modernen Veranstaltungszentrums in einen sensiblen Dorfkern. Durch das Einbeziehen der Vereine und der Dorfgemeinschaft ist es gelungen, einen Ort der Begegnung und des Verweilens zu schaffen, der sich an den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung orientiert. Zahlreiche Veranstaltungen, die bereits stattgefunden haben, bestätigen die architektonische und inhaltliche Richtigkeit des Konzepts.

„**Die Sieger** werden am 9. September im Rahmen der **Kommunalmesse** und des **Gemeindetages** in der Messe Wien bekannt gegeben.“

Online einreichen unter **www.kommunal-impuls.at**

MITVERANSTALTER

Raiffeisen Meine Bank

PARTNER & SCHIRMHERREN

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Österreichischer Gemeindebund

KOMMUNAL

SÜDTIROL

SCHEIDUNG AUF ITALIENISCH

Konnten die Südtiroler Gemeinden bisher Ehen nur schließen, so können sie in Zukunft Ehen auch scheiden. Möglich macht dies ein neues Staatsgesetz, das eine Reihe von vereinfachten Verfahren für einvernehmliche Scheidungen vorsieht, darunter die Scheidung vor dem Standesbeamten der Gemeinde.

Voraussetzung für jede Scheidung bleibt aber weiterhin die gesetzliche Trennungszeit von drei Jahren. Eine weitere Bedingung für die Scheidung vor dem Standesbeamten ist, dass das Paar keine minderjährigen, behinderten oder zu versorgenden Kinder haben darf.

Sind sich die Eheleute einig, so ist die Scheidung vor dem Standesbeamten ab sofort ganz ohne Anwälte möglich. Die Kosten dafür betragen maximal 16 Euro und das Verfahren ist in wenigen Tagen abgeschlossen. „Paare ohne Kinder können sich dadurch viel Geld und Zeit sparen“ zeigt sich der Bürgermeister von Bozen, Luigi Spagnolli, zufrieden.

Die Eheleute müssen lediglich bei der Gemeinde erscheinen und einen Antrag auf Scheidung stellen. Der Standesbeamte überprüft die Voraussetzungen und setzt den Eheleuten einen Termin von nicht weniger als 30 Tagen. Bestätigen sie an diesem Termin ihren Willen, wird die Scheidung vollzogen und in die Standesamtsregister eingetragen. Erscheinen die Eheleute zum vereinbarten Termin nicht, wird das Verfahren eingestellt.

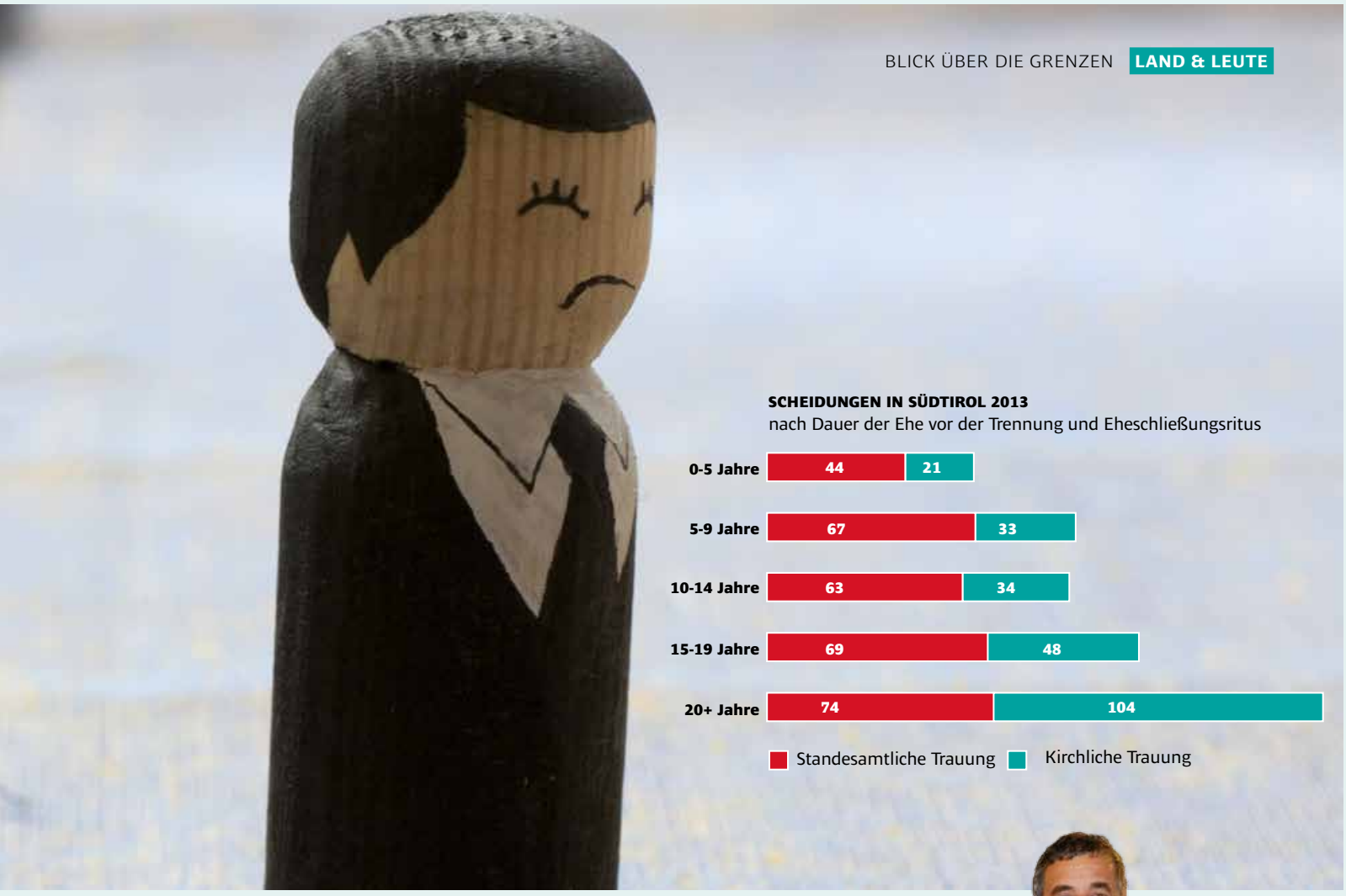
Sind hingegen finanzielle Aspekte oder Fragen zum Vermögen zu klären, so müssen die Eheleute die Hilfe eines Anwalts in Anspruch nehmen. Beim sogenannten begleiteten Verfahren setzt der Anwalt zusammen mit den Eheleuten einen Vertrag auf. Dieser wird von den Eheleuten unterschrieben, vom Anwalt beglaubigt und schließlich an den Standesbeamten weitergeleitet, der die Scheidung in die Standesamtsregister einträgt.

„**Für bestimmte Fälle** ist die Scheidung vor dem Standesbeamten eine schnelle und günstige Alternative.“

Andreas Schatzer, Präsident des Südtiroler Gemeindeverbandes

Das von einem Anwalt begleitete Verfahren ist auch dann möglich, wenn Kinder vorhanden sind. In diesem Fall legen die Eheleute mit Hilfe des Anwalts nicht nur die Bedingungen finanzieller Natur, sondern auch die Kinder betreffend fest. Zum Schutz der Kinder muss diese Vereinbarung an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht übermittelt werden. Dort wird geprüft, ob mit der Vereinbarung die Interessen der Kinder gewahrt werden. Erteilt der Staatsanwalt seine Zustimmung, geht die Vereinbarung an den Standesbeamten, der dafür sorgt, dass die Scheidung in die Standesamtsregister eingetragen wird.

Verweigert der Staatsanwalt hingegen seine Zustimmung, so gehen die Akten an den Gerichtspräsidenten. Dieser setzt innerhalb von 30 Tagen eine Anhörung der Parteien an und trifft dann seine Entscheidung.



Während die vereinfachten Verfahren bei vielen Interessierten auf Zustimmung stoßen, halten Scheidungsanwälte nicht viel davon und sprechen von einer unnötigen Komplizierung.

Gelassen sieht der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer die neue Aufgabe: „Die Gemeinden werden sicherlich keine Konkurrenz für Anwälte und Gerichte. Allein schon die Hürden, dass keine Kinder vorhanden sein dürfen und sämtliche finanziellen Aspekte geklärt sein müssen, werden dazu führen, dass nicht allzu viele Scheidungen bei den Gemeinden landen werden. Für bestimmte Fälle kann die Scheidung vor dem Standesbeamten aber sicherlich eine schnelle und günstige Alternative sein. Zumindest ist das Interesse nach genaueren Informationen laut ersten Rückmeldungen sehr groß."

Tatsache ist, dass in Südtirol eine von vier Ehen scheitert. Dabei liegt die Trennungsrate mit 25 Prozent getrennter Ehen leicht über der Scheidungsrate mit 22 Prozent geschiedener Ehen. Im Jahr 2013 zählte das Statistikamt des Landes 557 Trennungen und 492 Scheidungen. Die Zahlen sind damit leicht rückläufig. Dies muss aber in Zusammenhang mit den sinkenden Eheschließungen gesehen werden. Neun von zehn Scheidungen geht eine einvernehmliche Trennung voraus. Im Schnitt liegen 16 Jahre zwischen Hochzeit und Trennung, wobei kirchliche Ehen bedeutend länger halten als standesamtliche. Um das verflixte siebente Jahr ist die Wahrscheinlichkeit einer Trennung tatsächlich relativ hoch.

Zur Zeit werden die Beamten der Gemeinden von Experten des Südtiroler Gemeindenverbandes in ihre neuen Aufgaben eingeschult. Sie sollen in der Lage sein, die Eheleute umfassend und korrekt über die verschiedenen Wege zur Scheidung zu informieren. Im Falle von Zweifeln oder Unstimmigkeiten werden die Beamten die Eheleute auf das von einem Anwalt begleitete Verfahren verweisen. Die Zukunft wird dann zeigen, ob das Verfahren der einvernehmlichen Scheidung vor dem Standesbeamten in Anspruch genommen wird.

16

Jahre.
So lange hielten die gescheiterten Ehen nach den Daten des Südtiroler Landesinstitut für Statistik ASTAT.

Im Durchschnitt Im Jahr 2013 wurden in Südtirol 557 Ehetrennungen und 492 Ehescheidungen verzeichnet. Die Trennungsrate betrug 10,9 und die Scheidungsrate 9,6 je 10.000 Einwohner. Etwa eine von vier Ehen geht früher oder später in die Brüche.

„Paare ohne Kinder können dadurch **viel Geld und Zeit sparen.**"

Luigi Spagnolli, Bürgermeister von Bozen

BURGENLAND

In einem Sommercamp sollen Jugendliche ihre handwerklichen Fähigkeiten trainieren.

Profis von morgen gesucht

Mit der Initiative „Profis von morgen“ soll das Interesse von Jugendlichen für Lehrberufe geweckt werden. Im Juli werden Sommercamps angeboten, bei denen Jugendliche zwischen zehn und 14 Jahren ihre handwerklichen Fähigkeiten testen können. Unterstützt werden sie dabei von Lehrern der Landesberufsschule. Untergebracht werden sie in Gästehäusern. Auch Betriebsbesichtigungen und diverse Freizeitaktivitäten stehen auf dem Programm. „Profis von morgen“ ist eine gemeinsame Initiative von Wirtschaftskammer und Landesschulrat. Es soll sich zunächst um ein Pilotprojekt handeln. Wenn es erfolgreich ist, soll es auch im kommenden Jahr in Eisenstadt durchgeführt werden.

Mehr Forschung für Entwicklung

Seit 2013 haben die Fachhochschule Burgenland und die WIBAG ein 40-seitiges Strategiepapier für die Entwicklung des Burgenlandes erarbeitet. Nun geht es an die Umsetzung: Ziel ist die Steigerung der Forschungsaktivitäten und der Forschungsquote bis 2025. Erneuerbare Energie, nachhaltige Lebensqualität sowie intelligente Produkte sind Schwerpunkte.

Sonnenstrom kommt vom Acker

Photovoltaik-Anlagen sind im Burgenland mittlerweile weit verbreitet. Jetzt entsteht in Eisenstadt ein Sonnenkraftwerk auf einem Feld. Im April soll die Anlage in Betrieb gehen. Der Bau auf Ackerland ist in diesem Fall nur deshalb zulässig, weil das Grundstück, das der Stadtgemeinde Eisenstadt gehört, mitten im Industriegebiet liegt und als belastet gilt.

KÄRNTEN

Grenzüberschreitend

Die Petzen soll über das EU-Projekt „Geopark Karawanken“ als Ganzjahresbetrieb ausgebaut und mit Familienangeboten als Erlebnisberg grenzüberschreitend forciert werden. Zum Geopark gehören neun Kärntner und fünf slowenische Gemeinden. Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte LH Peter Kaiser mit Geopark-Vorsitzendem Bürgermeister Gerhard Visotschnig (Gemeinde Neuhaus), dessen Stellvertreter Dušan Krebel aus Mežica sowie den Amtskollegen die Eckpunkte. Einhelliger Tenor war, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärkt werden sollte. „Der Park soll eine Dachmarke des bilateralen Raumes werden. Es gibt in den Gemeinden Projektideen, die nun ausgebaut und umgesetzt werden sollen“, so der Neuhauser Ortschef. Gerhard Visotschnig. Auch der Ausbau von Kulturnetzen, Bildungsangeboten, Sozialstandards und des Zivilschutzes sowie eine regionale Bewusstseinskampagne zur Förderung der Region waren Thema.

Neun Gemeinden aus Kärnten und fünf aus Slowenien sind dabei.

Kultur: Gemeinden fördern fleißig

Gemeinden und Städte schütten am meisten Geld für Kulturförderungen aus. An zweiter Stelle kommt der Bund, das Land Kärnten steht erst an dritter Stelle. Dies zeigt eine Befragung der Interessensgemeinschaft der Kulturinitiativen in Kärnten (IG Kikk), an der 63 von 82 Kärntner Kulturinitiativen teilnahmen. Mit den Ergebnissen der Umfrage stehen erstmals seit der letzten Erhebung im Jahr 1996 konkrete Zahlen zur Verfügung. Die nächste Herausforderung ist die Arbeit an einer neuen, transparenten Förderrichtlinie zwischen Land und IG. Kikk.

NIEDERÖSTERREICH

paintings / Shutterstock.com

Soziale Regeln für **Asyl**

In St. Pölten ist der zweite Kommunalgipfel zum Thema Asyl über die Bühne gegangen. Die Gemeindevertreterverbände von VP und SP sowie die verantwortlichen Landespolitiker haben sich auf eine ausgewogene und sozial verträgliche Verteilung und Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in Niederösterreichs Städten und Gemeinden geeinigt. Die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die in einem Ort untergebracht werden, darf zwei Prozent der Bevölkerung nicht überschreiten. Liegt eine Gemeinde unter der Zwei-Prozent-Grenze sollen Flüchtlinge künftig auch zugeteilt werden. Die Präsidenten der Gemeindeverbände, Alfred Riedl und Rupert Dworak, fordern: „In der Asylfrage werden wir weiterhin gefordert sein. Wir haben für Niederösterreich klare, sozialverträgliche Regeln geschaffen. Wir appellieren nun auch an die anderen Bundesländer, ihre Aufnahmequoten zu erfüllen.“

Nach 30 Jahren ein Blick auf 2040

Seit mehr als 30 Jahren greift die Waldviertel-Akademie die brennenden Fragen der Region und Zeit auf: Abwanderung, Globalisierung, Alter und Jugend. Heuer beschäftigt sie sich mit der Zukunft: „Österreich 2040“. „Wir werden einige Zukunftsbilder aufzeigen, erwarten aber auch Antworten, wie wir die Welt für unsere Kinder erfolgreich gestalten können“, so Vorsitzender Ernst Wurz. Auch die Waldviertler Vorlesungen finden wieder statt.

www.waldviertelakademie.at

OBERÖSTERREICH

Effizienz hat Potenzial

Oberösterreich bekommt einen Wasserkraft-Masterplan. In einer Potenzialanalyse wurden 1240 Kilometer an 30 Flüssen untersucht und die ökologische Eignung bewertet. Laut dieser Analyse sind noch 250 Kilometer theoretisch nutzbar. Um keine Stauketten zu erzeugen, soll jedoch nur ein Fünftel herangezogen werden. Das größte Potenzial birgt allerdings die Effizienzsteigerung bestehender Anlagen, so Landesrat Rudi Anschober. Oberösterreich deckt rund 80 Prozent seines jährlichen Stromverbrauchs aus Wasserkraft. Derzeit gibt es im Bundesland 28 Großkraftwerke, inklusive Klein- und Kleinstkraftwerken sind es an die 860 Anlagen mit insgesamt 10.200 GWh. Das Ausbaupotenzial beträgt noch 114 GWh.

80 Prozent des Stromverbrauchs werden durch Wasserkraft gedeckt. Der Anteil soll durch mehr Effizienz gesteigert werden.

In diesen Bezirken ist man leicht reich

2626 Euro brutto betrug 2014 das durchschnittliche monatliche Einkommen in Oberösterreich, inklusive aller Sonderzahlungen. Am meisten konnten Arbeitnehmer in Steyr verdienen, Schlusslicht der Bezirksstatistik ist Freistadt. Das ergibt sich aus den Beitragsdaten der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse, teilte die OÖGKK in einer Aussendung mit. Auch deutliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bilden sich ab. Während Frauen im vergangenen Jahr in Oberösterreich einen durchschnittlichen Brutto-Monatslohn von 2012 Euro verbuchen konnten, bekamen Männer fast genau um ein Drittel mehr, nämlich 3124 Euro. Der Unterschied ist auch auf die höhere Teilzeitquote der Frauen zurückzuführen. Geringer fiel der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten aus.

FOTOS/Geopark Karawanken,, Shutterstock/ Goodluz ,; Bilderbox

SALZBURG

Das Land will drei Millionen Euro aus Radarstrafen erlösen.

Zanken um Radarstrafen

Das Land Salzburg will in Zukunft Radarstrafen, die auf Bundesstraßen kassiert werden, nicht mehr dem Bund überlassen. Der Grund: Straßenerhalter ist seit vielen Jahren das Land. Der zuständige Ausschuss des Salzburger Landtags hat die Landesregierung mit den Stimmen aller fünf Parteien ersucht, mit einem entsprechenden Ansuchen beim Bund vorstellig zu werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob Bußgelder, die auf Landesstraßen innerhalb von Ortsgebieten eingenommen werden, zum Teil auch an die jeweilige Gemeinde fließen könnten. Es geht um eine geschätzte Summe von drei Millionen Euro pro Jahr, die zusätzlich an Land und Gemeinden fließen würde und für Erhalt und Neubau verwendet werden könnte.

Radnavigation jetzt auch als App

Die Online-Radnavigation in Salzburg wird als App ausgebaut. Sie umfasst Stadt Salzburg, unmittelbare Anrainergemeinden (Anthering, Bergheim, Hallwang, Koppl, Elsbethen, Anif, Grödig, Wals-Siezenheim, Freilassing) und Elixhausen, Großgmain, Piding, Ainring und Saaldorf-Surheim.

www.salzburg.gv.at/en/radrouting

„Sound of Music"-Museum kommt

Seit fast zehn Jahren wird an einem Museum für den Film „Sound of Music" in Salzburg geplant. Bis 2019 soll es im Gebäude des ehemaligen Barockmuseums am Mirabellgarten in der Stadt Salzburg entstehen. Angesprochen werden damit Touristen. Experten erhoffen sich durch das Museum eine längere Aufenthaltsdauer und mehr Gäste von den asiatischen Märkten.

STEIERMARK

Strukturreform stoppt Abwanderung nicht

Immer mehr Menschen zieht es in die Stadt, die Bevölkerung am Land schwindet. Dies belegen aktuelle Zahlen der Statistik Austria. Allein im Großraum Graz haben sich im vergangenen Jahr 5000 Menschen neu niedergelassen, während sieben steirische Bezirke teils erhebliche Bevölkerungsrückgänge aufwiesen. Dieser Trend wird laut Bevölkerungsforscher Heinz Fassmann auch mit der neuen Gemeindestruktur in der Steiermark nicht abreißen, schilderte er orf.at (20. Februar 2015). Schließlich gibt es in den Städten Bildungsangebote und für Absolventen des tertiären Sektors mehr bildungsadäquate Jobs. Ein Ansatz wäre für Fassmann, den ländlichen Raum stärker an die Stadt und die Stadtregionen anzubinden, etwa über eine bessere Erreichbarkeit, damit auch die Bevölkerung am Land vom Bildungssystem und Arbeitsmarkt der Stadt profitieren kann.

Auch in Zukunft werden laut Bevölkerungsforscher Heinz Fassmann die Städte wachsen und junge Menschen anziehen.

Voitsberg isst Voitsberg

„Voitsberg isst Voitsberg" – so soll ein Projekt heißen, das die Grünen im Bezirk ins Leben rufen. Anbieter biologischer und regionaler Produkte werden online zusammengefasst und auf einer Karte dargestellt. Damit soll es für Konsumenten einfacher werden, regional und biologisch einzukaufen. Vorbild ist das Projekt „Graz isst Graz". Sowohl die Recherche als auch die technische Umsetzung sollen bis zur Gemeinderatswahl abgeschlossen sein.

www.graz-isst-graz.at
Informationen zum Projekt

TIROL

In einem Beteiligungsprozess mit Schülern, Lehrern und Eltern wurden Ideen für die Schulsanierung entwickelt.

Beteiligt statt beleidigt

Die Gemeinde Völs geht bei der geplanten Sanierung der Neuen Mittelschule, Musikschule und öffentlichen Bücherei neue Wege: Seit Herbst 2013 wurden Schüler, Lehrer, Eltern und andere Interessenvertreter im Zuge eines breiten Beteiligungsverfahrens zu ihren Wünschen und Ideen befragt. Die Salzburger Architektin und Mediatorin Ursula Spannberger begleitete diesen Prozess. Nun hat sie einen „Qualitätenkatalog" mit konkreten Vorschlägen präsentiert. Selbstständiges und gemeinsames Lernen werde immer wichtiger, die Schule reiche zudem immer mehr in den Nachmittag hinein. Hierfür müssen passende Räumlichkeiten entwickelt werden. In der NMS Völs soll es daher künftig Begegnungszonen und offene Lernräume für selbstständiges Arbeiten geben. Ein neuer, großzügiger wirkender Eingangsbereich soll realisiert werden ebenso wie Rückzugsräume für Jung und Alt.

Gut Ding braucht Weile

Seit nunmehr zehn Jahren kämpft die Gemeinde Terfens um einen Lärmschutz. Nun endlich bekommt sie die langersehnte Lärmschutzwand entlang der Inntalautobahn. Die Asfinag hat grünes Licht dafür gegeben. Ab Herbst wird mit den Bauarbeiten begonnen. Bürgermeister Hubert Hußl freut sich, denn die Hartnäckigkeit der Gemeinde habe gefruchtet. Immerhin wurden vorab 26 Varianten geprüft und erst mit der letzten Variante konnte die Gemeinde die Asfinag überzeugen, 50 Prozent der Kosten zu übernehmen.

VORARLBERG

Zweite Chance für Jugend

Die Dornbirner Jugendwerkstätten wurden zum Referenzprojekt des „Fonds Gesundes Österreich" erklärt. Die Dornbirner Jugendwerkstätten arbeiten mit rund 300 Auftraggebern zusammen, von privaten Haushalten über Firmen bis hin zu öffentlichen Auftraggebern. Dadurch erhalten armutsgefährdete Jugendliche die Chance sich zu entschulden oder einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten. 40 bis 50 Jugendliche werden täglich in den Jugendwerkstätten betreut. Neben der Arbeit gibt es auch Spiel-, Sport- und Bewegungsangebote. Jeder Vierte nutzt das Projekt „Leuchtturm", um seinen Pflichtschulabschluss nachzuholen. Jeder zweite Jugendliche findet nach vier bis fünf Monaten eine dauerhafte Arbeitsstelle.

Jeder zweite Jugendliche der Jugendwerkstätte holt seinen Pflichtschulabschluss nach oder findet eine Arbeit.

Dorfläden sind zusammen stärker

50 Dorfläden in Vorarlberg haben sich von einer Handelskette emanzipiert. Die wirtschaftliche Existenz ist allerdings prekär, so der Verein der Nahversorger und Dorfläden. Seit dessen Gründung 2008 konnte verhindert werden, dass weitere Dorfläden schließen. Die 50 Nahversorger wollen in Zukunft enger zusammenarbeiten, z. B. bei Angeboten oder bei der Werbung.

Qualität führt zu Entwicklung

Die Gemeinde Schruns will dafür sorgen, dass mehr qualitativ hochwertige Hotelbetten zur Verfügung stehen. Das sagte Bürgermeister Karl Hueber bei der Präsentation des Schrunser Entwicklungskonzepts. Weitere Themen, die mit 40 Schrunsern erarbeitet wurden, sind unter anderem Flächenmanagement, Wirtschaft, Zentrumsentwicklung und Kultur.

FOTOS/ Shutterstock/ Igor Marx, sutham, barang, Khakimullin Aleksandr

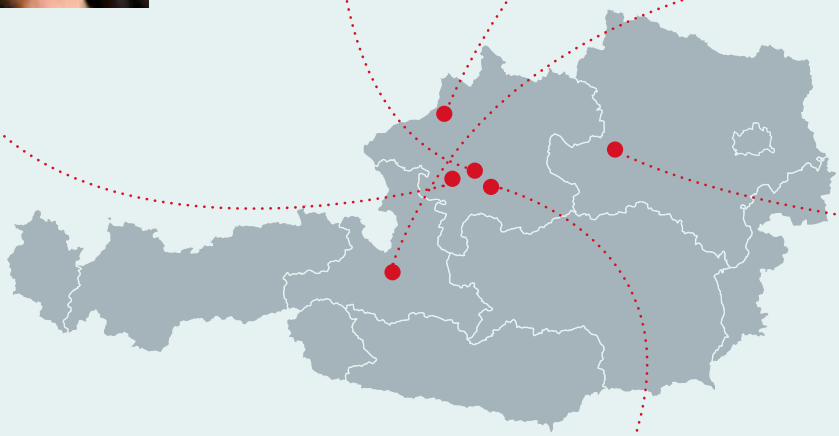
PERSONALIA

Weiter in **Frauenhand**

AMPFLWANG // 18 Jahre lang war **Rosemarie Schönpass** (Bild rechts) Bürgermeisterin der oberösterreichischen Gemeinde Ampflwang im Hausruckwald. Nun möchte die 62-Jährige die Amtsgeschäfte in jüngere Hände übergeben. Ihre Nachfolgerin bis zur Gemeinderatswahl soll die Postbedienstete Monika Pachinger werden. Dank der zwölf SPÖ-Sitze im 21 Mandate großen Gemeinderat sollte die Neuwahl kein Problem sein.Rosemarie Schönpass ist auch auf Bundesebene keine Unbekannte: Von Ende 2002 bis 2013 war sie Abgeordnete im Nationalrat. Ihre politische Karriere begann die Mutter zweier Kinder und mittlerweile Oma von fünf Enkelkindern aber in ihrer Heimatgemeinde Ampflwang. 1985 wurde sie in den Gemeinderat gewählt, von 1991 bis 1997 stieg sie in den Gemeindevorstand auf, bis sie zur Bürgermeisterin gewählt wurde. In den 18 Jahren als Bürgermeisterin konnte Schönpass viele Projekte umsetzen: „Das größte war sicherlich die Landesausstellung. Die Wünsche dafür gab es schon vor meiner Amtszeit, ich habe mich dann aber aktiv darum bemüht. Das hat für den Ruf der Gemeinde viel gebracht und auch unser Selbstbewusstsein gestärkt. Ein Herzenanliegen, das nicht einfach umzusetzen war, war Betreutes Wohnen im Zentrum von Ampflwang.“ Insgesamt hat Rosemarie Schönpass 134 Projekte verwirklicht. Den Schritt aus der Politik hat die gelernte Industriekauffrau schrittweise vollzogen. Als ihre Tochter vor zwei Jahren eine Gehirnblutung erlitt, legte sie ihr Nationalratsmandat zurück: „Eigentlich wollte ich auch das Bürgermeisteramt damals niederlegen, aber da fehlte der Nachfolger oder die Nachfolgerin.“ Diese ist mit Monika Pachinger nun gefunden, somit kann sich Schönpass guten Gewissens in ihr Privatleben zurückziehen. Langweilig wird ihr auch nach der Übergabe am 27. März 2015 nicht werden, denn sie möchte sich vermehrt ihrer Tochter und ihren Hobbys widmen.

Amtsübergabe

PENNEWANG // Nach knapp zwei Jahrzehnten steht in der Gemeinde Pennewang im Bezirk Wels-Land in Oberösterreich ein Bürgermeisterwechsel an. Hermann Lidauer (Bild rechts) legte Ende Jänner 2015 sein Amt und sein Gemeinderatsmandat zurück. Seine Nachfolge tritt nun Mag. Franz Waldenberger an. Der neue 46-jährige Bürgermeister tritt in sehr große Fußstapfen, denn sein Vorgänger hatte in der Gemeinde einiges bewegt.



In Zukunft als Vize kürzer treten

ST. GEORGEN IM ATTERGAU // Zwölf Jahre lang war **Wilhelm Auzinger** Bürgermeister der Gemeinde St. Georgen im Attergau in Oberösterreich. Doch nun möchte der 64-Jährige die Amtsgeschäfte in jüngere Hände übergeben und trat Ende Februar 2015 zurück. In den vergangenen Jahren ist dem pensionierten Religionslehrer die fast 4500-Seelen-Gemeinde ans Herz gewachsen. An einen vollständigen Rückzug aus der Gemeindepolitik ist bei Bürgermeister Auzinger nicht zu denken. Daher will er der Gemeinde als Vizebürgermeister erhalten bleiben. Von 1997 bis 2003 war er Fraktionsobmann der ÖVP und per Direktwahl im Jahr 2003 wurde er zum ersten Mal Ortschef der Gemeinde.

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 16. FEBRUAR 2015 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik

Josef Eidenberger, Konsulent, Abgeordneter zum oÖ. Landtag und ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Walding

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 23. FEBRUAR 2015

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Wilhelm Waldl, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Oberwang, Oberösterreich

Rücktritt nach zwei Amtsperioden

TAUFKIRCHEN AN DER PRAM // Nach zwei Amtsperioden muss sich die 3000-Einwohner-Gemeinde Taufkirchen an der Pram in Oberösterreich von ihrem Bürgermeister **Josef Gruber** verabschieden. Der 57-Jährige legt kurz vor den Gemeinderatswahlen im September sein Amt nieder. Für den Ortschef war immer klar, dass er nach zwei Perioden sein Amt niederlegen würde. Gruber hat in seiner Gemeinde in den letzten zwölf Jahren einige Projekte erfolgreich umsetzen können,

beispielsweise das Schulzentrum und das Kleinwasserkraftwerk. Zudem bewies Gruber auch soziale Kompetenz. Ein Beispiel hierfür wäre die Unterstützung einer Mutter, die in Scheidung lebte und verzweifelt um Hilfe bei der Wohnungs- und Jobsuche bat. Seit 1988 ist der Inhaber einer Tischlerei in der Gemeindepolitik tätig und konnte 2003 erstmals das Amt des Bürgermeisters für sich gewinnen. Nach seinem Rücktritt möchte er sich nicht vollständig aus der Politik zurückziehen und bleibt der Gemeinde erhalten. Allerdings wird er keinen vorderen Listenplatz mehr einnehmen. In Zukunft wird er sich vermehrt um seine Familie und Firma kümmern.

Rücktritt statt Burn-out

SCHWARZACH // Der Schwarzacher Bürgermeister **Andreas Haitzer** legt wegen Burn-out-Gefährdung seine politischen Ämter zurück. Er verlässt den Landtag, wo er seit 2013 ein Abgeordnetenmandat inne hatte und will jetzt nur noch Bürgermeister sein. Haitzer gilt als eine Zukunftshoffnung der Salzburger SPÖ. Er war Mitglied im Landesparteivorstand und im Landespräsidium. Daneben ist er seit 2010 Vorsitzender der Naturfreunde Salzburg und Vizepräsident des ASKÖ. Haitzer war erst kürzlich zum neuen Parteivorsitzenden im Pongau gekürt worden. Er hatte Walter Blachfellner abgelöst. Die Funktion habe er interimistisch übernommen. Wer Haitzer im Landtag und in den anderen Funktionen nachfolgen wird, ist noch nicht entschieden. Laut SPÖ-Chef Steidl soll die Nachfolge im nächsten Landesparteivorstand geklärt werden. Haitzer habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, aber sich für seine Familie, seine Gesundheit und seine Gemeinde entschieden. Die Belastung und der Arbeitsaufwand für die zahlreichen Ämter und Aufgaben, die neben dem Landtagsmandat und dem Bürgermeisteramt noch dazugekommen sind, seien ihm zu viel geworden.

Bürgermeisterin für Pöggstall

PÖGGSTALL // Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei den Gemeinderatswahlen legte Johann Gillinger sein Amt als Bürgermeister zurück. In der 2500-Seelen-Gemeinde Pöggstall nimmt nun eine Frau das Szepter in die Hand: Die 52-jährige **Margit Straßhofer** ist die neue Bürgermeisterin. „Ich freue mich sehr auf diese neue Herausforderung und gehe mit sehr viel Respekt an die Sache heran. Mein Vorgänger hat in der Gemeinde Großes bewirkt und mir somit große Fußstapfen hinterlassen“, so die neue Bürgermeisterin in Pöggstall. Besonders freue sie sich auf die Landesausstellung 2017 im Schloss Pöggstall. Die Ausstellung beschäftigt sich mit den Kernfragen des menschlichen Zusammenlebens. Margit Straßhofer ist bereits das zehnte Jahr in der Gemeindepolitik aktiv. Von 2005 bis 2010 war sie geschäftsführende Gemeinderätin für Wirtschaft und Kultur. Seit 2010 bekleidete Straßhofer das Amt der Vizebürgermeisterin und war für die Themenbereiche Wirtschaft, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund; Wels Land

TERMINE
IM APRIL, MAI UND JUNI

05/Mai
Ausbildungskurs zum/ zur BeckenwärterIn

Hochwasserrückhaltebecken sind heutzutage aus einem modernen Hochwassermanagement nicht mehr wegzudenken. Diese müssen gewartet und gepflegt werden. Der Kurs wird durch die Besichtigung eines Hochwasserrückhaltebeckens abgerundet, wo typische Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden.

www.oewav.at
Ort: Hartberg

18/Mai
IX. Fußgängerkonferenz

Die Fachkonferenz richtet sich an die Fachöffentlichkeit, kommunale EntscheidungsträgerInnen, ExpertInnen sowie an NGOs. Thematisiert wird die Frage „Was brauchen wir für ein gutes Leben?“. Dabei wird die nachhaltig Personenmobilität in der Mobilitätskette in den verschiedenen Konferenzformaten behandelt.

www.klimaaktiv.at/veranstaltungen/mobilitaet/walkspace2015.html
Ort: Bregenz, vorarlberg museum

FOTOS/BKA, Naturschutzbund, Shutterstock/ Marijus Auruskevicius, aslysun, Soonthorn Wongsaita

03/ Juni

Schwierige Bürger?

Bei diesem Seminar werden Wege aufgezeigt, um die alltäglichen Probleme und Situationen mit allzu kritischen Bürgern mit Sicherheit zu begegnen. Dies beinhaltet rechtliche Möglichkeiten sowie Tipps und Tricks der Kommunikation und Mediation. Kosten: 60 Euro.

www.ooegemeindebund.at
Ort: Ansfelden

16/ Mai

Im Mai ist die Woche der Artenvielfalt

Am 22. Mai ist der Internationale Tag der Artenvielfalt. Rund um diesen Tag ist im Rahmen der Biodiversitätskampagne „vielfaltleben“ wieder eine ganze Woche lang Artenvielfalt erlebbar. Rund 4000 Tier- und Pflanzenarten sind in Österreich vom Aussterben bedroht. Um dem entgegenzuwirken und die Bevölkerung zu sensibilisieren, haben Naturschutzbund und Umweltministerium „vielfaltleben“, die größte heimische Artenschutz-Kampagne ins Leben gerufen. Das Veranstaltungshighlight dabei ist jedes Jahr die Woche der Artenvielfalt, die heuer bereits zum sechsten Mal in ganz Österreich stattfindet. Vom 16. bis 25. Mai kann man dazu in allen Bundesländern Veranstaltungen, Führungen, Wanderungen und Workshops besuchen. 2014 haben mehr als 100 Partnerorganisationen zu über 200 Veranstaltungen eingeladen. Auch heuer soll wieder ein vielseitiges und buntes Programm für Naturinteressierte angeboten werden. Der Naturschutzbund lädt daher alle Organisationen dazu ein, ihre Natur-Veranstaltungen zu melden und damit vielen Menschen zugänglich zu machen.

www.naturschutzbund.at/wda
Ort: In ganz Österreich

17/ April

European Public Sector Award (EPSA)

Der European Public Sector Award (EPSA) ist ein renommierter europäischer Verwaltungspreis, der vom Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung (EIPA) veranstaltet wird und im Jahr 2015 unter dem Motto „The Public Sector as Partner for a Better Society“ steht. Alle öffentlichen Verwaltungen sind eingeladen, sich mit ihren innovativen Projekten zu bewerben. Darüber hinaus sind Projekte, die EU-Förderungen erhalten, diesmal speziell angesprochen. Auch Gemeinschaftsprojekte öffentlicher Verwaltungen mit beispielsweise der Privatwirtschaft oder Vereinen sind willkommen. Ziel des EPSA ist es, nicht nur hervorragende Projekte zu prämieren, sondern wertvolle Erfahrungen transparent und nutzbar zu machen und damit ein europäisches Netzwerk für herausragende Leistungen im öffentlichen Dienst zu schaffen.

Bitte beachten Sie: Bewerbungsschluss ist der 17. April 2015! Bewerbungen können nur online und in englischer Sprache eingebracht werden.

www.epsa2015.eu
Bei Interesse steht Ihnen auch die Abteilung III/9 Bundeskanzleramt als nationale Koordinationsstelle als Ansprechpartner zur Verfügung:
Kontakt: Mag. Sandra Kastenmeier
Tel.: +43 1 531 15 – 207435
sandra.kastenmeier-krula@bka.gv.at

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Der Ort „Nothing“, Ariziona, USA

Der „Ort“ Nothing, Arizona wird seinem Namen gerecht: Dort gibt's nämlich so gut wie nichts, auch keine Einwohner. Die kleine Siedlung im Westen des US-Bundesstaats Arizona ist komplett verlassen. Laut Wikipedia gab's „in Nothing mal eine Tankstelle und einen kleinen Gemischtwarenladen.“

Gegründet wurde Nothing im Jahr 1977. 2005 war der Ort jedoch zur Geisterstadt geworden. Ein paar Jahre später kaufte ein Pizzabäcker Nothing (den ganzen Ort), aber seine Bemühungen, dort eine Pizzeria zu eröffnen, waren anscheinend zum Scheitern verurteilt – heute steht die Stadt wieder leer.

„Nothing“ liegt im den Vereinigten Staaten von Amerika, im Bundesstaat Arizona und dort im Mohave County. Seine Koordinaten lauten : 34°28‘47“N 113°20‘7“W

Auf dem Ortsschild von Nothing steht: „Town of Nothing, Arizona. Founded 1977. Elevation 3269ft.The staunch citizens of Nothing are full of Hope, Faith, and Believe in the work ethic. Thru-the-years-these dedicated people had faith in Nothing, hoped for Nothing, worked at Nothing, for Nothing.

www.en.wikipedia.org
www.unnuetzes.com

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL**

Breitband Masterplan

Ab 1. Mai 2015 soll der Breitband-Masterplan in Kraft treten. Eine Vorschau.

ARBEIT & GESTALTEN

Thema „Wasser“
Eine der Kernaufgaben der Gemeinden dreht sich rund ums Wasser. Wir werfen einen Blick auf das „weiße Gold“ Österreichs.

Kommunalmesse 2015
Erstmals gibt es im Rahmen von Gemeindetag und Kommunalmesse das KOMMUNAL-Zukunftsforum.

KOMMUNAL 05/2015 erscheint am 29. 04.2015

Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Katharina Lehner - DW 37 katharina.lehner@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung), Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes), Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes), Mag. Alexander Marakovits (BM.I), Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa. Integration. Internationales), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA) Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres), Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.854 (rollierender Jahresdurchschnitt 2013/2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

DER NEUE DOBLÒ CARGO. VON IHNEN INSPIRIERT.

Perfekt auf Ihren Arbeitsalltag abgestimmt: Der neue Doblò Cargo bietet Ihnen **MEHR FUNKTIONALITÄT** durch die neuen Touchscreen Infotainment-Systeme und den variablen Laderaum mit Bestwerten bei Nutzlast und Ladevolumen. **MEHR LEISTUNG** durch die große Motorenvielfalt mit bis zu 40% verbessertem Ansprechverhalten. **MEHR WERT** durch einen der besten Verbrauchswerte seiner Klasse und höhere Restwerte. Erleben sie den neuen Doblò Cargo – jetzt bei Ihrem Fiat Professional Partner und auf **fiatprofessional.at**

DER NEUE DOBLÒ CARGO. A BETTER WAY TO WORK.

FIAT PROFESSIONAL

Der Unimog – 365 Tage kraftvoll, sparsam, flexibel.

Mit seinen vier Anbauräumen ist der Unimog die flexibelste Kraft am Bau. Ganz egal ob beim schwer Heben, Ziehen oder Schieben.

Erleben Sie den Unimog live.

Liebherr RoadShow 2015:

10./11. April	Roppen/T
17./18. April	Unterpremstätten/ST
08./09. Mai	Vorchdorf/OÖ
29./30. Mai	Markgrafneusiedel/NÖ

Kommunalmesse ASTRAD 2015:

22./23. April Wels/OÖ

AUSTRIA STRASSEN DIENST ASTRAD

RoadShow 2015 LIEBHERR

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727
Pappas Auto GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727